

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis pränumerando:
 Vierteljährlich 2.30 Mk., monatlich 1.10 Mk.,
 wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-
 nummer mit illustrierter Sonntags-
 beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 abonnement: 1.10 Mark pro Monat.
 Einzeln in die Post-Ordnung-
 Briefkästen. Unter Ausschluss für
 Deutschland und Österreich-Ungarn
 2 Mark, für das übrige Ausland
 3 Mark pro Monat. Postabonnements
 nehmen an: Belgien, Dänemark,
 Holland, Italien, Luxemburg, Norwegen,
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erste Ausgabe außer Sonntagen.

Die Inserations-Gebühr
 Beträgt für die leuchtendste Kolon-
 nelle oder deren Raum 50 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Bekanntheits-Anzeigen 30 Pf.,
 „Kleine Anzeigen“, das erste (frei-
 gedruckte) Wort 10 Pf., jedes weitere
 Wort 10 Pf. Stellenangebote und Schlaf-
 stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf.,
 jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über
 15 Buchstaben zählen für zwei Worte.
 Inserate für die nächste Nummer müssen
 bis 3 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition ist
 bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: Sozialdemokrat Berlin.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 11. Dezember 1908.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Arbeitslosigkeit.

II. (Schluß.)

Alle Vorschläge, die zur dauernden Aufhebung der Arbeitslosigkeit gemacht worden sind, beruhen auf dem Widerspruch, daß im kapitalistischen Wirtschaftssystem das Elend eine Folge des Ueberflusses ist. Es widerspricht der klaren Vernunft, daß Hunger und Elend trotz unserer gewaltig gestiegenen Produktivkraft unvermeidlich sein sollen; ist es doch eine Tatsache, daß durch die großartige Entwicklung der Technik, durch die Ergiebigkeit der gesellschaftlichen Arbeit, ein Mensch mit Leichtigkeit mehr produzieren kann, als er für seinen Lebensunterhalt braucht. Deshalb liegt die Lösung darin, dem Arbeitslosen produktive Arbeit zu verschaffen. Man gebe den Arbeitslosen die Gelegenheit, sich selbst mit technisch zeitgemäßen Produktionsmitteln den Lebensbedarf zu produzieren; sie werden dann nichts kosten und sich selbst unterhalten.

Ein Versuch dieser Art ist kürzlich wieder in England gemacht worden. Durch ein von einem reichen Philantropen zu diesem Zwecke zur Verfügung gestelltes Kapital wurde das Arbeitslosenkomitee in den Stand gesetzt, ein großes Grundstück zu kaufen und zu einer Arbeitskolonie, Gollersley Bay, einzurichten. Arbeitslose aus der Stadt wurden dorthin verpflanzt und hauptsächlich mit landwirtschaftlicher Arbeit beschäftigt. Sie bildeten eine Arbeitsgemeinschaft, in der Landarbeit und Industrie — selbstverständlich nur auf kleinem Fuß — einander ergänzten, so daß fast alles für den eigenen Bedarf selbst produziert wurde. Die hoffnungslosen Schiffbrüchigen der Gesellschaft fanden wieder Zuversicht und Arbeitsfreude. Auch finanziell hatte die Kolonie gute Erfolge. Es wurde deshalb beabsichtigt, diese Leute dauernd festzuhalten und sie in der Nähe anzusiedeln, wenn sie von neuen Arbeitslosen abgelöst werden sollten. Aber der Minister John Burns verweigerte dazu die Geldmittel. Das Gesetz gestatte, erklärte er, nur Geldauswendungen zu zeitweiliger, nicht zu dauernder Abhilfe. Damit war das Los der Kolonie besiegelt. Als die Bewohner erfuhr, daß sie nach ein paar Monaten wieder in das großstädtische Elend zurückgestoßen werden sollten, verloren sie ihr Interesse und ihre Energie.

Was durch diese Kolonie wie durch Versuche ähnlicher Art bewiesen wird, ist die Tatsache, daß technisch und finanziell eine solche Lösung der Arbeitslosenfrage möglich ist. Die bürgerlichen Politiker, die die Unmöglichkeit der Ausrottung der Arbeitslosigkeit behaupten, werden dadurch widerlegt. Nur an gutem Willen fehlt es!

Aber eine solche Lösung der Arbeitslosenfrage liegt nicht in der Richtung der wirtschaftlichen Entwicklung. Sie führt zum bäuerlichen und industriellen Kleinbetrieb zurück und scheidet kleine Einheiten aus dem wirtschaftlichen Weltganzen aus. Ein Schritt vorwärts in der Richtung der wirtschaftlichen Entwicklung würde erheischen, daß die Arbeitslosen in mitten in der Weltproduktion mit der entwickeltesten Technik ihre Stellung fänden. Ist das unmöglich?

Oft wird behauptet, daß eine solche grundsätzliche Lösung der Frage der Arbeitslosigkeit im Kapitalismus unmöglich und undurchführbar ist. Mit Recht. Aber wo liegt das Hindernis? Ist vielleicht unter der kapitalistischen Produktion eine solche Maßnahme technisch undurchführbar? Nein, nur unter der Herrschaft der Bourgeoisie ist solche Lösung undurchführbar, weil die Bourgeoisie sie nicht will! Und zwar nicht zufällig oder aus bösem Willen nicht will, sondern weil es unmöglich ist, daß sie die Grundbedingungen ihres eigenen Daseins untergräbt. Das heißt, weil die Bourgeoisie nichts anderes sein kann, als was sie ist: eine vom Elend der Arbeiterschaft, von der dieser geraubten Reute lebende Klasse. Das Hindernis verschwindet sofort mit der politischen Herrschaft der Bourgeoisie. Sobald das Proletariat die Herrschaft erobert hat, wird die Frage lösbar.

Und die Frage der Arbeitslosigkeit wird die erste sein, die die siegreiche Arbeiterschaft zu lösen genötigt ist. Denn das nächste Ziel ihrer Tätigkeit nach dem Siege wird die Aufhebung des Elends, die Beseitigung der Armut sein. Neben den vielen anderen radikalen Sozialreformen wird sie in erster Linie die Grundursache ihrer Armut, die Reservearmee der Arbeitslosen beseitigen müssen. Sie wird den Arbeitslosen Arbeitsgelegenheiten geben, indem sie sie zur Teilnahme an der gesellschaftlichen Produktion heranzieht.

Diese Lösung der Arbeitslosenfrage bedeutet zugleich eine Umwälzung der Produktionsweise. Die Kapitalisten, die ihren Mehrwert verschwinden sehen, geben ihre Geschäfte auf. Die Organe der Arbeiterklasse: Staat, Gemeinde, Gewerkschaft, Genossenschaft, treten an ihre Stelle und nehmen die Produktion in die Hand. Die Produktion wird immer mehr gesellschaftlicher Betrieb.

Man sieht, woher die Ohnmacht der kapitalistischen Gesellschaft der Arbeitslosenfrage gegenüber stammt. Die Hauptfrage der Bourgeoisie bei all ihren Maßnahmen liegt darin, daß das Elend nicht verschwindet, das die Arbeiter zwingt, sich von den Kapitalisten ausbeuten zu lassen. Aufhebung des Arbeitsloseneleuds ist unvereinbar mit der kapitalistischen Ausbeutung.

Solange die Bourgeoisie herrscht, muß deshalb das Elend bestehen bleiben. Die Arbeitslosenfrage darf nicht gelöst werden!

Es ist deshalb klar, weshalb von der Bourgeoisie nichts Wesentliches gegen die Arbeitslosigkeit unternommen wird. Auch der Beschluß des Ministers Burns erscheint jetzt als bloße Hochhaltung der Grundlagen der bürgerlichen Gesellschaft. Dennoch ist es nicht zufällig, daß derartige Versuche mit Landkolonien wiederholt in England auftauchten, während man in Deutschland nichts davon hörte. Das erklärt sich aus dem verschiedenen Charakter des englischen und des deutschen Kapitalismus.

England ist heute ein Land mit nur noch geringer Entwicklung. Es findet sich dort ein starker Bodenschatz hilfloser Existenzen, die selbst bei günstiger Konjunktur von der Industrie nicht aufgesogen werden. Andererseits lebt dort eine reiche Kapitalisten- und Grundbesitzerklasse, die ihre von den Vätern ererbten oder aus den Kolonien stammenden Reichtümer als Rentiers verzehren. Zwischen solchen Schichten tobt nicht der Klassenkampf. Zwischen Rentiers und Alimentierten bestehen nur Gefühle hochmütiger Wohlthätigkeit und mit stillem Haß gemischter Ehrfurcht. Da trägt die Sozialreform, so schädig sie auch in ihren Resultaten sein mag, einen philanthropischen Charakter. Das ist ein günstiger Boden für philanthropische, halbtopische Versuche zur Lösung der Arbeiterfrage.

Ganz anders liegen die Verhältnisse in Deutschland. Hier befindet sich die Produktion in starker Entwicklung; hier ist die Arbeitslosigkeit kein chronisches, sondern ein plötzlich hereinbrechendes Uebel. Die Masse der Arbeitslosen wird durch einen neuen Aufschwung fast völlig wieder aufgesogen. Hier tobt ein heftiger Klassenkampf; hier steht die Kapitalistenklasse mit brutalem Klassenhaß dem Proletariat gegenüber, dessen Widerstand sie in ihrer Jagd nach Gold zu überwinden hat. Hier herrschen deshalb auch bei den Kapitalisten keine philanthropischen Gefühle. Vorschläge der Arbeiter, die die Not zu lindern in stande wären, werden mit Hohn als „unmöglich“, „undiskutabel“ abgewiesen. Die Arbeiter werden lediglich als Widerpenstige angesehen. In einer solchen Atmosphäre kann von gutgemeinten Versuchen zur Aufhebung der Arbeitslosigkeit keine Rede sein. Hier kann auch keiner auf die Idee verfallen, Probleme einer sich in raschem Tempo entwickelnden Produktionsweise durch Herstellung veralteter, utopischer Gebilde lösen zu wollen. Alles weist vorwärts. Nur eine einzige Lösung der Arbeitslosenfrage ist möglich, auf die die feindliche Haltung der herrschenden Klassen die Arbeiter gebieterisch hinweist: die Eroberung der politischen Gewalt!

Das ist der einzige Ausweg aus dem heutigen Krisenelend. Eine andere dauernde Lösung gibt es nicht. Eine andere Versuchen auch die herrschenden Klassen dem Proletariat nicht einmal vorzugucken. Ihre herausfordernde Politik zeigt offenkundig dem Proletariat, daß ihnen der Wille fehlt, etwas zu tun. Die Arbeiter werden daraus die Lehre ziehen. Ihre Not legt alle Illusionen und Hirngespinnste aus ihren Köpfen und treibt sie, den Kampf um die politische Herrschaft noch energischer und rücksichtsloser als bisher zu führen!

Hoch und niedrig.

Aus dem Reichstag (10. Dezember). Als der volksparteiliche Abgeordnete Haußmann in Weiterführung der Etatsdebatte heute in die auswärtige Politik hineingeriet, hatte man den Eindruck, daß die Mäßigkeit und Würdigkeit des Bloßkänglers auch auf den schwäbischen Bloßdemokraten einen lähmenden Einfluß ausgeübt hat — so stockend und holprig würgte er die einzelnen Worte und Sätze durch den Haun seiner Zähne hindurch. Einige ganz treffende kritische Bemerkungen machte er zu Einzelvorgängen im Getriebe unserer auswärtigen Politik, aber es gelang seinen Ausführungen an der Darlegung der Grundgedanken, die seiner Ansicht nach für die auswärtige Politik Deutschlands hätten bestimmend sein müssen. Warm wurde Herr Haußmann aber, als er zum Schluß eine Lobeshymne auf — Herrn v. Bethmann-Hollweg anstimmte, der sich durch sein Verhalten beim Vereinsgesetz das Vertrauen des Reichstags erworben habe. . . . Zu einer solchen Versicherung hatte Herr Haußmann überhaupt kein Recht. Er konnte sich höchstens zum Mundstück für das Vertrauen des Volks machen. Dieses Vertrauen genießen sie natürlich alle, alle die ehrenwerten Männer der Regierung. Es stimmte denn auch ganz harmonisch mit dieser haußmannischen Vertrauensklärung die des Antisemitischen Zimmermann zusammen.

Haußmanns Kritik war das Stichwort für den Reichskanzler, der seinerseits nunmehr die früheren Aphorismen um einige neue vermehrte. Der Abrüstungsdece steht er nicht grundsätzlich, wohl aber aus „praktischen“ Gründen ablehnend gegenüber. Deutschland hat nämlich „Feinde ringsum“, bloß seiner geographischen Lage wegen natürlich, heileibe nicht wegen seiner fahrlässigen Großmannsucht. Ein Wink für die Steuerwilligkeit des Volks war der Hinweis, daß unser Schiffsbau nur das zur Verteidigung der Küste notwendige Maß innehalte. Offenbar um den müden Eindruck seiner früheren Rede wettzumachen, hatte Bülow schon bei diesen Ausführungen

kräftigere Töne angeschlagen, die sich noch steigerten, als er, einer Anspielung Haußmanns auf die Wirksamkeit des Reichsrats v. Holstein begegnend, die Versicherung herausmettete: „In einem mir unterstellten Ressort dulde ich keine Neben- und Unterströmungen!“ Als ob er sie überhaupt kontrollieren könnte bei einer Regierung, die ihr Handwerk im Umherziehen betreibt. Es ist doch noch unergessen, daß ein früherer Minister des Auswärtigen, und nicht der schlechteste, als einziges Mittel gegen solche Umtriebe die Flucht an die Deffentlichkeit antreten mußte!

Dem Kanzler auf dem Fuße folgte Herr v. Schoen. Man hatte ihm offenbar den Rat gegeben, daß er am wirksamsten den trüben Eindruck der jüngsten Leistungen des Auswärtigen Amtes durch Schneidigkeit des Auftretens und ausgiebige Verwendung seiner Stimmittel verwischen könnte. Herr v. Schoen ist sonst ein freundlicher kleiner Herr mit sanften Manieren und höflichen Manchetten. Die Ueberrassung war deshalb nicht gering, als er durch Fortschritt seinen geehrten Vorgesetzten noch zu übertönen suchte. Als ob der Geist des Herrn v. Oldenburg in ihn hineingefahren sei, in solchem Wadmeisterton schnarrte Herr v. Schoen das Haus an. Die Feststellung des Genossen Scheibemann, daß das Auswärtige Amt wegen des Zwischenfalles von Casablanca ganz unberechtigtweise eine Entschuldigung von der französischen Regierung verlangt habe, glaubte er damit entlasten zu können, daß er sagte, nicht eine Entschuldigung sei verlangt worden, sondern ein „Ausdruck des Bedauerns“! Doch den Haupterfolg des Abends erzielte Herr v. Schoen mit einer Bemerkung über den neuen amerikanischen Vorkämpfer. Haußmann hatte gegenüber der bekannten Reichstagsqualifikation, die für Hill verlangt wurde, betont, er sei hier allgemein freundschaftlichen Gefühlen begegnet. „Zarwohl“, erwiderte Herr v. Schoen, „diese Gefühle teilen wir alle, und ich füge hinzu: Hoch und niedrig!“ Das „Hoch“ hatte der Leiter des Auswärtigen Amtes mit solcher Augenkraft in den Saal hineingefahren, daß, wie erzählt wird, draußen im Foyer aus einem der Schlummerfessel ein guter Patriot erschreckt in die Höhe fuhr, den Arm vorchriftsmäßig in einem Winkel von 45 Grad von sich rechte und begeistert in das Hoch einstimmte.

Nicht ganz klar ist es, wen Herr v. Schoen mit dem „Hoch“ gemeint hat und wen mit dem „Niedrig“. Aber bei all den Mißerfolgen der letzten Zeit mag es ihm zum Trost gereichen, daß nach einmütigem Urteil alle Personen, die in unserer auswärtigen Politik die Finger haben, auf dem Gebiete der unfreiwilligen Komik jede Konkurrenz schlagen, alle — hoch und niedrig.

Komödianten.

Das preussische Dreiklassenparlament ist am Donnerstag nach mehrtägiger Pause wieder zusammengetreten, um sich über das Problem der Arbeitslosigkeit und ihre Bekämpfung zu unterhalten. Daß aus den Verhandlungen etwas Vernünftiges herauskommen würde, war von vornherein nicht anzunehmen, aber einen solchen Tiefstand der Debatte, ein so offenes Eingeständnis, daß die gesetzgebenden Körperschaften Preußens dieser wichtigen Frage gleichgültig, wenn nicht gar feindlich gegenüberstehen, hätten wir doch nicht erwartet.

Eine Komödie war es, die sich im Abgeordnetenhaus abspielte, eine Komödie, die bei jedem Anbesseren den Eindruck erwecken mußte, daß die gefälligen Existenzen sich über die Arbeitslosen lustig machten.

Schon der erste Redner, Abg. Trimborn, der namens des Zentrums an die Regierung die Anfrage richtete, durch welche Maßnahmen sie zur Bänderung der Arbeitslosigkeit mitzuwirken gedenkt, die an zahlreichen Orten der Monarchie auf gewerblichem Gebiete in erheblichem Umfange in die Erscheinung tritt und sich weiter auszudehnen droht, schon dieser erste Redner bewies, daß es ihm weniger auf einen praktischen Versuch, die Folgen der Arbeitslosigkeit zu lindern, als vielmehr auf theoretische Auseinandersetzungen über diese Frage ankommt. Schade nur, daß die hungrigen Arbeiter davon nicht satt werden. Als einer der Führer derjenigen Partei, die bei der Geburt des Wucheraristokratenbeamtendienstes geleistet hat, sang Herr Trimborn ein langes Loblied auf die Wirtschaftspolitik des Reiches, wobei er es nicht unterließ, den Genossen Calwer als Kronzeugen dafür zu zitieren, daß ohne die Schulzollpolitik die Arbeitslosigkeit einen weit größeren Umfang angenommen hätte. Den Beweis für diese Behauptung lief Trimborn allerdings ebenso schuldig wie Calwer. Im übrigen lief seine ganze Rede auf eine Verurteilung der Veranstaltung von periodischen Arbeitslosenzählungen über das ganze Land hin aus. Das war alles, was der „große Sozialpolitiker“ des Zentrums in 1½ Stunden zu sagen wußte!

Noch dürftiger war die Rede des Freisinnigen Wahndke, der einen Antrag auf Inangriffnahme der bereits genehmigten öffentlichen Arbeiten und auf Zurückziehung der ausländischen Arbeiter hinter den inländischen begründete. Allerdings forderte er den Ausbau der Arbeitslosenversicherung, aber in welcher Weise das geschehen solle, darüber äußerte er sich nicht. Höchstens konnte man aus seinem Vortrag gegen die Gewerkschaften, daß sie politischen Charakter besitzen, seine Abneigung gegen die Subventionierung der gewerkschaftlichen Arbeitslosenversicherung herausören.

Speziell für die unter der Kriftis leidenden kleinen Handwerker legte sich der konservative Innungsmeister Bahardt ins Zeug. Der eine möglichst beschleunigte Vergabung der im laufenden Etat

Sorgeföhen Arbeiten, insbesondere im Baugewerbe, und eine Rücknahme auf die Verhältnisse der kleinen Gewerbetreibenden bei Aufstellung des nächstjährigen Etats verlangte.

Nachdem die Zentruminterpellation und die beiden Anträge der Freisinnigen und der Konserverativen begründet waren, ergriffen die Vertreter der Regierung das Wort. Beide Ressortminister, sowohl der Handelsminister Delbrück als der Minister der öffentlichen Arbeiten Breitenbach, waren nicht imstande, positive Vorschläge zu machen, sie trösteten sich damit, daß die Krisis in England noch schlimmer ist als bei uns, daß sie „allen Anschein nach“ bald vorübergehen werde, und daß in großen Teilen Preußens, namentlich auf dem Lande, noch Arbeitsgelegenheit genug vorhanden sei.

Dem Sprecher der sozialdemokratischen Fraktion, dem Genossen Borgmann, blieb es vorbehalten, mit bestimmten Plänen hervorzutreten. Es muß festgenagelt werden, daß gerade der Vertreter derjenigen Partei, die angeblich nur kritisiert, die „alles herunterreißt“, der einzige gewesen ist, der ein detailliertes Programm zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit entwickelte. Obwohl Borgmann in seinen einleitenden Unterredungen mit allem Nachdruck den sozialdemokratischen Standpunkt betonte, daß die Ursachen der Krisen in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung liegen, und daß demzufolge das Problem der Arbeitslosigkeit innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsordnung nicht gelöst werden kann, namentlich nicht in einem Staate, an dessen Spitze Männer wie Delbrück und Breitenbach stehen, wies er doch einen Weg, auf dem es möglich ist, den hungernden Arbeitern zu helfen: Der Staat habe die Pflicht, außerordentliche Arbeit zu schaffen und er sei dazu sehr wohl in der Lage. So brauche er z. B. nur die notleidenden Gemeinden zu unterstützen, damit sie ordentliche Schulhäuser bauen können, er brauche nur die dringend notwendigen Reparaturen an dem Wagenpark der Eisenbahnverwaltung vorzunehmen, die Wagen mal gründlich reinigen zu lassen und bergleichen. Wenn die Regierung dazu keine Mittel habe, so möge sie es nur mit der Einführung einer Notstandssteuer versuchen, d. h. Zuschläge zur Einkommensteuer erheben und diese Zuschläge zu einem Fonds ansammeln, durch den der Not gesteuert werden könne. Daß die Besten sehr wohl in der Lage sind, eine solche „Belastung“ zu ertragen, das wieder er schlagend an einigen unansehnlichen Beispielen von dem in gewissen Kreisen betriebenen Luxus nach. Mit der zu Herzen gehenden Warnung, man möge es nicht erst dahin kommen lassen, daß der Notschrei des hungernden Volkes den herrschenden Massen in die Ohren schalle, schloß er seine groß angelegte Rede.

Leider liegt die Vermutung nahe, daß Borgmann tauben Ohren gepredigt hat. Nach einigen kurzen Bemerkungen des Ministers Breitenbach nämlich erhielt nur noch ein Redner aus dem Hause, der Konserverative Mallesch, das Wort zu ähnlichen Ausfällen gegen die Sozialdemokratie, die er für alles, selbst für die Arbeitslosigkeit, verantwortlich machte und der er eindringlich Besserung empfahl. Dann wurde, obwohl große Parteien noch nicht gesprochen hatten, kurzerhand die Debatte bis nach Neujahr vertagt! Die nächste Sitzung soll erst am 12. Januar stattfinden. Aber auch dann wird die Arbeitslosendebatte noch nicht fortgesetzt, sondern zunächst der Etat eingebracht. Ob in dieser Session die Arbeitslosenfrage überhaupt noch auf die Tagesordnung kommt, ist noch keineswegs sicher. Wozu auch? Die fünfgehnzigjährigen Männer des Dreiklassenparlamentes haben sich volle 5 Stunden damit beschäftigt, und diese ungewohnte Arbeit hat sie so ermüdet, daß sie 4 1/2 Wochen von den Strapazen ausruhen müssen. Eine ekelhafte Komödie!

Kamarilla.

Die „Köln. Ztg.“, Wilkows' Leiblatt, veröffentlicht unter dem Titel „Reaktion?“ an der Spitze des Blattes folgende Notiz:

Wir lesen in der „Neuen Gesellschaftl. Korrespondenz“: Ein angesehenes deutsches im Ausland hatte vor kaum zwei Wochen einem befreundeten Diplomaten voll freudiger Erregung geschildert, einen wie großen Eindruck das politische Erwachen des deutschen Volkes, das von nun an seine Schicksale selbst bestimmen wolle, überaus hervorgerufen habe. In der Antwort des Diplomaten ist der Satz zu lesen: „Wahnen Sie, keine vorläufige Freude zu zeigen, die Reaktionen arbeiten mit aller Kraft und mit allen Mitteln!“ Das ist die Signatur der Stunde. In der Tat sind Bestrebungen im Gange, um den Kaiser von der Mächtigkeit des bisher geübten persönlichen Regiments und davon zu überzeugen, daß er, der Kaiser selbst, keinerlei Schuld an der Erregung des Volkes trug. Vielmehr wird den hervorragenden politischen Fähigkeiten des Monarchen ein hohes Lob gesungen, und man drängt, den Schein zu erwecken, als seien durch die Erklärung des „Reichsanzeigers“ vom 17. November Macht und Recht des Monarchen beschränkt worden. Daß dies gewissenlose Lügen sind, braucht nur noch wenigen andeuten zu werden. Der 17. November 1908 hat der Nation einiges, was ihr vom Selbstbestimmungsrecht genommen war, wiedergebracht und hat in erster Linie die Krone, erst in zweiter das Land vor drohenden schweren Zeiten bewahrt. Die Handlungsweise des Kaisers, die ja völlig selbstständig erfolgte, war ein Akt der Besonnenheit und der Klugheit. Die Heger, die jetzt die Reaktion „mit allen Kräften und mit allen Mitteln“ betreiben, gehören zu jener gewissenlosen Sorte von Männern, die fürchten, der Ernst des Herrscherberufs könnte von Zukunft ab sie und ihr inhaltsloses aber glänzendes Leben, wie verdient, in den Hintergrund schieben und ihre Rolle herkleinern. Kaiser Wilhelm dürfte, besonders nach den jüngsten Erfahrungen, sich hüten, den Reaktionen, die niemals ihre Zeit, nur ihre eigenen Interessen verstehen, sein Ohr zu leihen. Das wäre der Wankrott der Krone.

Diese Veröffentlichung erinnert in Form und Inhalt an jene anderen, die wir vor der Eulenburg-Kampagne so häufig zu lesen bekamen. Sie bestätigt, daß nach dem Sturz der einen Kamarilla sich bereits eine neue gebildet hat, die der Existenz Wilkows gefährlich zu werden beginnt. Der siegreiche Hausmeier kann seines Sieges nicht froh werden. Eben glaubte er in Eulenburg seinen gefährlichsten Gegner mit Hilfe Gardens und des Kronprinzen zur Strecke gebracht zu haben, eben war es ihm gelungen, das persönliche Regiment, soweit es ihm die eigenen Kreise stützte, zu bändigen, da sieht er sich von neuem vor die gleiche Aufgabe gestellt. Vergewiss hat er seine stärksten Mittel angewandt, indem er soweit ging, als ein Minister des bürokratischen Absolutismus eben gehen konnte. Er hat im Reichstag auf die hagelartigen Angriffe gegen S. W. geschwiegen, bei den Debatten über die Ministerverantwortlichkeit durch Herrn v. Bethmann-Hollweg eine wenn auch zu nichts verbindende, so doch verbindliche Erklärung abgegeben lassen. Wilkow bemühte eben den Reichstag als ein Werkzeug der Intrige in dem Kampf des Hausmeiers gegen das Kaiserthum. Er rechnete mit Sicherheit darauf, daß sich der Reichstag zu seinem Instrument würde gebrauchen lassen, und diese Rechnung hat ihn nicht betrogen.

Aber die Gefahr, die ihn bedroht, ist dauernd. Persönliches Regiment und Kamarilla sind einander ergänzende Institutionen, und so geht der Kampf weiter, und diese Veröffentlichung der „Köln. Ztg.“ ist der Schuß, der gegen das persönliche Regiment von sorgenden Freunden des Kanzlers abgefeuert wird. Auch muß die Gefahr groß sein, denn sonst würde das national-liberal-offizielle Blatt kaum so starke Mittel anwenden. Spricht doch die Notiz zum Schluß von der Möglichkeit eines Bankrotts der Krone — für so leidenschaftliche Monarchisten wirklich alles mögliche. Es ist eine Drohung, die lebhaft an die Umlaufung der letzten Kanzler in eine Kaiserkrise erinnert.

Der Warnschuß der „Köln. Ztg.“ ist aber nicht das einzige Mittel, mit dem gearbeitet wird. Kürzlich brachten einige Blätter folgende auffällige Meldung über den Gesundheitszustand des Kaisers:

„In hiesigen dem kaiserlichen Hause nahestehenden Kreisen kann man sich dem starken Eindruck nicht entziehen, der sich in einer auffälligen Depression in der Gemütsstimmung des Kaisers äußert. Wie berichtet, bringt der Kaiser auch während des Tages mehrere Stunden im Bett zu, und zwar ist dies nicht durch körperliches Kranksein bestimmt. Die für das Frühjahr ins Auge gefasste Mittelmeerfahrt wird voraussichtlich nicht stattfinden. Die Gemütsstimmung des Kaisers äußert sich auch in einer stärker noch als sonst hervortretenden Religiosität.“

Die Nachricht wurde natürlich dementiert. Aber das Charakteristische ist, daß sie verbreitet wurde, und Interesse an der Verbreitung können nur Leute haben, die den Gesundheitszustand des Kaisers so darstellen wollen, daß der Schluß gezogen werden muß, der Kaiser sei zur Vornahme eingreifender Regierungshandlungen, wie sie etwa die Entlassung des Kanzlers wäre, nicht in der Lage.

Über diese Treiberen haben noch einen anderen Zweck. Wenn Wilkow Gefahr läuft, der Ungnade des Kaisers zu erliegen, dann darf das Gemüt des Kaisers nicht noch gereizt werden durch „überleitete“ oder „taktlose“ Reden oder Handlungen der Volksvertreter. Der Reichstag soll eingeschüchert und verhindert werden, irgend etwas Ernstliches durchzuführen. Auf die Freisinnigen vor allem, die für den Blodvater zittern, soll Eindruck gemacht werden. Das Hausmeiertum darf eben nicht nur von oben, es soll auch nicht von unten, durch den Reichstag, beschränkt werden. Und so erscheint das feige und zage Verhalten der bürgerlichen Parteien, die die Verfassungssaktion auf die lange Bank geschoben haben, in neuer, noch jämmerlicherer Beleuchtung: Sie erscheint diktiert von den persönlichen Interessen Wilkows im Kampfe um die Erhaltung seiner Macht gegen den Kaiser wie gegen den Reichstag. Die Verfassungssaktion der deutschen Volksvertretung dient nur einer Intrige in dem possenhaften Kampfe der Kamarillen und wird so selbst, wenn es nach den Wünschen des Kanzlers ginge, zu einer elenden Poffe.

Der Sozialismus auf dem Vormarsch.

Paris, 8. Dezember. (Fig. Ber.)

Vor ein paar Monaten noch war die „Krise des französischen Sozialismus“ ein beliebtes literarisches Thema, das man in nationalistischen, liberalen, radikalen und regierungsozialistischen Variationen wiederlesen sah. Die geeinigste Partei, dozierte auch die als Exportartikel versendete professorale Weisheit der Journale, sei in rettungsloser Auflösung verfallen, weil sie sich in eine haltstarke Opposition zu den Fortschrittsmännern Clemenceau, Briand und Viviani gesetzt habe. In der Tat hatte sich der französische Sozialismus mit schweren Problemen auseinandersetzen, mit denen sie ganz anders als in der Richtung der Erneuerung des Volks. Noch ist die Ueberwindung des ideologischen „Antipatriotismus“ und Antiparlamentarismus nicht vollendet, aber der Parteitag von Toulouse hat deutlich gezeigt, daß die Erkenntnis von der Notwendigkeit aller Organisations- und Aktionsformen in der Arbeiterklasse vorwärts schreitet. Und nun beweisen auch zwei Wahlen, daß trotz der von Clemenceau patronisierten allgemeinen Hege gegen die sozialistische Partei, trotz der Verfolgungen und Verleumdungen der letzten Jahre, die sozialistische Wählerkraft in einer geradezu überraschenden Zunahme begriffen ist.

Am Sonntag hatten zwei Wahlkreise Ersatzwahlen vorzunehmen. Beide waren radikaler Besitzstand, beide haben eine vorwiegend ländliche Bevölkerung. In Charolles im Departement Saone-et-Loire war der Exminister Sarrrien das letztemal mit ungehenerer Mehrheit gewählt worden. Zum Senator gewählt, mußte er kürzlich auf das Mandat verzichten, wollte es aber seinem Sohn vererben. Doch der erste Anlauf mißlang diesem gründlich, denn die Sozialisten sind ihm dicht auf den Fersen und er muß in einer Stichwahl an die Stimmen der Reaktionen appellieren. Die für den Kandidaten der geeinigten Partei abgegebene Stimmzahl ist von 1837 im Jahre 1906 auf 4987 gestiegen, also um mehr als 2500. Noch größer ist der Stimmengewinn im Wahlkreise Villefranche im Departement Aveyron: von 1898 auf 4892, also mehr als 3000. Auch hier ist eine engere Wahl nötig. Trotzdem die Reaktionen, die ehemals 4000 Stimmen aufbrachten, diesmal keinen Kandidaten aufgestellt hatten, ist die Zahl der radikalen Stimmen zurückgegangen. Dabei hatte sich der zweite radikale Kandidat, der einst der sozialistischen Partei angehört hat, noch als „Sozialist“ präsentiert und unter seinen 8000 Stimmen befanden sich sicher noch genug, die bei fortschreitender Propaganda in dem von der Partei noch wenig bearbeiteten Departement dieser zufallen müßten.

Begreiflicherweise erregen diese Wahlergebnisse genug Aufsehen. Der oppositionelle, combistische „Koppel“ erklärt darin mit Recht das Fiasko des Clemenceauschen Systems, er irrt aber insofern, als er glaubt, daß der Kampf des Radikalismus durch Wiederherstellung der Blodpolitik noch vermieden werden könne. Die nationalsozialistische „Aberes“ sieht in den Fortschritten des Sozialismus den Einfluß der Lehren, die bei den Bauern an die Stelle der Starrer getreten seien. Die demagogischen Absichten sind klar. Reizung, auf sie einzugehen, ist bei der Regierung erwiesenermaßen genug vorhanden. Nur kann sie ihr nicht nachgeben, ohne der radikalen Reaktion in die Hände zu arbeiten, die jetzt wieder eine große Zuvorsicht an den Tag legt. Der bürgerliche Radikalismus hätte unter der Führung geschickter und gewissenhafter Politiker die bäuerliche Demokratie zur Durchsetzung bedeutender politischer und sozialer Reformen führen können. Ehrgeizlinge und Streber haben ihn schnell korrumpiert und zur bloßen Schanztruppe bürgerlicher Profitinteressen gemacht. So sinkt er immer tiefer, während der vorwärtsschreitende Sozialismus die Kraft der von ihm verratenen, enttäuschten Massen zum Angriff gegen das ganze System der kapitalistischen Ausbeutung organisiert.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 10. Dezember 1908.

Minister und Kalendertolporteur.

Die eigenartige Behandlung, die das dem Reichskanzler auf dem Zivilkabinett des Kaisers zugegangene Manuskript der „Daily Telegraph“-Beröffentlichung im Auswärtigen Amt erfahren hat, erregte bei manchen naiven Leuten, die die Vielgeschäftigkeit unserer Ministerien nicht kennen, bedenkliches Kopfschütteln. Im Grunde genommen ist es aber gar kein Wunder, wenn so ein Minister die wichtigsten Angelegenheiten seines Ressorts überflieht und selbst Schriftstücke aus dem kaiserlichen Zivilkabinett ungelesen weitergibt, denn jeder der Herren Minister hat eine Reihe wichtiger Nebenbeschäftigungen, die seinen hohen Geist in Anspruch nehmen. So befaßt sich z. B. der Minister der öffentlichen Arbeiten, Herr Breitenbach, neuerdings im Nebenamt mit der Prüfung von Rezepten für den einfachen Haushalt und mit der Vorkampfortage. Wie die „Berl. Morgen-Ztg.“ berichtet, hat er in Ermangelung anderer Beschäftigung folgende Verfügung erlassen:

Der Minister der öffentlichen Arbeiten.

Berlin W. 68, den 14. November 1908.

Von Fräulein J. in D.
S. strotze Nr. ist ein Wirtschaftskalender für die Deutsche Frau herausgegeben worden, der neben einer praktischen Anleitung für die Küche eines einfachen bescheidenen Haushalts wertvolle Ratsschlüsse für die verschiedensten Seiten der häuslichen Wirtschaft, für Körper- und Wohnungspflege, für Erziehung usw. enthält. In Rücksicht auf den guten Inhalt und den auf die Förderung des Gemeinwohls gerichteten Zweck des Buches gebe ich Em. W. anheim, die Beamten und Arbeiter der allgemeinen Verwaltung auf den Kalender aufmerksam zu machen. Derselbe dürfte auch bei Weihnachtsbescherungen eine geeignete Gabe bilden.

Der Wirtschaftskalender ist von der Herausgeberin selbst zu beziehen und kostet bei größeren Bezügen 1 M., sonst 1,25 M. In Vertretung
gez. v. Coelb.

An die Herren Oberpräsidenten in Danzig, Breslau, Magdeburg, Hannover, Koblenz und Münster i. W. (Strombau bzw. Kanalverwaltung), die Herren Regierungspräsidenten (bei Potsdam auch Verwaltung der Märkischen Wasserstraßen), den Herrn Polizeipräsidenten in Berlin, den Herrn Präsidenten der hiesigen königlichen Ministerial-, Militär- und Bau-Kommission, die königlichen Kanalbauinspektoren in Hannover und Essen und das königliche Hauptbauamt in Potsdam.

Wie man sieht, leistet Herr Breitenbach schon recht Beträchtliches in der Buchhändlerklammer. Wenn er seine Uebungen fortsetzt, hat er die beste Aussicht, nach seiner Entlassung aus dem Staatsdienst bei Herrn August Scherl Unterkunft zu finden. —

Postpatriotismus.

Wie die „Deutsche Postzeitg.“ mittelst, soll sich die Oberpostdirektion in Kiel einen unbefugten Eingriff in die staatsbürgerlichen Rechte der Beamten haben zuschulden kommen lassen, indem sie nach dem ungünstigen Ausfall der Stabsberordneterwahlen sämtliche Postbeamte amtlich darüber benachrichtigen ließ, ob sie von ihrem Wählrecht Gebrauch gemacht haben. Eine große Anzahl von Beamten soll die geforderte Auskunft über die Ausübung ihres Wahlrechts verweigert haben.

Die Oberpostdirektion in Kiel scheint unzulänglich beschäftigt zu sein, daß sie sich mit Angelegenheiten befaßt, die sie absolut nichts angehen. Die Regierung fordert trotz der finanziellen Notlage des Reiches für die höheren Beamtenkategorien überreichliche Zulagen. Nach den Mitteilungen, die über die Leistungen mancher höheren Beamten in die Öffentlichkeit dringen, wäre es viel besser, wenn ihnen etwas mehr Arbeit zugewiesen würde, damit sie nicht aus Langeweile darauf verfallen, sich in die Privatangelegenheiten ihrer sogenannten „Untergebenen“ zu mischen. —

Die Blätter unter einer Schellenkappe.

Ueber eine Blätterverschmelzung, von der schon wiederholt die Rede war, berichtet der „Reichsbote“: Der „Deutsche Verlag“, der die „Berliner Neuesten Nachrichten“, die „Staatsbürger-Zeitung“ und das „Reich“ herausgab, und dessen Geschäft seit dem Verlaufe der „Berliner Allgemeinen Zeitung“ an eine sächsische Verlagsanstalt und seit dem Ausscheiden der beiden Hauptaktionäre Krupp und Henschel-Donnerstern nicht gerade günstig zu nennen waren, wird sich mit dem Verlage der „Deutschen Zeitung“ (Friedrich Lange u. Co. Verlag) vereinigen und als Verlagsanstalt Friedrich Lange u. Co. weitergeführt werden. Der bisherige Chefredakteur der „Deutschen Zeitung“, Dr. Friedrich Lange, wird, wie nunmehr feststeht, die Chefredaktion sämtlicher vier Blätter übernehmen. Der Druck erfolgt in der Buchdruckerei Wägenstein.

Unter die Schellenkappe des alldemokratischen „scharf-macherischen“ Dr. Lange mag sich in der Tat das vierblättrige Zeitungsgeschäft einstimeln am besten zu retten versuchen. Der redaktionellen Verschmelzung wird sicherlich auch in nicht allzuferner Zeit infolge des chronischen Falles eine technische Verschmelzung folgen.

Die Freisinnigen und die Tabaksteuer.

Die Entscheidung darüber, ob durch eine Mehrbelastung des Tabaks Zehntausende von Tabakarbeitern brotlos gemacht werden sollen, liegt in erster Linie in Händen des „Freisinn“. Er wird deshalb auch die Hauptverantwortung gegenüber den Tabakarbeitern zu tragen haben. Leider vermissen wir noch immer eine klare, bestimmte Stellungnahme seitens der „freisinnigen Fraktionsgemeinschaft“. Allerlei Anzeichen deuten darauf hin, daß der „Freisinn“ in seiner Haltung äußerst schwankend geworden ist.

Erklärte doch schon Herr v. Bayer bei der ersten Lesung, daß nach seiner Meinung „eine andere Form der Besteuerung“ wohl möglich sei.

Noch bedenkllicher ist die Haltung der „freisinnigen Zeitung“ zu der in Aussicht genommenen „anderen Form der Besteuerung“.

Am 3. Dezember brachte die „Norddeutsche Allg. Zeitung“ einen sehr optimistischen Artikel über die Aussichten der von der Regierung vorgeschlagenen Finanzreform. In diesem Artikel wird betont, daß, mit Ausnahme der Polen und Sozialdemokraten, beide Seiten des Hauses ihre Bereitwilligkeit erklärten, „die Massen-genußmittel, Branntwein, Bier, Tabak, unter Umständen auch Wein, zur Besteuerung heranzuziehen“, daß also „grundsätzlich“ Meinungsverschiedenheiten in der Kommission nicht mehr zu überbrücken seien. Auch das Zentrum werde sich in die „selbstverständliche Notwendigkeit“ versetzt sehen, den obenbezeichneten Konsumsteuern zuzustimmen.

Die „freisinnige Zeitung“ macht ihren Lesern noch am gleichen Tage Mitteilung von dem Inhalt des Artikels der „N. A. Ztg.“, läßt aber sonderbarerweise den von uns oben angeführten hauptsächlichsten Teil fort. Aus diesem Schweigen muß geschlossen werden, daß die „Bereitswilligkeit“ des „Freisinn“, auch den Tabak höher zu besteuern, feststeht.

Nun gibt es im Reichstage, außer der Sozialdemokratie, keine Partei, welche sich bisher mit so großer grundsätzlicher Entschiedenheit gegen jede Mehrbelastung des Tabaks gewandt hat, wie der Freisinn. Mit Unkenntnis der Verhältnisse in der Tabakindustrie oder der schlimmen Folgen einer Mehrbelastung kann sich der Freisinn nicht entschuldigen.

Um dies noch einmal vor Eintritt in die Verhandlungen der Kommission über die Tabaksteuerung vor aller Welt zu konstatieren, lassen wir einige Auszüge aus den Reden freisinniger Abgeordneter aus den Jahren 1905/06 folgen:

Die grundsätzliche Stellungnahme des Freisinns zu den indirekten Steuern überhaupt und besonders zur Tabaksteuer erklärte in der zehnten Sitzung am Dienstag, 12. Dezember 1905

Abg. Schrader: „Jeder Kopf in der Familie zahlt indirekte Steuern, nicht etwa einmal, sondern bis fünfmal wird die Steuer gezahlt. Das weiß ja jeder, welche große Menge indirekter Steuern der Bevölkerung auferlegt ist, und da vergessen Sie nicht — und das soll die hohe Regierung auch nicht vergessen —, es sind nicht bloß die Arbeiter, die davon betroffen werden, sondern das reicht viel weiter hinauf, besonders in unseren Beamtenklassen. Die unteren Beamtenklassen stehen um kein Haar besser, sondern schlechter als die Arbeiter in solchen Zeiten; denn es ist ihnen nicht wie den Arbeitern möglich, durch vermehrte Arbeit mehr zu verdienen, sie bekommen ihr Gehalt wie dieses, und wir wissen ja auch in diesem hohen Hause, wie schwer es ist, die Gehälter darauf zu erhöhen. Es handelt sich da um solche Summen, daß wir uns immer sehr bedenken müssen, ehe wir zu durchgreifenden Gehaltsveränderungen kommen.“

Dr. Bachmiche sagte (16. Sitzung, Mittwoch, den 10. Juni 1906): „Jede weitere Erhöhung des Tabakzollens bedeutet eine weitere Begünstigung der süddeutschen Staaten auf Kosten der norddeutschen. Der Fabrikant müßte deutsches Kraut verwenden, wenn ein höherer Zoll erhoben wird, und er könnte dies am vorteilhaftesten nur da tun, wo der meiste von ihm bezogene Tabak wächst, nämlich in Süddeutschland. Das aber würde bedeuten, daß von Westfalen, Hannover, vom Eichsfelde her eine Verschiebung der Tabakfabrikation stattfindet nach dem Süden, und daß in diesen Gegenden sehr viel Schaden angerichtet würde.“

Außerdem machen wir für unsere Seite noch besonders geltend: Die Erhöhung der Steuer verteuert das Produkt, die Verteuerung zieht eine Verbrauchsverminderung nach sich und diese wieder einen Rückgang der Produktion. Meine Herren, es handelt sich nun aber um etwa 200 000 Arbeiter, dazu kommen deren Familien, dazu kommen noch die Arbeitskräfte, die in den Hilfsberufen beschäftigt sind. Hier von würden Tausende außer Lohn und Brot gesetzt, wenn die Produktionsverminderung eintritt. Nun gibt die Regierung selber zu, daß die Arbeiter der Tabakindustrie meist viel zu schwach sind, um in eine andere Industrie übergehen zu können. Abgesehen von der Beschäftigungslosigkeit, die auf der einen Seite eintreten würde, würde für die übrigen, welche beschäftigt bleiben, ein Rückgang der Löhne in Betracht kommen, und dieser Rückgang würde besonders darum so empfindlich sein, weil die meisten Tabakarbeiter ohnehin bereits schlecht gestellt sind (Sehr richtig links), wenigstens nicht so gut gestellt sind wie viele andere Arbeiterkategorien. Gerade in den 5- und 6-Pfennig-Zigaretten ist der Verbrauch überaus empfindlich. Die Herstellung der 5-Pfennig-Zigaretten bildet das Fundament der Tabakfabrikation; die 6- und 6-Pfennig-Zigaretten zusammengerchnet machen ungefähr 80 Proz. des gesamten Konsums aus. Eine Verteuerung müßte sich also in bedenklicher Weise fühlbar machen.“

Zum Schluß gibt Dr. Bachmiche noch seiner Bemerkung darüber Ausdruck, daß die Regierung keine Tabakfabrikation und keine Wertsteuer vorgeschlagen habe.

Von der „Freisinnigen Vereinigung“ sprach zum Schluß der ersten Sitzung am 13. Januar 1906 noch der Abgeordnete Gotthein, der nur deshalb auf die Tabaksteuer nicht mehr eingegangen für nötig erklärt, weil diese doch schon ein „vollendetes Loter“ sei.

Die Redner der „Freisinnigen Volkspartei“ äußerten sich wie folgt:

Dr. Müller-Sagan (8. Sitzung, Sonnabend, den 9. Dezember 1906): „Sie sehen ja an der Tabakindustrie, was einem wirtschaftlich schon ungünstig bestehenden Gewerbe des Reichs wegen zugemutet werden kann. Die Zigarettenindustrie Norddeutschlands hat jetzt schon unter der Konkurrenz Süddeutschlands schwer zu leiden. Mir ist gesagt worden, daß in Süddeutschland das Stück Zigaretten für 16 Mark geliefert werden kann, welches in Norddeutschland für 23 bis 24 Mark nicht herzustellen ist. Wenn nun noch ein erhöhter Zoll auf das ausländische Rohmaterial gelegt würde, so würden namentlich die kleineren Fabrikanten Norddeutschlands zugrunde gehen, so würden Tausende und Abertausende von Arbeitern der Zigarettenindustrie Brotlos werden, das gilt insbesondere von den ärmsten Gegenden im deutschen Vaterlande, vom Eichsfelde, wo die Arbeiter sich schon aus der Weiberei geflüchtet haben in die Zigarettenindustrie, und nun wieder — diesmal von Reichs wegen — aus ihren Erwerb herausgedrängt werden sollen. Meine Herren, übersehen Sie doch nicht, daß gerade in der Zigarettenindustrie vielfach schwächliche, krankliche Arbeiter beschäftigt sind, die in einer anderen Industrie gar keine Verwendung mehr finden können; vergessen Sie auch nicht, daß die Hunderttausende von Arbeitern, brotlos geworden in der Zigarettenindustrie, überflüssig müssen in andere Gewerbe und dort als Lohnrücker wirken werden, nicht in die Landwirtschaft, denn dazu sind sie zum größten Teil körperlich untauglich. Das ist ein Mißere, eine wirkliche Mißere, vor der ich Sie: Augen nicht zu verschließen bitte.“

beurteilten vor kaum drei Jahren die Freisinnigen die Tabaksteuerung. Welche Stellung werden sie jetzt, nachdem sie inzwischen zur „Regierungspartei“ geworden sind, einnehmen? Allem Anschein nach verwerfen sie nur die Vandalensteuer, sind aber bereit, die Tabaksteuer künftig zu erhöhen. Höher als das Arbeiterinteresse steht dem Freisinn das Wohlwollen ihrer konservativen Wladegährten.“

Der „Eckstein“ der Finanzreform.

Die „Berliner Politischen Nachrichten“ schreiben: „Wir können wiederholt versichern, daß die verbündeten Regierungen nach wie vor die Erbschafts- und Nachlasssteuer als einen integrierenden Bestandteil des dem Reichstage vorgelegten Steuerreformwerkes betrachten. Mitteilungen, welche dahin gehen, daß im Reichsschatzamt Vorarbeiten gemacht würden, um einen Ersatz für die vorgenannte Steuer zu finden, sind unzutreffend. Im Gegenteil hält man, wie wir versichern können, am maßgebender Stelle daran, der Reichstag werde der Ueberzeugung sich nicht verschließen, daß gerade diese Steuer einen Eckstein bildet, der, ohne das gesamte Reformwerk zu gefährden, nicht herausgedrückt werden darf.“

Ein Ordnungskämpfer.

Einer der wütendsten Gegner der Sozialdemokratie ist der Volksschullehrer und Vorstandsmittglied des Verbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie in Hamburg, Herr Karl Brandt, der wiederholt unsere Partei als schlimmste Seuche, als Kultur- und mittelstandsfeindlich bezeichnet und ihr sonst noch allerlei angedichtet hat, fühlte sich durch einen im „Hamb. Echo“ erschienenen Bericht über eine Versammlung des Wandbäcker-Parteivereins be-

leidigt, in der Genosse v. Rossbly die merkwürdige Mittelstandsfeindlichkeit dieses grimmigen Kämpfers beleuchtete. Er warf dem Brandt vor, der allernüchternste Verfechter mittelständlicher Interessen zu sein, weil er viele Geschäftsleute, Handwerker usw. durch seine Pumpgeschichten in schwere Angelegenheiten gebracht habe, „wie er überhaupt Gott und alle Welt anpump“. Er war um so mehr zu seinen in der Abwehr erhobenen Angriffen berechtigt, als seine von ihm zu Agitationszwecken bei den Kommunalwahlen verfolgte Prosäure von Brandt in einer Versammlung des genannten Verbandes als Beweis für die angebliche Mittelstandsfeindlichkeit unserer Partei angeführt wurde. Außerdem fühlte Brandt sich durch eine weitere, seine Mittelstandsfeindlichkeit durch einen drastischen Ausdruck charakterisierende Redeweise des „Echo“ in seiner Ehre schwer gekränkt, weshalb er gegen die Genossen Rossbly, Petersen und Wabersky vom „Echo“ eine Privatklage wegen Beleidigung anstregte.

Das Wandbäcker-Schöffengericht erachtete den von den Angeklagten angetretenen Wahrheitsbeweis als in allen Teilen gelungen, verurteilte aber jeden zu einer Geldstrafe von 50 M., weil sie über das Ziel hinausgegangen seien.

Auf die von beiden Seiten eingelegte Berufung hob das Landgericht Altona das Urteil auf und verurteilte die Genossen Rossbly und Petersen zu je 300 M. Geldstrafe und Wabersky zu drei Monaten Gefängnis, indem es annahm, daß sie in Brandt nur den politischen Gegner hätten treffen wollen.

Die Angeklagten legten gegen das Auffehen erregende Urteil Revision beim Oberlandesgericht in Kiel ein, das es in allen Punkten für rechtsirrtümlich erklärte, denn dem Angeklagten hätte auch der Schutz des § 193 (Wahrnehmung berechtigter Interessen) zugestanden werden müssen. Nicht die Angeklagten, sondern der Privatbesitzer sei der Angreifer gewesen. Das Urteil wurde aufgehoben und die Sache an die Vorinstanz zurückverwiesen.

Am Mittwoch und Donnerstag gelangte die Angelegenheit zum vierten Male zur Verhandlung, zu der nicht weniger als 50 Zeugen geladen waren, von denen mehrere bekundeten, einen von Karl Brandt in den „Hamburger Nachrichten“ veröffentlichten Artikel als eine Denunziation gegen die fortschrittliche Richtung der Hamburger Lehrerschaft aufgefaßt zu haben. Auch für die Behauptungen über die „praktisch betätigte Mittelstandsfeindlichkeit“ des Privatklägers wurde der Wahrheitsbeweis in vollem Umfange erbracht.

Hamburg, 10. Dezember.

(Privatdepesche des „Vorwärts“.)

Das Urteil lautete: Der Wahrheitsbeweis für die Behauptung, Brandt pumpe Gott und alle Welt unverschämte an, sei voll erbracht, weshalb von der Anklage, Brandt durch diese Behauptung beleidigt zu haben, alle Angeklagten freigesprochen werden mußten. Dagegen wurden die Genossen v. Rossbly und Petersen wegen der Behauptung, der bewußte Artikel Brandts enthalte eine Denunziation der Lehrerschaft Hamburgs, zu je 50 Mark Geldstrafe verurteilt. Genosse Wabersky ist ganz freigesprochen worden.

Eine zerstörte Legende.

Der ungarische Minister des Innern, Graf Andrássy, hat zur Begründung des Pluralitätszwangs sich auch auf das Zeugnis des Fürsten Bälou und des englischen Ministerpräsidenten Asquith berufen, die erklärt hätten, das Pluralitätsrecht sei das einzige System, welches den Anforderungen der Zivilisation entspreche. Die sächsischen Reaktionen haben sich bei Begründung ihrer Schandreform auf diese angeblichen Aussprüche berufen. Auf Veranlassung sächsischer und ungarischer Genossen hat nun Genosse Reitz die Herrn Asquith gefragt, ob er wirklich die ihm zugeschriebene Äußerung getan habe und darauf folgende Antwort von Asquith erhalten:

„Mein Wort ist wahr an der Erzählung, daß ich dem Grafen Andrássy (oder irgendeiner anderen Person) gegenüber jemals die Ansicht geäußert hätte, daß das Pluralitätsrecht die einzige Wahlrechtsmethode sei, welche den Anforderungen der Zivilisation entspreche“. Es steht Ihnen frei, von diesem Briefe jeden Ihnen beliebigen Gebrauch zu machen. Es muß offenbar irgendein Mißverständnis stattgefunden haben.“

Damit ist eine Legende gründlich zerstört, mit der die ungarischen und sächsischen Reaktionen ihre Attentate auf das Volksrecht rechtfertigen wollten. Es wäre aber nicht uninteressant, zu erfahren, ob Fürst Bälou eine ähnliche Erklärung abgeben könnte oder ob er sich wirklich zu einem freiwilligen Helfershelfer der Wahlrechtsfeinde in Ungarn gemacht hat.

Die Zwistigkeiten in der polnischen Fraktion

sind noch nicht behoben. Der „Dziennik Berlinski“ verlangt, daß in der Fraktion ein Arbeiter Sitz und Stimme bekomme. Der „Wiadom Polski“ weist darauf hin, daß die im Westen Deutschlands arbeitenden Polen jedes Vertrauen zum polnischen Adel verloren haben. Das polnische Arbeitervolk habe keine Lust, noch länger als Dekoration zu dienen, und habe genug Männer unter sich, die in der Lage sind, die Interessen der polnischen Bevölkerung im Parlament zu vertreten.

Die Agrarier im Oldenburger Landtag.

Verschiedene Blätter berichteten dieser Tage, daß die Agrarier im neugewählten Oldenburger Landtage den Antrag stellen würden, das vom vorigen Landtage beschlossene allgemeine, gleiche, direkte Wahlrecht durch das Pluralitätsrecht einzuschränken und zwar derart, daß jedem Grund- und Hausbesitzer eine Stimme mehr gewährt werde, als den anderen Wählern. Tatsächlich haben sich die Agrarier damit nicht begnügt, sondern zur Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft folgende Anträge gestellt:

1. demjenigen, der mindestens drei Jahre Besitzer oder Nießbraucher eines Grundstückes mit darauf befindlichem Wohngebäude ist, soll eine zweite Stimme zufallen; kommen mehrere Besitzer oder Nießbraucher in Frage, dann soll dem Ältesten davon das vermehrte Wahlrecht zufallen;
2. demjenigen, der seit mehr als zehn Jahren in Oldenburg wohnt, soll eine dritte Stimme zufallen.

Ein von anderer agrarischer Seite gestellter Antrag geht dahin: demjenigen eine zweite Stimme zu geben, der entweder seit drei Jahren Besitzer oder Nießbraucher eines Grundstückes mit darauf befindlichem Wohngebäude ist oder mit mindestens 1800 Mark zur staatlichen Einkommensteuer angelegt ist.

Diese Anträge bestätigen die von den Sozialdemokraten gelegentlich der Wahlrechtsdebatte im vorigen Landtage und gelegentlich der Debatten über die Haltung der sozialdemokratischen Abgeordneten bei der Verlängerung der Legislaturperiode ausgesprochenen Besorgungen. Der Ausfall der Wahl hat dann noch den Vorstoß gegen das allgemeine Wahlrecht begünstigt. Der Vorstoß ist um so brutaler, als 85 Proz. der gesamten oldenburgischen Steuerzahler unter 1800 M. Einkommen haben.

Wohlkuffig verhält sich die Regierung diesen Anträgen gegenüber ablehnend; auch haben die Anträge im Ausschusse nur eine Minderheit gefunden. Wandlungen sind aber nach alten Erfahrungen leider nicht ausgeschlossen.

Eine Reihe von Protestversammlungen, die sofort einberufen werden, sollen der arbeitenden Bevölkerung Gelegenheit geben Stellung zu dem geplanten Wahlrechtsraub zu nehmen.

Liebnecht's Haftentlassung.

Die Geschäftsordnungskommission des Abgeordnetenhauses ist am Donnerstagabend endlich zur Beratung des sozialdemokratischen Antrags auf Haftentlassung des Abg. Liebnecht zusammengetreten. Ueberwiesen ist ihr der Antrag bereits am 27. Oktober, also vor mehr als 6 Wochen! Zu dem sozialdemokratischen Antrag brachte Abg. Traeger (Fr. Sp.) in der Kommission folgende Resolution ein:

Die königliche Staatsregierung zu ersuchen, mit künftiger Beschleunigung zur Ergänzung bzw. Abänderung der Verfassung (Art. 81) einen Gesetzentwurf dahin vorzulegen, daß kein Mitglied der Kammer ohne deren Genehmigung während der Sitzungsperiode zum Zwecke der Strafverfolgung verhaftet werden darf, sowie daß auch jede Strafhaft eines Mitgliedes für die Dauer der Sitzungsperiode aufgehoben werden muß, wenn die betreffende Kammer es verlangt.

Zu einer Abstimmung ist es bei Schluß der Redaktion noch nicht gekommen, doch besteht nach dem Verlauf der Debatte kein Zweifel, daß der sozialdemokratische Antrag auf Haftentlassung Liebnechts abgelehnt wird.

Aus dem Württembergischen Landtag.

Die Volkspartei hat zwei Interpellationen eingebracht. Die erste lautet: Welches sind die Gründe, die die Staatsregierung veranlaßt haben, im Bundesrat der teilweisen Besteuerung des Weins durch das Reich ihre Zustimmung zu geben; die zweite: ob bzw. aus welchen Gründen die Staatsregierung der Gas- und Elektrizitätssteuer im Reich ihre Zustimmung gegeben hat.

Das Ende vom Liede.

Der Eulenburg-Prozess ist zu Ende. Fürst Eulenburg wird nicht mehr vor Gericht erscheinen. Die gerichtsarztliche Untersuchungskommission, die zur Untersuchung des Fürsten Eulenburg nach Liebberg entsandt wurde, hat nunmehr der Staatsanwaltschaft ein schriftliches Gutachten übermittelt, aus dem hervorgeht, daß die Kommission eine Wiederherstellung des Fürsten nach menschlichem Ermessen bezweifelt. Sie hält es daher für ausgeschlossen, daß Fürst Eulenburg in Anbetracht seines hohen Alters jemals wieder verhandlungsfähig sein wird. Um aber den gesetzlichen Vorschriften zu genügen, wird die Staatsanwaltschaft den Fürsten dauernd in Zwickaueräumen von vier bis sechs Monaten von einer gerichtsarztlichen Kommission untersuchen lassen.

Die Balkankrise.

Die österreichische Antwort.

Die Antwort der österreichischen Regierung auf die letzte russische Note betreffend die Konferenz in Petersburg ist in Petersburg eingetroffen und heute nachmittag dem Minister des Auswärtigen, Tjokoloff, übergeben worden. Ueber ihren Inhalt verlautet, daß Oesterreich dem Standpunkt Rußlands entgegenkomme. Es beziehe sich nicht mehr auf seiner Weigerung, die Annexion Bosniens von der Konferenz diskutieren zu lassen, aber es wünsche Garantien, daß die Annexion schließlich anerkannt werde. Zugleich wird berichtet, daß auch gegenüber der Türkei mildere Seiten ausgezogen werden sollen. Die Adresse des Vizekönigs Pashawacini aus Konstantinopel solle unterbleiben und trotz der Fortdauer des Vorkriegs die Verhandlungen mit der Türkei begonnen werden.

Ausdehnung des Vorkriegs.

Rom, 10. Dezember. Auch in Italien macht sich eine Vorkriegsbewegung gegen österreichische Waren und Erzeugnisse bemerkbar, namentlich in Apulien und Kalabrien. In diesen Provinzen werden insbesondere die Ankäufe von Holz, welches bisher aus Oesterreich bezogen wurde, nunmehr in der Türkei vorgenommen.

Schweiz.

Das Asylrecht.

Unser Luzerner Parteiblatt „Der Demokrat“ berichtet:

In Luzern wurde in einem Hotel am Sonnabend, den 28. November, ein tags zuvor zugereister deutscher Militärflüchtling arretriert. Der Mann konnte sich als Deserteur ausweisen und mußte deshalb nach einem kurzen Verhör wieder entlassen werden. Bei seiner Entlassung teilte ihm ein Geheimpolizist mit, daß jeder weitere Aufenthalt auf Luzerner Boden verboten sei; wenn sich der Flüchtling morgen, also am Sonntag, noch in Luzern aufhalte, werde er ausgeschafft. Zweifellos war schon diese Drohung an und für sich ungesetzlich. Denn einmal wurde sie nur so nebenbei von dem Detektiv gemacht und zudem konnte sich der Deserteur über genügende Substitutionsmittel ausweisen. Der Mann lehnte sich deshalb nicht an die Verfügungen des Geheimpolizisten und hoffte in kurzer Zeit in Luzern Arbeit zu finden. Aber schon am Montag früh erschien der Detektiv wieder und der Flüchtling wurde neuerdings verhaftet. Er wurde in ein stinkendes, ungeheiztes Lokal eingeliefert und kam am Dienstag auf den Schab. Der Mann war nahezu wehrlos, und weil er die Möglichkeit, sich gegen die Ausschaffung zu wehren, nicht hatte, verlangte er, daß man ihn wenigstens nicht an die deutsche Grenze transportiere. Es half aber alles Nichten. Noch am selben Tage wurde er bei Schaffhausen über die Grenze geschoben. Hier gelang es ihm durch einen Zufall, seinen Hüßlern zu entkommen, und so war es dann möglich, daß der Mann von dem schändlichen Rechtsbruch der Luzerner Polizei Mitteilung machen konnte.

So hängt das Schweizerische Asylrecht nicht nur von der einen Stimme des Präsidenten des schweizerischen Bundesgerichts, sondern auch von der Willkür jedes erstbesten Polizisten ab.

Im Nationalrat, der am 7. Dezember in Bern zur Winter-session zusammengetreten, ist von der sozialdemokratischen Fraktion mit Unterstützung von bürgerlichen Parteien der Bundesrat in Sachen des Schwabers Wasslioffs interpelliert worden. Nach der Erklärung der russischen Regierung an den reklamierenden Schweizerischen Gesandten Odier in Petersburg sei das zur Beurteilung Wasslioffs ausserlebhende Landesgericht das „ordentliche Gericht“.

Der preussische Polizeispindel.

Der vor einiger Zeit in Zürich entlarvte und hierauf von der Polizei verhaftete preussische Polizeispindel Erwindi Walter ist nun aus der Schweiz ausgewiesen worden.

England.

Die Verhandlungen Dernburgs.

London, 10. Dezember. (Unterhaus.) In der heutigen Sitzung bildeten die angeblichen Verhandlungen wegen der Abtretung der Walpischbay den Gegenstand einer Anfrage. Lord

Russland.
Gegen die offene Tür.
Petersburg, 9. Dezember. Die Reichsduma verhandelte in ihrer heutigen Sitzung über eine vom Handelsminister eingebrachte Gesetzesvorlage betreffend Schließung der Freihäfen im Amur- und Transbaikalgebiete. Die Anhänger der Vorlage beantragten eine möglichst baldige Schließung, damit der friedlichen Eroberung durch Ausländer ein Ende gemacht werde. Die Gegner wiesen darauf hin, daß eine solche Eroberung nicht zu befürchten sei, auch nicht von Seiten Japans. Handelsminister Schipow führte aus, die Verbindung des fernen Ostens mit dem Zentrum Russlands durch Eisenbahnen und die nach den Kriegsjahren eingetretene Nahe machen die Aufhebung der Freihäfen zeitgemäß und durchaus notwendig für die Wiederbelebung des russischen Handels und der russischen Industrie. Die Vorlage wurde angenommen.

Amerika.
Der Staatshaushalt.
Washington, 9. Dezember. Der vom Schatzamtssekretär veröffentlichte Jahresbericht gibt den Ueberschuß der Ausgaben über die Einnahmen im Fiskaljahre 1908 auf 58 070 201 Dollars an. Der am Jahresbeginn zur Verfügung stehende Kasseebestand belief sich auf 272 061 445 Dollars. Die verzinlichte Schuld betrug am 30. Juni 1908 897 503 990 Dollars gegenüber 934 902 700 Dollars am 30. Juni 1907. Die Zolleinnahmen sind um 46 Millionen, die sonstigen Einnahmen um 17 955 846 Dollars geringer als im Vorjahre. Der Bericht schätzt das Mehr der Ausgaben gegenüber den Einnahmen im Jahre 1909/10 auf 143 046 798 Dollars. Wenn das Defizit eine ähnliche Höhe erreichen sollte, so müßte der Kongreß durch neue Steuern Abhilfe zu treffen suchen.

Der Moskov.
Washington, 10. Dezember. (Auf deutsch-atlantischem Kabel.) Der Jahresbericht des Kriegsskretärs berechnet den Vorkauf für das neue Fiskaljahr auf 189 755 000 Dollars, das sind 52 Millionen mehr als im laufenden Jahre. Der Bericht empfiehlt die Schaffung einer Milizarmee von 350 000 Mann.

Die Zollrevision.
Washington, 9. Dezember. Das Mitglied des Kongresses Fowler brachte eine Vorlage ein, wonach eine ständige, aus 7 Mitgliedern des Hauses bestehende Tarifkommission geschaffen werden soll. Nach der Vorlage soll der Kongreß Maximal- und Minimalzölle festsetzen und die Kommission soll innerhalb dieser Grenzen die Zölle auf alle Einfuhrartikel bestimmen, sowie alle auf den Handel bezüglichen Fragen untersuchen, das betreffende Material sammeln und Gegenseitigkeitsverträge ausarbeiten.

Gewerkchaftliches.

Christliche Impotenz.

Einen prächtigen Erfolg zugunsten der Arbeitslosen hatte dieser Tage das Gewerkschaftskartell der freien Gewerkschaften in Duisburg zu verzeichnen. Vor etwa acht Tagen machte eine Notiz die Kunde durch die Arbeiterpresse, welche besagte, daß die Duisburger Stadtverwaltung den mit Notstandsarbeiten beschäftigten Arbeitslosen nur einen Lohn von 2,20 M. für Verheiratete und 1,80 M. für Unverheiratete zahle, obwohl der ortsübliche Tagelohn für Erwachsene dort 3,25 M. beträgt. Das Kartell der freien Gewerkschaften richtete darauf einen Dringlichkeitsantrag an die Stadtverwaltung, der forderte, daß man den verheirateten Arbeitslosen mindestens den ortsüblichen Tagelohn und den Unverheirateten mindestens 2,80 M. gewähren möge. Gleichzeitig hierauf das Kartell eine Arbeitslosenversammlung ein, die sich der Forderung des Kartells anschloß. Das Stadtverordnetenkollegium beschäftigte sich darauf mit der Sache und bewilligte auf Beschwörung des Oberbürgermeisters zunächst eine Erhöhung des Lohnes auf 2,80 M. Man ließ aber durchblicken, daß man event. auch wohl für 3,25 M. zu haben sei, doch sollte sich die sogenannte „Soziale Kommission“ — die man in jener Wetterrede fast in jeder Stadtverwaltung als Vizepräsident für künftige Angelegenheiten eingerichtet hat — erst mit der Sache befassen und eventuell Vorschläge machen. — „Oder wollen Sie noch einen anderen Antrag stellen, Herr Wieber?“ Mit diesen aufmunternden Worten wandte sich der Oberbürgermeister dann noch an den Stadtverordneten Wieber, den Vorsitzenden des christlichen Metallarbeiterverbandes, der als Zentrumsmann in Gemeinschaft mit dem „nationalen“ Former Jung die Interessen der Arbeiter im Duisburger Stadtparlament „vertritt“. — „Nein, ich bin mit dem Vorschlage einverstanden“, erwiderte der Vorsitzende des christlichen Metallarbeiterverbandes, während der „nationale“ Reichstagskandidat der Kommerzienräte und Fabrikanten, Herr Former Jung, sich in sehr beredter Weise ganz ausdrückte. Anstatt die gebotene Gelegenheit zu benutzen — wenn schon aus eigener Initiative nicht von diesen „Arbeitervertretern“ zu erwarten ist — und den ihnen auf den Präsentierteller gebrachten Antrag zugunsten der Arbeitslosen einfach aufzunehmen, erklärt sich der Verbandsvorsitzende einer christlichen Gewerkschaft mit den von ihm selbst als zu niedrig befundenen Löhnen einverstanden! Nachdem dann unser Duisburger Parteimitglied das klägliche Verhalten der christlich-nationalen „Arbeitervertreter“ gebührend festgenagelt und nochmals einen energischen Appell an das dortige Stadtverordnetenkollegium richtete, hat man nunmehr in einer am Montag abgehaltenen Sitzung dem Antrage des Gewerkschaftskartells stattgegeben und 3,25 M. den ortsüblichen Tagelohn bewilligt. In einzelnen Fällen soll es der Stadtverwaltung auch gestattet sein, darüber hinauszugehen. Für Unverheiratete, denen man zuerst nur 1,80 M. bewilligen wollte, hat man 2,20 bis 2,80 M. festgesetzt. Also statt 2,20 M. erhalten die Arbeitslosen durch das Eingreifen des Kartells jetzt 3,25 M. bzw. bis 2,80 M., wo es vorher nur 1,80 M. geben sollte. Das ist rund ein

Drittel mehr als ihnen zugebacht war. Das vollständige Verlangen der christlich-nationalen Arbeitervertreter ist um so bemerkenswerter, als es sich hier um einen Verbandsvorsitzenden und um einen Reichstagskandidaten handelt.

Deutsches Reich.

Eine gelbe Boykottfrage abgewiesen.

Seit der großen Ausperrung vor einigen Jahren und der Verschmelzung mit dem Senefelder Bund, hat der Verband der Lithographen und Steindruckere fortgesetzt gegen die in Folge dieser Vorgänge vom Unternehmertum fleißig geschützten Selben zu kämpfen. Bei der jüngsten Boykottfrage war es nicht der von den Prinzipalen sorgfältig geschützte Senefelderverein, dessen jetzige Mitglieder zum größten Teil jene „Kollegen“ waren, die die Verschmelzung der Gewerkschaft mit der Unterstufungsklasse bekämpft hatten, und dabei bis zum Reichsgericht gingen, sondern die Berliner Freie Vereinigung, ein Häufchen meist wegen Vertragsrechten oder sonstigen Rißhelligkeiten aus dem Verbande ausgeschlossener Steindruckere, die sich Vorbeeren holen wollte.

Ein Mitglied dieser Organisation von Erlen, der Restaurateur und frühere Steindrucker Sirtus Hermann erhielt in seinem Lokal durch die bei ihm verkehrenden Steindrucker einen Arbeitsnachweis „eingelichtet“. Eine Steindruckerversammlung des Verbandes in Berlin nahm 1905 dazu Stellung. Es wurde beschlossen, diesen „Arbeitsnachweis“ zu sperren, Nichtbeachtung dieses Beschlusses durch Ausschluß zu ahnden, und weiterhin allen Kollegen zu empfehlen, das Lokal des Hermann zu meiden.

Im August 1908 verklagte der schon genannte Hermann den Verband auf Schadenersatz, vorläufig auf 3000 M., und Unterlassung. Um ganz sicher zu gehen, verklagte er 1. den Gesamtverband, 2. drei Hauptvorstandsmitglieder des Verbandes, und 3. den Bevollmächtigten der Berliner Steindrucker. Noch vor Beginn der Verhandlung nahm der Rechtsanwalt Verbig die Klage zu 1 und 2 zurück. Zu 3 wurden die schönsten Argumente vorgebracht. So das Geschichtchen vom armen anderdenkenden Gastwirt, der durch die Sozialdemokratie bankrott gemacht werden soll, u. a. m. Herr Verbig versuchte sogar diesen Unterschied in der politischen Anschauung zwischen sich und dem Vertreter des Verbandes zu betonen, es wurde ihm aber sehr deutlich abgewinkt. Auch die plötzlich vorgebrachten neuen Beweise, daß der Boykott noch in der allerletzten Zeit ausgeübt worden sei, nützte nichts, jetzt mußte man hören, daß dies eine unzulässige juristische Verschönerung der Anklage sei. Die Klage wurde abgewiesen.

Aus dem Urteil sind die folgenden Stellen von Wichtigkeit: „Wichtig ist, daß der Gewerbebetrieb zu dem im § 223 B.-G.-B. geschützten Rechte gehört. Es ist aber nicht jede Handlung widerrechtlich, die in das Recht eines anderen eingreift. Widerrechtlich ist an sich insbesondere nicht der Boykott (siehe Reichsgerichtsentscheidungen). Er ist kein unerlaubtes Kampfmittel, und wird dies auch nicht dadurch, daß durch die Boykott oder durch Verdrängung die Unterstufung weiterer Kreise angerufen wird. So liegt der Fall hier. Es wird den Kollegen empfohlen, den Verkehr im Lokale des Gegners zu vermeiden, um dem Boykott Nachdruck zu verleihen. Diese Handlungsweise ist nicht widerrechtlich. Eine Klage auf Unterlassung des schädigenden Handelns beruht auf den gleichen Voraussetzungen.“

Aus diesen Gründen wurde die Klage abgewiesen.

Wieder eine Lüge der bürgerlichen Presse geplatzt.

Dieser Tage machte eine Notiz die Kunde durch die Presse, die behauptete, daß der Brauer Ludwig aus Dortmund und Brauer Kühn in Gotha erschossen hat, weil dieser seinen Eintritt in den Verband verhindert und so beschäftigungslos gemacht habe. Die gesamte Ordnungspresse, allen voran das Leipziger Limanorgan und so weiter, heulte über den Terrorismus der freien Gewerkschaften. Uns wird heute aus Dortmund, dem Heimats- und letzten Beschäftigungsorte des Ludwig geschrieben, daß dieser schon im Jahre 1900 in den Verband eingetreten sei. Er habe dann in Hagen, Eisenach und Weimar gearbeitet und sei überall als unverträglicher Mensch bezeichnet worden. In Gotha ist er seinerzeit freiwillig aus dem Verband ausgetreten, weil er auf eine Weiserstelle spekuliert hatte. Als dieser Plan schiefging, wollte er sich wieder aufnehmen lassen, was die Gothaer Brauer allerdings ablehnten. Er arbeitete dann in der Brauerei Bergmann in Rahm bei Dortmund. Dort trat er wieder dem Verbande bei und zahlte seine Beiträge nach. Von Drangsalierungen durch die organisierten Brauer kann schon darum keine Rede sein, weil Ludwig im letzten Sommer als Vertreter der Arbeiter den Tarif mit abschloß. Er ging dann wieder nach Gotha, wo er die Tat ausführte, die jetzt berichtet wird, und die jedenfalls nur als Hochverrat bezeichnet werden kann. Jedenfalls ist es klar, daß die bürgerliche Presse nur wieder einmal Steine gegen die freien Gewerkschaften schleudern wollte. Wie Figura zeigt, hat sie gewaltig gefehlt.

Zum Weihnachts-Feiertage ausgesperrt.

Der Unternehmerterrorismus treibt immer tollere Blüten. Die Direktion der Steingutfabrik-Alt.-Ges. Goldsch. i. Sachsen führt seit Monaten einen systematischen Kampf zur Vernichtung der Arbeiterorganisation. Der mit Hilfe von gelben Gewerkschaften geführte Kampf hatte bisher keinen Erfolg und scheiterte am solidarischen Handeln der Arbeiter. Nun hat die Direktion zu einem raffinierten Hauptschlag ausgeholt. Sämtliche organisierte Arbeiter haben die Kündigung erhalten und hat es der christliche Direktor Zehe derart eingerichtet, daß die Leute am Vorabend des Weihnachtsfestes den Betrieb verlassen müssen. Darunter befinden sich Arbeiter, die 20 und mehr Jahre ihre Kraft und Gesundheit der Firma geopfert haben; ferner auch Leute, welche die Direktion erst in letzter Zeit unter allerlei Versprechungen nach Goldsch. gelockt hat, um mit ihrer Hilfe die Organisation zu vernichten.

Die Organisation der Porzellanarbeiter hat über die Fabrik die Sperre verhängt und werden die Arbeiter dieses Verfalls dringend ersucht, Solidarität zu üben, da der von der Direktion in so brutaler Weise aufgezwungene Kampf mit aller Energie ausgefochten werden wird.

Ein Arbeiterausfluß, wie er nicht sein soll.

Der Nürnberger städtische Arbeitsnachweis ist in ganz Deutschland bekannt dafür, daß er nicht ein sozialpolitisches Institut, sondern eine Waffe des Unternehmertums gegen die Arbeiterschaft ist. Vornehmlich bei Lohnbewegungen entfaltet er stets eine eifrige Tätigkeit, um die Unterneher mit Streikbrechern zu versorgen. Die am 1. Dezember in das Rathaus eingezogenen 10 Sozialdemokraten haben schon bei ihrem ersten Auftreten mehrfache die sozialpolitische Nichtständigkeit der Stadtverwaltung aufs Korn genommen. In der zweiten Sitzung am Dienstag kam der Arbeitsnachweis an die Reihe. Die sozialdemokratische Fraktion stellte dem Antrag, den Magistrat zu ersuchen, eine gemeinsame Kommission einzusetzen, die den Arbeitsnachweis umzugestalten habe. Den Antrag begründete Genosse Simon, der eine geradezu ungeheuerliche Prozedur des Arbeitsnachweises enthielt. In der Frage der Arbeitslosenfürsorge wurde schon wiederholt im Rathause der Arbeitsnachweis als Beweis dafür ins Feld geführt, daß von einem außerordentlichen Posten keine Rede sein könne. Es wurde z. B. darauf verwiesen, daß beim Arbeitsnachweis an einem bestimmten Tage 114 offene Stellen angemeldet waren, während sich 115 Be-

werber gemeldet hatten und 97 Stellen besetzt wurden. Nach diesen Zahlen müßte man allerdings auf eine günstige Lage des Arbeitsmarktes schließen können. Die Sache hat aber einen bedeutenden Haken. Simon wies nach, daß diese Zahlen durchaus unbrauchbar und falsch sind, da im Arbeitsnachweis die um Beschäftigung nachsuchenden Arbeiter nur dann eingetragen werden, wenn sie dies ausdrücklich verlangen oder wenn eine Stelle besetzt wird. Es wurde eine Probe gemacht, indem der Metallarbeiterverband 97 und der Holzarbeiterverband 30 Arbeitslose nach dem Arbeitsnachweis dirigierten mit der Weisung, sich genau so zu verhalten wie andere Arbeitslose. Nur wenigen wurde der Auftrag gegeben, ihre Eintragung zu verlangen. Von diesen 127 Mann wurden nur 5 eingetragen, die übrigen nicht, sie werden also auch gar nicht gezählt. Unter solchen Umständen kann man freilich eine günstige Frequenzziffer, die die Abneigung des Notstandes ermöglicht, zustande bringen. Wenn man bedenkt, daß die Zahlen der Arbeitsnachweise auch in die amtlichen Statistiken übergehen und bei der Beurteilung des Arbeitsmarktes verwendet werden, so ist ein solches Geschäftsgewerbe als geradezu gemeingefährlich zu betrachten. Die bürgerlichen Stadtväter gerieten über diese Enthüllungen in arge Verlegenheit. Es wurde einstimmig beschlossen, den Magistrat zu bitten, die Sache zu untersuchen und die Umgestaltung des Arbeitsnachweises kommissionell zu beraten. Der Arbeitsnachweis übt diese Prozedur schon seit 13 Jahren aus, aber um dahinter zu kommen, mußten sich die Sozialdemokraten erst mühsam den Eintritt ins Rathaus erkämpfen.

Ein bissiger Indifferenter. In Kimpur bei Würzburg machte am 26. April der Maurer Schöning seinem Arbeitskollegen Löhr in einer Wirtshaus Vorstellungen deshalb, weil er nicht der Organisation beitrete. Darüber geriet Löhr so in Wut, daß er aufsprang, sch. um den Leib mit beiden Armen packte und ihm die Rasenrasse nebst dem rechten Nasenflügel wegriß. Für diese Tat erhielt Löhr 6 Monate Gefängnis.

Ausland.

Ausperrung der Zunderbädergehilfen in Budapest.

Die Gewerkschaft der Zunderbäder beschäftigte sich in ihrer vorgestrigen Konferenz mit dem Streik der Gehilfen. Nach mehrwöchigen Verhandlungen gelangte eine Resolution zur Annahme, laut welcher jene Firmen, deren Gehilfen den von den Arbeitgebern aufgestellten neuen Lohnarif nicht anerkennen wollen, verpflichtet sind, die Gehilfen sofort auszusperrn. Den kleinen Meistern wird es zur Pflicht gemacht, in den größeren Betrieben auszuweichen. Falls die Gehilfen die Bedingungen nicht annehmen, erfolgt die allgemeine Ausperrung der Gehilfen.

Demgegenüber beschloß eine Gehilfenversammlung, keine Einzelverträge, sondern nur einen Kollektivvertrag abzuschließen zu wollen. Wühin wird die Ausperrung perfekt.

Beendigt wurde die Generalausperrung der Schneider in der Schweiz unter Vermittlung des Bezirksrichters Stettbacher und des Gerichtsschreibers Dr. Zwingli in Zürich auf folgender Grundlage:

1. Es ist sofort die Ausarbeitung eines gemeinsamen Schweizerischen Generaltarifes, gültig in verschiedenen Abstufungen für die einzelnen Plätze in der Schweiz, von beiden Zentralkomitees an die Hand zu nehmen. Die zurzeit bestehenden Tarife bleiben allerorts bis nach Ablauf gemäß ihren Bestimmungen in Kraft.
 2. Den christlichsozialen Fachverbänden ist Gelegenheit geboten, zu diesen Verhandlungen Vertreter abzuordnen.
 3. Die Komitees haben dafür besorgt zu sein, daß ein solcher Tarif bis Ende Januar 1909 fertiggestellt ist.
 4. Die über Davos verhängte Sperre wird aufgehoben. Dieser Beschluß ist in den Hochzeitungen des In- und Auslandes sofort bekanntzugeben.
 5. Sämtliche von den schweizerischen Schneidermeistern erlassenen Kündigungen werden auf allen Plätzen zurückgezogen. Andererseits nehmen sämtliche Arbeiter die Arbeit auf allen Plätzen sofort wieder auf.
 6. Abregelungen gegen Streikende sowohl als gegen Arbeitswillige dürfen in keiner Weise und von keiner Seite stattfinden. Die Streiklisten werden sofort aufgehoben.
- Zur Erreichung dieser Vereinbarungen war wirklich die Ausperrung nicht notwendig.

Ein Streikbrecher zum Straftäter. Unter den verhafteten drei Straftätern in Bern, die am 9. Uhr mitten in der Stadt einen Mann vom Lande überfallen und beraubt hatten, befindet sich auch der Streikbrecher G. (dessen Namen die Presse selbstverständlich nicht im Wortlaut mitteilt), der 1905 und 1907 in Bern den Streikbrecher machte. Ein „feines“ nützliches Element des Staates!

393 Arbeitslose mit 637 Kindern gibt es in Basel.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Vizepräsident Bernerstorfer.

Wien, 10. Dezember. (B. T. Z.) Das Abgeordnetenhaus wählte den Sozialdemokraten Bernerstorfer, den Deutschen Steinwender, den Slovenen Pogacnik und den Tschechen Jazvorka zu Vizepräsidenten.

Zur Nachahmung empfohlen.

Bordeaux, 10. Dezember. (B. T. Z.) Gleich nachdem die „Guadeloupe“ in Pauillac eingetroffen war, ist dem Präsidentschafts-Casino von behördlicher Seite mitgeteilt worden, daß er sich jeder Verbindung mit der Presse zu enthalten habe.

Wertzuwachssteuer in Braunschweig.

Braunschweig, 10. Dezember. (B. T. Z.) Die Stadtverordnetenversammlung beschloß in heutiger Sitzung die Einführung der Wertzuwachssteuer, soweit der Wertzuwachs 5 Proz. übersteigt. Ferner wurde die Einführung der Gemeindeveränderungssteuer mit 1/2 Proz. beschlossen.

Verhütung schlagender Wetter.

Paris, 10. Dezember. (B. T. Z.) Professor Grenet, welcher von seiner Studienreise nach dem belgischen Kohlenrevier zurückgekehrt ist, erklärte vor dem pathologischen Kongreß sein Studium der schlagenden Wetter sei so weit gediehen, daß in Zukunft die Gefahr schlagender Wetter in Gruben so gut wie beseitigt werden könnte.

Erbeben.

Messina, 10. Dezember. (B. T. Z.) In Monte Albano di Liciano wurde heute eine sehr starke wellenartige Erbebenerschütterung von drei Sekunden Dauer verspürt, auf die noch mehrere andere Erdstöße folgten. Eine Anzahl öffentlicher und privater Gebäude, die Kirchen und das Bürgermeisteramt wurden schwer beschädigt. Unter der Bevölkerung rief das Erdbeben eine Panik hervor.

Reichstag.

180. Sitzung vom Donnerstag, den 10. Dezember, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: v. Bülow, Sydow, Straetle, Dernburg.

Auf der Tagesordnung steht die

Fortsetzung der Beratung des Etats.

Abg. Hauptmann (Südd. Wp.): Der Grundsatz „Gut oder schlecht, mein Land hat recht“ ist außerordentlich bedenklich; glücklicherweise befolgt man ihn auch in Frankreich nicht und ebenso wenig wollen wir ihn befolgen. In der Beurteilung des amerikanisch-japanischen Abkommens folge ich der Ansicht des Reichskanzlers: unsere Interessen können darunter nicht leiden. Die Vorgänge in China müssen wir mit großer Aufmerksamkeit verfolgen, dort bereitet sich der Übergang zu einem modernen Staatswesen vor. Besondere Freude empfinden wir darüber, daß Herr Hill als Vertreter der Vereinigten Staaten hierhergekommen ist; das deutsche Volk ist nicht der Meinung, daß nur Millionäre Vertreter einer großen Nation sein können. (Zustimmung.) Daß die Angelegenheit von Casablanca in den Hafen eines Schiedsgerichts eingelaufen ist, ist erfreulich. Aber ein ungesunder Zustand ist es, daß erste Konflikte überhaupt wegen einiger Deferteure entstehen konnten. Marokko hat für Deutschland noch weniger Bedeutung als die Vorkantonalfrage. Wir wünschen überhaupt einen Schiedsgerichtsvertrag mit Frankreich, wie wir ihn mit England haben. Im Zusammenhang mit Marokko sagte der Reichskanzler: „Keine Prestigepolitik!“ Dem stimmen wir zu und fügen hinzu: „Auch keine Schikanepolitik!“ Herr v. Holstein soll die Berichte unserer auswärtigen Geschäftsträger nach eigenem Ermessen geändert, die geänderten Berichte an die Geschäftsträger zurückgeschickt haben, damit sie sie von neuem einsenden, und diese geänderten Berichte sind dann an höhere Stellen weitergegeben worden. Frankreich ist mit Delcassé fertig geworden und so sollten wir auch mit Herrn v. Holstein fertig sein, der die Rolle eines kleinen Delcassé gespielt hat.

Der Türkei können wir aus Klugheit und Gerechtigkeit nur wünschen, daß sie nicht geschwächt wird; die Jungtürken haben allerdings mehr Sympathie mit parlamentarischen Ländern als mit uns, da sie unsere Verfassung für einen Scheinkonstitutionalismus halten mit einem starken Stück türkischer Despotismus. Natürlich müssen wir alles unterlassen, was unserem Bundesgenossen Oesterreich Verlegenheiten bereiten könnte. In Prag, wo durch den staatlichen Fanatismus die persönliche Sicherheit aufgehoben war, haben die Tscheken den Beweis der Lieberlegenheit ihrer Kultur nicht geliefert. (Zustimmung.) Der Reichskanzler sagte, über die Absicht der Amegion haben wir vorher von Oesterreich nichts erfahren, und dafür ist er Oesterreich dankbar. Aber wenn ein in Berlin geschlossener und garantierter Vertrag gesprengt wird, ist mir dieser neueste Ton der Fremde über das Nichteingeweihtsein doch etwas zu leicht. (Zustimmung bei den Freisinnigen.) Der Reichskanzler sagte einmal, man solle sich über eine Extratour eines Verbündeten nicht aufregen. Aber Italien tangt Extratouren fortissimo. Der Dreilund hat durch die Freundschaften, die seine Mitglieder geschlossen, einen anderen Inhalt erhalten, er ist ausgehöhlt worden. Wo alle Staaten sich anders orientieren, hat Deutschland, das in Vereinigung — um kein anderes Wort zu gebrauchen — zehleben ist, allen Grund, sich auch anders zu orientieren. England kommt bei der gegenwärtigen Spannung für eine Anbiederung nicht in Betracht. Freilich ist nicht jede Gelegenheit ausgenutzt worden, wo England versucht hat, sich uns zu nähern. In der Balkanfrage sind Verhandlungspunkte zwischen uns und Frankreich vorhanden; die innere Spannung zwischen Deutschland und Frankreich ist weit geringer als früher. Um so mehr sind gerade die Marokkovorgänge zu bedauern, weil sie die natürliche Annäherung zwischen uns und Frankreich stören. (Sehr richtig! bei den Freisinnigen.)

Herr Vollermeier meinte, das wirtschaftliche Emporkommen Deutschlands sei der Grund für die Mißgunst anderer Länder. Das ist nur teilweise richtig. Schuld ist auch unsere auswärtige Politik, die etwas Värmendes, Renommistisches hat. Dazu kommt, daß wir nur einen Scheinkonstitutionalismus besitzen. Ein Mann, der keinen Hauschlüssel hat, wird von den Männern, mit denen er verkehrt, weniger geachtet, um so weniger, wenn er ein großer, starker Mann ist. So werden auch wir weniger geachtet, weil wir den Hauschlüssel des Volkes im Parlament auch nicht haben. Der Reichskanzler sagte, er wolle Politik machen in Uebereinstimmung mit diesem Hause. Hoffentlich ist das Grundgesetz und nicht nur Wendung. Wie sehr ein Minister gekränkt wird durch das Vertrauen des Parlaments, zeigte gestern das Auf-

treten des Staatssekretärs v. Bethmann-Hollweg. Auch nach der Bewilligung des Gesetzes bleibt er in der Auslegung loyal (Zustimmung bei den Freisinnigen); der Gebrauch der polnischen Sprache in Gewerkschaftsversammlungen soll verboten werden, sagte er, wenn die Gewerkschaft nur Auslässe für national-polnische Bestrebungen ist. Aber dann darf man nicht den Gebrauch der polnischen Sprache überhaupt in Gewerkschaftsversammlungen verbieten, wie es der Regierungsvorsitzende in Arnberg getan hat. — Mißtrauen ist eine parlamentarische Tugend. Mit diesem Mißtrauen wollen wir den Etat betrachten und behandeln und so dafür sorgen, daß das Defizit sich auf einer verständigen Höhe bewegt. (Bravo! bei den Freisinnigen.)

Reichskanzler Fürst v. Bülow:

Herr Hauptmann hat ebenso wie andere Vorredner die Frage der internationalen Einschränkungen der Rüstungen zur See

berührt. Ich stelle fest, daß ein solcher Vorschlag nicht an uns herangetreten ist. Darüber hinaus will ich sagen, daß wir eine internationale Beschränkung der Rüstungen stets für eine wünschenswerte Sache gehalten haben. Aber wir haben Zweifel an der Durchführbarkeit und an der Opportunität ergebnisloser Diskussionen in einer so heißen Frage, durch welche die Gegensätze statt gemindert leicht verschärft werden könnten. Dazu kommt, daß wir in der Mitte von Europa auf dem strategisch ungünstigsten Plage von allen fünf Weltteilen stehen. Wir wäßen und nach verschiedenen Seiten verteidigen können.

Weiter ist im Laufe der Debatte gesagt worden,

unsere auswärtige Lage

lasse zu wünschen übrig. Gewiß, die Situation in Europa ist gegenwärtig keine besonders begünstigte; aber unsere Lage würde in dem Augenblick eine wirklich schlechte und der Friede ernstlich bedroht werden, indem wir unsere Rüstungen unter den durch die Lage erforderlichen Stand vermindern würden. Unsere Rüstungen zur See, die durch das Gesetz bestimmt sind, bezwecken den Schutz unseres Handels und unserer Küste; doch unter Vordrängen und unsere allen anderen Ländern vorausweisende Sozialpolitik nehmen unsere Kräfte stark in Anspruch, so daß wir mit unserem Schiffbau über das für die Verteidigung Notwendige nicht hinausgehen können.

Herr Hauptmann hat weiter einen langjährigen Beamten des Auswärtigen Amtes genannt, einen Mann von hervorragender politischer Befähigung und selbständigem Charakter. Ich weise die gegen Herrn v. Holstein gerichteten Angriffe zurück. (Bravo! rechts.) Weiter hat Herr Hauptmann von Einflüssen gesprochen, die sich in der Marokko-Frage bemerkbar gemacht hätten. In einem mir unterstellten Resort wurde ich keine Reben- und Unterstellungen. Endlich hat Herr Hauptmann an dem Vorgehen Oesterreich-Ungarns in verschiedenen Punkten Kritik geübt. Ich halte es nicht für richtig, die gegenwärtigen Schwierigkeiten Oesterreichs durch eine unfruchtbare Kritik zu erhöhen. Wir dienen Oesterreich und der Sache des Friedens, wenn wir keinen Zweifel lassen über die Unerklichkeit unseres Bündnisses und über den Ernst, mit dem wir unsere Bundespflicht betrachten. (Lebhafter Beifall rechts und in der Mitte.)

Staatssekretär des Auswärtigen v. Schön:

Einige Bemerkungen zu Einzelfragen der auswärtigen Politik. Ueber Marokko ist Ihnen im Frühjahr eine Sammlung von Aktenstücken vorgelegt worden. Eine Fortsetzung dieses Weichbuchs werden Sie nach den Weihnachtstagen erhalten. Ueber den Zwischenfall mit den Deferteuren von Casablanca wird es nur wenig enthalten, denn eine Sache, die vor dem Richter ist, muß der Erörterung entzogen sein. Ich bemerke deshalb dazu nur, daß die Annahme des Abg. Scheidemann, wir hätten nach Kenntnis des französischen Berichtes unser Verlangen der vorherigen Entschuldigung Frankreichs aufrecht erhalten, irrtümlich ist. Von einer Entschuldigung ist überhaupt niemals die Rede gewesen, sondern nur von dem Ausdruck des Bedauerns. (Weiterleit.)

Vielfach ist der Wunsch geäußert worden, wir sollten unsere Truppen aus China zurückziehen. Die Regierung teilt diesen Wunsch in der Hoffnung, daß China für die Aufrechterhaltung der Ruhe sorgen kann und sorgen wird. Nachdem aber der Thronwechsel in China eingetreten ist, würde jede Truppenbewegung im gegenwärtigen Zeitpunkt Verunruhigung bei der chinesischen Bevölkerung hervorrufen. Deshalb hat auch die japanische Regierung die bereits beschlossene Zurückziehung ihrer Truppen aufgehoben. Jedenfalls beabsichtigt die österreichische Regierung, eine erhebliche Verminderung, wenn nicht gänzliche Zurückziehung der Truppen so schnell wie möglich in die Wege zu leiten.

Verschiedene Redner haben darauf aufmerksam gemacht, daß unser Vorkämpfer in Konstantinopel zur Zeit des Unschlusses nicht auf seinem Posten war, und haben vermutet, daß Herr v. Marichall sich habe von den Ereignissen überraschen lassen. Angelegenheiten einer möglichen Ueberredung hatte er längst bemerkt und berichtet. Wie schnell sich die stille Bewegung in eine offene verwandelt und welcher Erfolg sie haben würde, entzog sich jeder Berechnung. Als die Wendung eintrat, wurde von der sofortigen Rückkehr des Vorkämpfers abgesehen, um nicht der Verdächtigung Raum zu geben, als handle es sich um die Rettung des alten Regimes. Uebrigens überbrachte er an dem historischen ersten Selamlil nach der Wiedereinführung der Verfassung

dem Sultan die besten und herzlichsten Glückwünsche des Kaisers zur Wendung der Dinge, in der Hoffnung, daß die Neuerung der Türkei zum Segen gereichen würde!

Deutschland hat also erste Macht ihrer Sympathie für die verjüngte Türkei Ausdruck gegeben. Auch ist es unrichtig, daß die deutschen Schiffe im Hafen an dem türkischen Freudentage nicht geslaggt hätten.

Herr Hauptmann hat dem Vorkämpfer der Vereinigten Staaten freundliche Worte gewidmet und mit Wärme von den Gefühlen gesprochen, die wir alle teilen, ich füge hinzu, (mit erhöhter Stimme: hoch und niedrig. (Große Heiterkeit.)

Noch einige Worte über das schwierige Thema des auswärtigen Dienstes. Daß die Zuführung frischen Blutes für die Diplomatie erwünscht ist, ist ganz meine Meinung. (Große Heiterkeit im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.) Im Geschäftsbetrieb des Auswärtigen Amtes ist gewiß manches verbesserungsfähig. Es sind Reformen in Arbeit. Seien Sie überzeugt, daß ich alle Kräfte daran setzen werde, praktische Neuerungen einzuführen und, wenn meine Kräfte reichen, auch durchzuführen. (Bravo! beim Volk.)

Abg. Zimmermann (Antik.) beklagt, daß Deutschland nicht früh genug von der Amegion Bosniens Wind bekommen habe, und daß man so kümmerlich um die Freundschaft Englands werbe, freut sich mit Hauptmann über Bethmanns Loyalität bei der Handhabung des Vereinsgesetzes, wünscht eine möglichst geruchlose auswärtige Politik, hält die Lage auf dem Balkan für kritisch, Italiens Haltung für zweideutig und Bülow für den Rechtsnachfolger der alten Pythia von Delphi, der — wie diese — vieldeutige Orakelsprüche zum besten gebe; er bezeichnet die Bedrängnis des Deutschlands in Oesterreich als schwere Gefahr für das deutsch-österreichische Bündnis und regt unter Berufung auf den italienischen Minister Tittoni an, die österreichisch-ungarische Regierung freundschaftlich auf gewisse „Lafachen“ aufmerksam zu machen. Das Standrecht in Prag ist mehr wegen der Dynastie als wegen der Deutschen verhängt worden. Die Deutschen sollten sich so losbarisch fühlen wie die Slawen, wenn auch ein Einschlagen der tschechischen Schüssel nicht zu empfehlen ist. Die deutschen Arbeitgeber sollten nicht so viele Tscheken beschäftigen. In Nizdorf haben die Tscheken schon eine eigene Kirche, und sie behaupten, die Gründer von Nizdorf und Friedrichshagen zu sein. Man sollte überhaupt nicht so viele ausländische Arbeiter ins Land ziehen, namentlich nicht zu Zeiten der Arbeitslosigkeit. Die ausländischen Arbeiter neigen zu Schlägereien. Die Landwirtschaft allerdings kann die ausländischen Arbeiter nicht entbehren. — Redner wendet sich sodann der Beamtenvorlage zu und beklagt die Härten und Ungerechtigkeiten derselben. Der gewerbetreibende und handeltreibende Mittelstand gönnt den Beamten von Herzen die Gehaltsaufbesserung, beschwert sich aber über die vielfach beherrschten Beamtenkonsumvereine usw. Mit solchen Dingen begibt sich die Beamtenchaft auf die schiefe Ebene und macht die Handwerker und Kaufleute allen Aufbesserungen der Beamten abgeneigt. Wenn man den Frauen zuviele Verufe erschleicht, dann nimmt die Ehelosigkeit zu und die Geburtenziffer ab. Man sollte die Arbeitgeber durch Steuererleichterungen, erhöhten Wohnungsgeldzuschuß usw. begünstigen. Die Schutzpolitik ist gut. Die preussischen Prinzessinnen vermehren die Unzufriedenheit, indem sie ihre Kleider in Paris bestellen. (Beifall bei den Antisemiten.)

Abg. Dr. Dröschler (L.) begrüßt die Beamtenvorlage sympathisch. Alle Erwartungen sind aber nicht so erfüllt worden, wie wir es gewünscht haben. In weiten Beamtenkreisen hat Verbitterung Platzgegriffen. Wir billigen, daß man die Befoldungssätze im Reich mit den in Preußen geltenden in Einklang bringt. Redner verbreitet sich sehr ausführlich über die Einzelheiten der Beamtenvorlage. Unter anderem schlägt er vor, den Wohnungsgeldzuschuß nach dem „Amis“ statt nach dem Wohnort zu differenzieren. Auch tadelt er die übertriebene Häufigkeit und Kostspieligkeit der Dienstreifen. — Den Angriffen des Abg. v. Camp

Kleines feuilleton.

Die Nobelpreise für 1908 sind am Donnerstag in Stockholm endgültig verteilt worden, und zwar erhielten für Chemie Professor E. Rutherford in Manchester, für Physik Professor D. Lippmann in Paris, für Medizin Prof. E. Reichnikoff in Paris und Professor Paul Ehrlich in Frankfurt a. M., für Literatur Professor H. Gudden in Jena den Preis. Der Nobel-Friedenspreis, der in Christiania verliehen wird, fiel dem Dänen Frederik Baier und dem Schweden R. P. Arnoldson zu.

Im großen ganzen sind die wissenschaftlichen und literarischen Preise an die Kandidaten gefallen, die schon vor einiger Zeit genannt wurden. Nur ist der Physikpreis nicht dem Berliner Prof. Planck, sondern dem Pariser Lippmann in Anteil geworden, der besonders durch seine Verdienste um die Weiterentwicklung der Farbenphotographie sich bekannt gemacht hat. Den Literaturpreis bekam weder die schwedische Dichterin Selma Lagerlöf noch der englische Dichter Swinburne, sondern der Jenaer Philosophieprofessor Gudden, der weniger als Forscher und eigenwilliger Philosoph denn als sympathischer Lehrer und Verfasser eines populären philosophischen Einführungswerkes (Die Lebensanschauungen der großen Denker) hervorgetreten ist. — Im übrigen ist ja die Verteilung der Nobelpreise für Wissenschaft und Leben völlig bedeutungslos. Einige mehr oder weniger alte Herren in guter Position ziehen das große Los in einer Gratiolotterie. Das ist alles. Wichtig ist auch die Frage, ob es nicht würdigere und den Ideen Nobels besser entsprechende Kandidaten gibt. Das große Kapital, das der Ideologe Nobel in edler Absicht fruchtbringend anlegen wollte, offenbart in den Händen der schwedischen Akademie und unter dem Zwange der Stiftungsforderungen, daß es zu nichts nütze ist.

Die Temperatur der Sonne und der Fixsterne. Prof. Scheiner vom astronomischen Observatorium in Potsdam legte im Münchener Verein für Naturkunde kürzlich den neuesten Stand der Untersuchungen über die Temperatur der Sonne dar und teilte gleichzeitig neue Beobachtungen über die Temperatur der Fixsterne mit. (Einem Bericht der „Alln. Abg.“ über den auch für weitere Kreise interessanten Vortrag entnehmen wir: Um Fehlerquellen auszu-scheiden, war an die Lösung dieser Fragen nicht bloß im Observatorium bei Potsdam, sondern auch auf den Höhen des Garmisch in der Schweiz gearbeitet. Noch vor einigen Jahrzehnten schätzten die Schätzungen der Sonnenoberfläche zwischen 2000 und 10 Millionen Grad, aber gegenwärtig ist es gelungen, die Unsicherheit, die über die Temperatur der Sonnenoberfläche herrscht, auf ein paar hundert Grad zu beschränken. Die Sonnenstrahlen werden beim Durchgang durch unsere Atmosphäre von Sauerstoff und Stickstoff nur ganz wenig absorbiert, sehr stark dagegen von

der Kohlenäure, vom Wasserdampf und in ihren ultravioletten Bestandteilen auch von dem in den höheren Luftschichten wahrscheinlich in großer Menge vorhandenen Ozon. Während die Absorption im Laboratorium höchstens bis zur Temperatur von 1850 Grad studiert werden kann, mußte für Temperaturen von über 6000 Grad, wie sie bei der Sonnenstrahlung in Betracht kommen, zur genauen Berechnung erst eine mathematische Formel gefunden werden. Die Sonnenstrahlen haben, je nachdem sie vom Horizont oder aus der Nähe des Zenits kommen, eine größere oder geringere Wegstrecke durch die Atmosphäre zurückzulegen. Aus diesen Beobachtungen ergibt sich eine Kurve, deren Verlängerung der oberen Grenze unserer Atmosphäre entspricht, wo die Absorption der Sonnenstrahlen erst beginnt. Alle diese Untersuchungen ergaben schließlich als Endresultat eine effektive Sonnenoberfläche von 6200 Grad Celsius. Dieses Ergebnis ist nach Prof. Scheiners Ansicht soweit sicher, und alle Fehlerquellen sind dabei soweit ausgeschlossen, daß höchstens noch ein Artium von 200 bis 300 Grad nach unten oder oben möglich ist. Da die Sonne selbst auch eine absorbierende Atmosphäre besitzt, ist die Mitte der Sonne heller als ihr Rand, und man kann aus den Unterschieden die mittlere Temperatur der Sonnenphotosphäre auf 7065 Grad Celsius berechnen. Diese Zahl kann vielleicht um 100 Grad höher sein. Diese Ermittlungen beziehen sich auf die strahlende Oberfläche der Sonne; wie hoch die Temperatur in den inneren Schichten und vollends gegen den Mittelpunkt hin ist, entzieht sich jeder Schätzung. Alle Fixsterne, deren Spektre demjenigen unserer Sonne gleichen, haben nach den neuesten Untersuchungen bloß um wenige hundert Grad verschiedene Temperaturen. Die roten Sterne glühen bloß mit 3000 bis 3300 Grad Celsius, also in Temperaturen, wie sie mittels des elektrischen Planchonbogens auch künstlich auf der Erde erzeugt werden können. Die weißen Sterne vom Siriusstypus haben dagegen etwa 41 000 Grad Celsius oder vielleicht noch mehr.

Eine Forschungsreise durch Zentralasien. Die große Forschungsreise durch die fast unbekanntem Gebiete des mittleren Asiens, die der englische Forscher Dr. R. A. Stein unternommen hat und die zu der Auffindung einer großen Anzahl wertvoller mittelasiatischer Altertümer geführt hat, hat einstweilen ihren Abschluß gefunden; der Forscher ist in Leh in Kaschmir eingetroffen und gibt von dort aus den Bericht über die letzten Reise Monate, der im „Geographical Journal“ soeben veröffentlicht wird. Am 1. August, nachdem die umfangreichen Aktertümern in einer großen Karawane nach Indien abgehandelt waren, begann Dr. Stein mit der Ausführung des Planes, der den Abschluß seiner Forschungen sein sollte: mit der Expedition nach den Quellen des Ahotanflusses, des Jurun-Flusses. Frühere Reisen hatten gezeigt, daß die den tiefeingeschnittenen Klüften der Gletscherberge entspringenden Quellen vom Westen her unzugänglich waren. Von Ahotan aus wandte sich Dr. Stein zu den unwegsamen Klüften von Polu, durch die er nach dem nördlichsten Hoch-

plateau, das etwa 15 000 Fuß über dem Meeresspiegel liegt, einbrang. Von hier wandte er sich nach Westen und es gelang ihm, das tiefe Tal von Jailik zu erreichen, das schließlich zum Jurun-Fluss führt. In den steilen Felshängen am Fluße hielten man auf ausgedehnte Goldgruben, die offenbar schon seit ältester Zeit ausgebeutet wurden und die bisher von keinem Europäer besucht worden waren. Die Eingeborenen taten alles, dem Forscher den Weg durch dieses Tal zu verheerlichen, um ihre Goldlager vor fremden Blicken zu behüten. Ueber schwierige 17 000 und 18 000 Fuß hohe Pässe drang der Gelehrte mit seinem Begleiter von Jailik aus in das große weisse Becken ein, in dem der östliche und größte Arm des Flusses entspringt. Nur mit größter Anstrengung vermochten die Reisenden die Schwierigkeiten des Hochgebirges zu überwinden, aber eine Reihe wichtiger geographischer und geologischer Aufnahmen entschädigten volllaus für die Strapazen. Außerordentlich interessant ist die Feststellung, daß die eis-unterdrückene Zone in verhältnismäßig junger Zeit sich wesentlich verkleinert hat, denn sie gibt einen Hinweis über die Zusammen-schumpfung, die das vom Jurun-Fluss mit Wasser gespeiste Gebiet im Laufe der Jahrhunderte erfahren hat. Noch genauer Untersuchung und Aufnahme des Landes wandte die Expedition sich nach Osten zu dem höher gelegenen Aljai-schin-Plateau. Durch das oberste Tal des Aeriaflusses drang man in die Gletscherregion ein, aus der der Strom entspringt, und mühsam arbeitete man sich vorwärts durch die von heftigen Schneestürmen verwüsten Täler und Klüfte. Die Wasserseiche des Aeriaflusses wurde überwunden, und damit begann die Erforschung der weithin davon liegenden Gebiete, die bis heute noch unbekannt geblieben waren und die auf den Karten unter dem Namen „Weiße Wüste“ als Hochebene verzeichnet sind. Es zeigte sich bald, daß das Land in Wirklichkeit einen ganz anderen Charakter aufweist. Schneebedeckte Gletschausläufer durchqueren das Gebiet, durchbrochen von breiten tiefen Tälern, die von fließenden Bächen besetzt sind. Aber nur selten erreichen diese Wasserläufe die Seen, die sich am Fuße der Berge ausbreiten; meist enden sie in angeschwemmten Geröllbänken, die oberhalb der Niederungen liegen, die die Seen und Flüsse miteinander verbinden. Diese tieferliegenden Niederungen tragen alle Kennzeichen alter Strombetten; sie laufen von Osten nach Westen und erleichterten das Vordringen der Expedition. Nach einwöchiger Marsch ließ man auf einen großen Salzsee. Im weiteren Verlaufe der Reise gelang es, die alten Gebirgspässe wieder aufzufinden, die in früheren Zeiten den Verkehr zwischen Ahotan und Labakh vermittelten. Am 18. September erfolgte man nach Ueberquerung der Awen-Lun-Berge das östliche Seitental des Aaratals. Bei den Neffungen in den Schneebergen in Höhen von 20 000 Fuß erstoren Dr. Stein die Höhe, und in einer improvisierten Tragbahre brachte man den Gelehrten in neuntägigem schwieriger Marsch über den Karakorum nach Leh, wo man ihm jetzt ärztliche Pflege angedeihen läßt.

auf die Reichspostverwaltung schließt sich Redner nicht an. So liebendwürdige Postbeamten wie die deutschen gibt es in der Welt nicht wieder. Unsere Postbeamten machen es nicht, wie es anderswo die Postbeamten machen: sie streiten nicht! (Bravo! recht.) Dafür haben wir auch eine Sozialpolitik im Postbetriebe, die einfach großartig ist. (Bravo! recht.)

Hg. Des-Heidelberg (natl.): Nach einer so eingehenden und erschöpfenden Rede wie der vorhergehenden (Heiterkeit und ironische Zustimmung im ganzen Hause) ist es schwer, noch etwas über die Beamtenvorlage zu sagen. (Sehr richtig!) Leider kommt die Vorlage in einer sehr unglücklichen Zeit, da wir einem gesteigerten Bedarfe an neuen Steuern gegenüberstehen. Deshalb müssen wir uns bei den Gehaltssteigerungen der Beamten auf das notwendigste beschränken. Das werden die Beamten auch selbst einsehen.

In der Vereinfachung und Zusammenlegung der Beamtenklassen darf man nicht zu weit gehen und sich nicht schematisch an Preußen anschließen. Sehr genau werden namentlich auch die Bestimmungen über den Wohnungsgeldzuschuß zu prüfen sein.

Bei dem Vereinsgesetz waren wir uns der Tragweite des Sprachparagrafen bewußt. Wir hoffen, daß die Klasse über die Ausübung des Vereinsgesetzes nicht bloß in den Akten bleiben.

Hierauf verlegt das Haus die Weiterberatung.

Persönlich bemerkt der Abg. Hausmann (fr. Sp.): Herr Basser-mann hatte ausgeführt, daß dem Reichsfinanzrat der Geist des Herrn v. Hofstein fehle. Das habe ich nicht gelten lassen. Wenn der Reichsfinanzrat mich deshalb angreift, werde ich mich in Zukunft hüten, sein Amt gegen den Wortlaut des Gesetzesmangels in Schutz zu nehmen. (Heiterkeit.)

Nächste Sitzung: Freitag 11 Uhr.

Fortsetzung der Staatsberatung.

Schluß 6¹/₂ Uhr.

Außerordentlicher Parteitag der Sozialdemokratie Ungarns.

Budapest, 8. Dezember.

Am 6. Dezember fand im großen Saale des neuen Staatshauses in Budapest ein außerordentlicher Parteitag der ungarischen Sozialdemokraten aller Jüngern statt. Seine Aufgabe war die Beratung der Wahrgesetze, die die Arbeiterklasse Ungarns gegenüber dem Plan der Regierung, anstatt des freien Wahlrechts ein plurales, öffentliches und indirektes Wahlsystem zu geben, zu ergreifen hat. Den in der Geschichte des ungarischen Proletariats unvergesslichen historischen Tagen vom 15. September 1906 und 10. Oktober 1907 reiht sich dieser außerordentliche Parteitag als würdige Fortsetzung des gewaltigen Kampfes um das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht an. Der Parteitag machte den Eindruck eines Generalkriegsrates vor der Schlacht. Es herrschte eine kampfbereite, opfermüde Stimmung, deren überwältigende Größe alle etwaigen taktischen Einwände von vornherein verstummen machte.

Ueber die Verhandlungen ist kurz folgendes zu berichten: Nach der Eröffnung begrüßte, mit bewundernden Hoch- und Ehrentufen empfangen, Genosse Ellenbogen namens der österreichischen Sozialdemokratie den Parteitag. In ihrem Kampfe um das unverfälschte Volksrecht — so führte er u. a. aus — haben Sie an Ihrer Seite die Sympathien des gesamten Proletariats, welches regsten Anteil nimmt an den Vorgängen und der Entwicklung in Ihrem Lande. Doch das österreichische Proletariat ist außerdem direkt interessiert an den Vorgängen, welche die Entwicklung Ungarns zur Demokratisierung verhindern und leidet gleich Ihnen unter diesen Verhältnissen. Wir wissen ganz genau, was diese letzte eigentümliche Schwankung der Krone verursacht hat und wodurch sie verursacht wurde, von ihrem gegebenen Versprechen zurückzutreten. Noch vor kurzem hat der Träger der Krone sich gegen eine der vielen Deputationen, welche ihn in letzter Zeit belästigten, geäußert, daß er nicht wankend geworden sei in der Ueberzeugung von dem demgegenüberstehenden Werte des allgemeinen Wahlrechts. Wenn es trotzdem gelungen ist, dem Träger der Krone das Pluralwahlrecht abzurufen, so ist dies nur auf die vor kurzem erfolgte Annexion Bosniens und der Herzegowina zurückzuführen. Wir beklagen die Annexion nicht nur aus politischen Gründen, denn sie hat die Gefahr einer Störung des europäischen Friedens herbeigeführt, was allein schon ein Verbrechen bedeutet, sie hat die kapitalistischen Staaten, die wie die Geier einander die Beute wegzureißen trachten, aufgeschreckt und den Wettrennen Europas, den Balkan, zu einer Stelle internationaler Verwicklungen unter den Großmächten gemacht. Sie hat sogar Staaten, mit denen wir in einem jahrzehntelangen Friedensbündnis standen, gegen uns aufgebracht und veranlaßt, neue und feindselige Bündnisse und Entenzen zu suchen. Sie hat endlich die österreichische und ungarische Industrie enorm geschädigt, und die erste Wirkung dieser gegenseitigen Annexionspolitik ist die Proletarisierung tausender Arbeiter. Aber noch weit bedeutungsvoller für uns ist die Tatsache, daß das allgemeine Wahlrecht verraten und die politische Entwicklung Ungarns zur Demokratie auf Jahre hinaus aufgeschoben und lange verschoben wurde. So ist's. Mag also der politische und wirtschaftliche Gegensatz zwischen Oesterreich und Ungarn in tausend Tatsachen begründet sein, mögen wir auch den Haß Ungarns gegen die politische Meinung Oesterreichs begreifen, wir österreichischen Sozialdemokraten sind gleichwohl an der Entwicklung Ungarns zur Demokratie in unserem eigenem Interesse beteiligt, und daher beklagen wir es schmerzlich, daß das Pluralwahlrecht von der Krone erpreßt, beziehungsweise gegen die Annexion verschandelt wurde. Und da sehen wir nun die eigentümliche Tatsache, daß haben und drücken dieselben feudalen Kreise am Werke sind, die freigeistliche Entwicklung zu fördern. Wenn Sie wissen wollen, wer in erster Linie die Prager Ereignisse verursacht hat, so lesen Sie das Organ des feudalen böhmischen Großgrundbesitzes, dort finden Sie die argsten Hebräer. Der armenliche Klotz, der zu schieben glaubt, ist auch nichts anderes als ein Werkzeug der Feudalen. Und wer genauer zu sehen weiß, weiß auch, daß hinter diesen Kreisen ein anderes Element wirkt, eine Persönlichkeit, die mit der langen Dauer des gegenwärtigen Regimes nicht zufrieden ist, ein Element, das nicht erwarten kann, daran zu partizipieren. (Zustimmung.) Es ist derselbe Faktor, der wie seinerzeit bei Chiopoli, so auch jetzt bei der Annexion seine Hand im Spiele hat. Ich weiß, mit welchen Empfindungen man in Ungarn diesem zukünftigen Regime entgegensteht. Ich weiß, welche Gefahren davon für das Land von den ehrlichen ungarischen Patrioten, von denen, die wirklich die Größe, den Stolz und die sonnige Entwicklung ihres ungarischen Vaterlandes wollen, befürchtet werden. Aber Sie sehen, welchen Interessen durch die Pluralität gefördert werden, wie ungarfeindlich sie schon in ihrem Entstehen ist. Nun, diese feudalen Kreise in Oesterreich, mit ihrem verstockten Drahtzieher im Hintergrunde, binnen sich mit dem Gedanken eines Volksaufstandes in Oesterreich noch immer nicht abfinden, und all ihr Sinnen und Trachten ist darauf gerichtet, das Parlament des allgemeinen Wahlrechts zu diskreditieren und zu kompromittieren; daher die wütende Hege zwischen Deutschen und Tschechen, daher das angelegte Bemühen, die Obstruktion künstlich zu züchten. Das Parlament trat zusammen und nach der Stimmung, in die die Nation hineingehert waren, hätte man erwarten können, daß es am ersten Tage wie eine Bombe explodieren werde und siehe da, die Obstruktion verjagte sich kaum zu regen, da griff sofort das Volkshaus mit entschlossener Hand ein und erzwang die Obstruktion mit eisernem Griff. (Stürmischer Beifall.) Das Parlament arbeitet und arbeitet, trotz Graf Tisza, trotz Windischgrätz, trotz Kossuth und Andrássy, trotz — — — anderer Elemente. (Wandernder Beifall.) Feinde intramuros et extra, und trotzdem hat das Parlament des allgemeinen Wahlrechts das Feld behauptet. Es ist gesund, und wir hoffen, daß dies die letzten Aufschläge sind, die von den Volks-

feinden unternommen werden. Darum sage ich Ihnen: Benutzen Sie dieses österreichische Beispiel, um sich zu sagen, daß auch Sie sich durch die momentane Macht der feudalen Herrschaft nicht einschüchtern lassen dürfen. Es ist nunmehr an Ihnen, die einstige glorreiche politische Geschichte Ungarns fortzuführen und seine Entwicklung zur universalen Demokratie zu vollbringen. Lassen Sie sich von dieser historischen Pflicht durch nichts abbringen, noch abschrecken. Das Proletariat Westeuropas sieht auf Sie, die Sie hier im äußersten europäischen Winkel die einzige Kulturpartei sind, und die Sie hier, wo alles sinnlich ist, wo alles nur glühende Sinnlichkeit ist, den schaffenden Verstand, und hier, wo alles träge ist, die schaffende Kraft, die fruchtbringende Arbeit repräsentieren. Wir hoffen und wünschen, daß Sie die echt proletarische Tatkraft entwickeln werden, die notwendig ist, um auch diesen sumpfigen Boden zu befruchten, und daß Sie von der revolutionären Geschlossenheit getragen sind, alles daran zu setzen, daß auch in Ungarn schließlich die Sonne der proletarischen Freiheit aufgeht. (Wandernder Beifall, stürmischer Beifall.)

Reschid war der Parteitag, wie die Mandatsprüfungskommission berichtet, aus der Hauptstadt von 109 Organisationen mit 171 Delegierten und aus 104 Städten und Gemeinden der Provinz von 151 Organisationen durch 179 Delegierte. Außerdem waren die Vertreter der deutschsprachigen, slowakischen, rumänischen und serbischen Landeskomitees anwesend. Insgesamt betrug die Zahl der Teilnehmer 386. Der Parteitag nahm von der ungewöhnlich hohen Zahl der Delegierten mit großer Befriedigung Kenntnis.

Vor der Tagesordnung nahm sodann Gen. Tarcai das Wort, um das Vorgehen der Regierung in den Balkanländern und die Annexion Bosniens in scharfer Weise zu verurteilen. Er unterbreitete dem Kongreß eine Resolution, die dagegen protestiert, daß eine abenteuerliche und gewissenlose äußere Politik mit der unzeitgemäßen und unmotivierten Annexion Bosniens und der Herzegowina die Gefahr eines europäischen Krieges heraufbeschwört, nur damit die Maschinen gegen das freie Wahlrecht gelassen sollen. Ungarns Arbeiterklasse antwortet auf die Kriegsvorbereitungen und die Mobilisierungen damit, daß es mit verzehnfachter Kraft an der Erhaltung der Partei arbeitet, um der historischen Aufgabe gerecht zu werden. Der Parteitag macht es der Parteileitung zur Pflicht, Protestversammlungen gegen die Kriegsvorbereitungen einzuberufen und die breiten Schichten des Volkes aufzuklären über die ungeheure Gefahr, in welche die Gewissenlosigkeit der Regierung das Land stürzt.

Unter stürmischen Protestrufen gegen die Regierung wurde diese Resolution einstimmig angenommen.

Eine zweite Resolution wendete sich gegen den Erlaß Kossuths, der den Eisenbahnangestellten verbietet, der sozialdemokratischen Partei anzugehören und an einem eventuellen Massenstreik teilzunehmen. Die Resolution verurteilt sich energisch gegen den Raub der politischen Freiheiten und erklärt sich mit den Eisenbahnarbeitern in ihrem weiteren Kampfe solidarisch. — Als der Präsident über diese Resolution abstimmen lassen wollte, verbot der anwesende Polizeihauptmann die Abstimmung.

Raum nahmen das die Delegierten und die Zuhörer auf den überfüllten Galerien wahr, als ein Sturm des Unwissens losbrach. Die Delegierten erhoben sich wie ein Mann von den Plätzen und protestierten erregt gegen diesen Mißbrauch der Amtsgewalt. Die Aufregung war so groß und alle Teilnehmer so empört, daß einen Augenblick die Fortsetzung des Parteitages in Frage stand. Alle Teilnehmer hielten ihre Legitimationen hoch und stimmten der Resolution zu, noch bevor der Präsident die Abstimmung vornehmen konnte, so daß ihm nur die Konstatierung der einstimmigen Annahme der Resolution übrig blieb.

Nun konnte Gen. Dr. Siegmund Kunfi, der Redakteur der wissenschaftlichen Zeitschrift der ungarischen Sozialdemokratie, „Sozialismus“, auf den einzigen Punkt der Tagesordnung, „Stellungnahme der Partei gegen den Pluralwahlrechtsentwurf“ eingehen und sein Referat halten, das von stürmischen Beifallsstürmen der Delegierten des öfteren unterbrochen wurde. Es wurde beschlossen, die Rede in allen Sprachen des Landes als Massenflugschrift zu veröffentlichen. Die nachfolgende Resolution wurde ohne Debatte als der Ausdruck des einmütigen Willens der Sozialdemokratie einstimmig angenommen: „Der am 6. Dezember tagende außerordentliche Parteitag der sozialdemokratischen Partei Ungarns stellt namens sämtlicher unterdrückten Volksklassen fest, daß familiäre Faktoren, welche die Verpflichtung zur Schaffung des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts übernehmen, wörtlich wurden, als sie an Stelle des versprochenen Gesetzes ein anderes vorlegten bzw. zu einem Wahlgesez ihre Zustimmung gaben, das weder das allgemeine noch das geheime Wahlrecht gibt, und das die heutige Rechtslosigkeit des Volkes in allem aufrecht erhält, das mit dem niederträchtigsten Raffinement und Hohn dem Volke scheinbar Rechte gibt, deren Wert durch die Pluralität und die öffentliche Abstimmung zunichte gemacht wird. Der Parteitag stellt fest, daß dieser beschämende, das Volk seiner Rechte beraubende und erniedrigende Gesetzentwurf, der nicht nur in seinen Grundprinzipien, sondern auch in seinen Details nur dem Rechtsraub dient, nur infolge der vollständigen persönlichen und politischen Ehrlosigkeit der maßgebenden Faktoren möglich wurde.“

Indem der Parteitag den vielfachen Vorwurf, den Beitrag und den schändlichen Verrat am Volke, dem das Zustandekommen des Wahlrechtsentwurfes der Regierung zu verdanken ist, brandmarkt, erklärt der Parteitag das neue Gesetz für noch schlechter und schädlicher als das bisherige und macht es deshalb zur Pflicht des zielbewußten Proletariats, gegen diesen Entwurf den weitgehendsten, mit den schärfsten Waffen auszuführenden Kampf zu führen. Dementsprechend erklärt der Parteitag, daß es die Pflicht des organisierten Proletariats Ungarns ist, zur Verhinderung dessen, daß der Gesetzentwurf in seiner heutigen Form Gesetzeskraft erlangt, im Laufe der Verhandlungen des Parlamentes im günstigen Moment den vom politischen Standpunkt aus sonst geeigneten Moment den politischen Massenstreik zu bewirklichen. Um dies auszuführen, wird es der Parteileitung zur Pflicht gemacht, die Massen umgedenkt durch Agitation für diesen Kampf vorzubereiten, ferner sämtliche Vorbereitungen dieses Kampfes zu schaffen, familiäre Modalitäten und Details der Ausführung festzustellen. Zugleich wird die Parteileitung bedollmächtigt, den Zeitpunkt des Beginnes des Massenstreiks festzusetzen. Schließlich macht der Parteitag es jedem zielbewußten Proletarier zur strengsten Pflicht, im Interesse des Kampferfolges und der Ehre unserer Partei mit der Einsetzung aller Kräfte und Fähigkeiten im Dienste der Sache opferbereit und ohne Bögen der Partei beizustehen und durch unerbittliches Befolgen der Weisungen die Sache des Volksrechtes siegreich zu gestalten.“

Das Kammergericht gegen Wahlagitation

Am Montag fällt das Kammergericht ein Urteil, das im Widerspruch mit dem § 43 Abs. 3 der Gewerbeordnung steht, der im Jahre 1883 zum Schutz gegen polizeiliche Beeinträchtigung der Wahlagitation vom Reichstag beschlossen und als Gesetz publiziert ist.

Zur Verteilung von Stimmzetteln und Druckschriften zu Wahlzwecken bei der Wahl zu gleichgebenden Körperschaften ist nach § 43 Abs. 3 der Gewerbeordnung eine polizeiliche Erlaubnis nicht erforderlich, soweit es sich um die Zeit handelt, die zwischen der amtlichen Bekanntmachung des Wahltages und der Beendigung des Wahlaftes liegt. Dasselbe gilt auch bezüglich der nichtgewerbemäßigen Verteilung von Stimmzetteln und Druckschriften zu Wahlzwecken. Innerhalb dieser Zeit hatte Sie me in der Berliner Brunnenstraße zwischen

Beteranen- und Rothringer Straße Wahlzettel zur Landtagswahl öffentlich verteilt. Ein Schutzmann forderte ihn auf, es dort nicht zu tun. J. befolgte die Aufforderung nicht. Er wurde angeklagt und demnachst vom Landgericht zu einer Geldstrafe verurteilt. Es wurde ihm zweierlei vorgeworfen. Erstens die Nichtbeachtung einer zur Erhaltung der Sicherheit und Ordnung des Verkehrs auf der öffentlichen Straße ergangenen polizeilichen Anordnung, hauptsächlich aber sollte er übertreten haben die Polizeiverordnung vom 12. November 1904, betreffend die Beschränkungen in der Ausübung des Straßenhandels usw. in Berlin. Diese bestimmt im § 1: „Auf öffentlichen Straßen unterliegt die Ausübung des Straßenhandels sowie das Verteilen von Reklamezetteln, Geschäftsempfehlungen, Bekanntmachungen, Aukufen, Druckachen und Photographien im Interesse der Ordnung, Sicherheit und Leichtigkeit des öffentlichen Verkehrs den nachstehenden Beschränkungen.“ Es wird dann weiter bestimmt, daß auf den in einer Anlage A angegebenen Straßenzügen und Plätzen das Zettelverteilen usw. im allgemeinen überhaupt nicht statthaft sei. Dazu gehört die hier in Betracht kommende Straßenstraße. Ziffer 2 gibt folgende Ausnahmebestimmung: „Auf den in Anlage A näher bezeichneten öffentlichen Straßenzügen und Plätzen ist nur gestattet der Straßenhandel mit natürlichen Blumen und das Heilbieten, Verkaufen oder Verteilen von Zeitungen, periodischen Druckschriften und Extrablättern.“ — Das Landgericht erachtete die Verordnung für rechtmäßig und war der Meinung, daß die Verordnung, die neben Reklamezetteln im § 1 auch das Verteilen von Bekanntmachungen und Drucksachen nenne, auf den fraglichen Straßenzügen und Plätzen im allgemeinen das Verteilen von jeder Art Drucksache verbieten wolle. Abgesehen natürlich von den ausdrücklich zugelassenen Ausnahmen. Zu diesen Ausnahmen gehörten Wahlzettel nicht. § 43 Abs. 3 und 4 der Gewerbeordnung stände dem Verbot nicht entgegen.

Das Kammergericht verwarf die hiergegen gerichtete Revision des Angeklagten: Die im Interesse der Sicherheit, Ordnung und Leichtigkeit des öffentlichen Verkehrs erlassene Polizeiverordnung ist rechtmäßig und auch richtig angewendet. Daß deswegen, weil Wahlen seien, die für jedermann erlassenen Polizeiverordnungen für Wahlzettelverteiler nicht gelten sollten, sei nirgends im Gesetz bestimmt.

So das Urteil. Zweifellos hat § 43 Abs. 3 und 4 der Gewerbeordnung nach Sinn und Zweck der Bestimmung das Verteilen von Wahlschriften und Wahlzetteln der polizeilichen Reglementierung entziehen wollen. Wohin diese führt, zeigen gerade das Urteil und die angewandte Polizeiverordnung. Nach der Ausnahmebestimmung der Verordnung durften auf jener Straßenstraße Zeitungen, periodische Druckschriften und Extrablätter feilgeboten, verkauft oder verteilt werden, während nach dem Urteil Wahlzettel dort nicht verteilt werden durften. Wie läßt sich die Behauptung rechtfertigen, daß die Verteilung von Wahlschriften den Verkehr mehr störe als die Verteilung von Extrablättern. Und sind Wahlschriften nicht Extrablätter? Erregten schon die in den Jahren 1888 und 1891 von den Oberlandesgerichten Dresden und München ergangenen Urteile lebhaftes Bedenken, weil sie den § 43 Abs. 3 für unanwendbar erklärten, wenn für einzelne Straßenzüge der Verkauf von Druckschriften jeder Art verboten war, so ist das obenmitgeteilte Urteil mit dem § 43 Abs. 3 der Gewerbeordnung vollends unvereinbar. § 43 Abs. 3 der Gewerbeordnung erleichtert die Verbreitung von Wahlschriften gegenüber anderen Druckschriften. Die Polizeiverordnung und das Kammergericht wandeln die Erleichterung in eine Erschwerung, ja in ein Verbot um. Das ist ein klarer Verstoß gegen § 43 Abs. 3 der Gewerbeordnung. Reichsrecht geht vor Landes- und Polizeirecht.

Eine haltlose Anklage aus § 153 der Gewerbeordnung

brach am Donnerstag in einer Verhandlung des Schöffengerichts Berlin-Mitte (Abteilung 130) zusammen. Angeklagt waren Cohen, der Berliner Vorsitzende des Deutschen Metallarbeiterverbandes, sowie die Klempner Kalesen und Jofeld. Eine im Sinne des § 153 der Gewerbeordnung unzulässige Einwirkung zum Eintritt in den Metallarbeiterverband soll nach der Anklage von den Angeklagten auf den Klempner Paasch ausgeübt worden sein.

Der durch die Beweisaufnahme festgestellte Tatbestand ist in der Hauptsache folgender: Paasch arbeitete im Jahre 1907 in der Werkstatt des Klempnermeisters Stein. Der Angeklagte Kalesen war Vertrauensmann der Werkstatt. Er forderte Paasch auf, dem Metallarbeiterverband beizutreten. Paasch lehnte das aber mit großer Entschiedenheit ab. Er arbeitete darauf noch einige Wochen bei Stein, stand aber zu den übrigen Arbeitern in einem so unkollegialen Verhältnis, daß es zwischen ihm und einem seiner Mitarbeiter zu einer Schlägerei kam. Aus diesem Grunde erklärten die Klempner ihrem Arbeitgeber, sie könnten mit dem unwertwürdigen Paasch nicht zusammenarbeiten und wollten deshalb aufhören. Stein ersuchte die Arbeiter, von dieser Absicht Abstand zu nehmen und entließ den Paasch. Im Februar 1907 fing Paasch bei einer anderen Klempnerfirma an zu arbeiten. Hier war der Angeklagte Jofeld Vertrauensmann. Auch hier wurde Paasch nach einigen Wochen entlassen, nachdem die übrigen vier Arbeiter erklärt hatten, sie wollten aufhören, denn sie könnten mit Paasch wegen seines unkollegialen Verhaltens nicht zusammenarbeiten.

Anfang Mai 1907 kam Paasch wieder zur Firma Stein. Hier waren die Klempner mehrere Tage ausgesperrt, weil sie den 1. Mai durch Arbeitsruhe gefeiert hatten. Während der Aussperrung wurde Paasch eingekerkert. Als nun die übrigen Arbeiter wieder anfangen sollten, weigerten sie sich, mit Paasch zusammenzuarbeiten. Nach den Bestimmungen des für die Klempner bestehenden Tarifvertrages mußte dieser Konflikt durch die Schlichtungskommission behandelt werden. Die beiden Obleute der Schlichtungskommission, Klempnermeister Kunitz als Arbeitgeber und Cohen als Vertreter der Arbeiter verhandelten mit Herrn Stein. Es kam eine Vereinbarung zustande. Danach sollte Paasch noch vier Wochen im Steinschen Geschäft beschäftigt werden, jedoch auf einem Bau allein, so daß er mit den übrigen Arbeitern nicht zusammenkam. Die Arbeiter erklärten sich mit diesem Abkommen einverstanden. Als die vier Wochen um waren, wandte sich Stein an Cohen mit dem Ersuchen, er möge gestatten, daß Paasch noch so lange bei ihm arbeiten könne, bis der Bau, auf dem er gerade beschäftigt war, fertig sei. Gleichzeitig wandten sich auch die Steinschen Arbeiter an Cohen mit dem Verlangen, Stein solle sich an

das Wohlwollen hatten. Cohen ersuchte die Arbeiter, sich mit dem neuen Vorschlag Steins einverstanden zu erklären und nicht einzuwenden gegen die Weiterbeschäftigung Paaschs bis zur Vollendung des Baues. Die Arbeiter ließen sich dazu bewegen. — Der Bau wurde fertig, aber Paasch wurde immer noch nicht entlassen. Er sollte nun in der Werkstatt mit den anderen Gesellen zusammenarbeiten. Das war ein offenkundiges Zuwiderhandeln gegen die Abmachung mit dem Obmann der Schlichtungskommission und gegen das Versprechen des Herrn Stein. Auf Ersuchen der Arbeiter wandte sich Cohen an Stein, konnte aber nicht mit ihm verhandeln, weil Stein verreist war. Darauf schrieb Cohen an die Firma Stein: Er müsse ebenfalls verreisen. Wenn jetzt aus Anlaß der Fortbeschäftigung Paaschs in der Werkstatt Differenzen ausbrechen sollten, so könne er nicht vermitteln eingreifen und müsse deshalb jede Verantwortung für einen etwaigen Konflikt und dessen Folgen ablehnen. Hierauf hat Paasch auf eine Vorstellung des Geschäftsführers der Firma Stein selbst die Arbeit niedergelegt.

Aus diesem Tatbestand konstruierte die Anklage gegen die Angeklagten Cohen und Kalesen ein Vergehen gegen § 153 der Gewerbeordnung!

Durch den eben genannten Brief, den Cohen an Stein richtete, ist die Anklage in Fluß gekommen. Wie dieser Brief aus den Händen des Herrn Stein in die Hände der Polizei und Staatsanwaltschaft gekommen ist, ließ sich nicht feststellen. Herr Stein, der sich nach Abschluß der Schlichtungsverhandlungen für die gütliche Regelung der Differenz bei Cohen bedankte, hat Cohen keine Auskunft darüber gegeben, wie der Brief an die Behörden gelangt ist. Eine hierauf bezügliche Frage, die Cohen vor Gericht an einen Zeugen stellte, ließ der Vorsitzende nicht zu, weil sie nicht zur Sache gehöre.

Während das Strafverfahren gegen Cohen eingeleitet wurde, ging Paasch auch noch mit einer Zivilklage gegen Cohen vor. Paasch behauptete, er sei auf Betreiben Cohens aus der Arbeit gedrängt und forderte deshalb Schadenersatz. Das Landgericht I hat die Klage Paaschs abgewiesen, weil es für festgestellt hielt, daß Cohen nur seine Pflicht als Obmann der Schlichtungskommission erfüllt und auf die Entlassung Paaschs nicht eingewirkt habe, Paasch vielmehr aus eigenem Entschluß die Arbeit bei Stein ausgegeben habe.

Nachdem in der Verhandlung vor dem Schöffengericht der vorstehend angegebene Tatbestand festgestellt war, erklärte der Staatsanwalt, daß er die Anklage nicht in vollem Umfange aufrecht erhalten könne. Er beantragte die Freisprechung des Angeklagten Cohen, da gegen denselben nichts erwiesen sei. Von den beiden Fällen, die dem Angeklagten Kalesen zur Last gelegt waren, schied der Staatsanwalt ebenfalls einen aus, denn es war nicht erwiesen, daß Kalesen beim Ausschließen Paaschs noch Richterfälligkeit des Angeklagten mitgewirkt hat. Dagegen meinte der Staatsanwalt, daß Kalesen im ersten Falle die Entlassung Paaschs durch Stein und Jösel die Entlassung Paaschs von der Firma Volke u. Wegner veranlaßt haben und daß in diesen beiden Handlungen Vergehen gegen § 153 lägen. Gegen Kalesen und Jösel beantragte der Staatsanwalt je einen Monat Gefängnis.

Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Heinemann, führte u. a. aus, daß die Freisprechung Cohens selbstverständlich ist, daß aber für die vom Staatsanwalt beantragte Verurteilung der beiden anderen Angeklagten sowohl die rechtlichen wie die tatsächlichen Voraussetzungen fehlen. Wenn die Angeklagten ihrem Arbeitgeber erklärten, sie wollten aufhören, so sei das ihr gutes Recht, aber keine Drohung. Selbst wenn es so wäre, wie der Staatsanwalt irrtümlich annehme, daß die Drohung mit der Arbeitsniederlegung erfolgt wäre, weil Paasch nicht organisiert war, so würde das kein Verstoß gegen § 153 sein. Die Voraussetzung zur Anwendung des § 153 sei, daß man jemand durch Zwangsmittel zum Beitritt zu einer Vereinigung zur Erlangung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen bewegt. Aber wenn man mit jemand deshalb nicht zusammenarbeiten will, weil er keiner Organisation angehört, so könne der § 153 nicht angewendet werden.

Das Gericht erkannte auf Freisprechung aller drei Angeklagten, weil die Voraussetzungen des § 153 für ihre Handlungen nicht zutreffen.

Soziales.

Kampf der Schauspieler gegen Sklaverei.

Die gestrigen Verhandlungen der Genossenschaft deutscher Bühnengehöriger durchzog eine Art naturwüchsiger Instinkt, der die Schauspieler und Schauspielerinnen darauf verwies, daß nur geschlossenes Zusammengehen gegen die Direktoren die soziale Notlage des Schauspielers und ein Reichstheatergesetz zeitigen könne. Lebhafte Stürmigen spielten sich in der Sitzung ab und führten zum vollen Sieg der Opposition gegen die Verschlechterung der zum Himmel schreienden Mißstände im Theaterwesen.

Vor der Beratung des Bühnenvertrages selbst ergriffen mehrere Delegierte das Wort. — Tomaschew-Berlin wies auf die geradezu ungläublichen Zustände in hygienischer Beziehung hin, die an manchen Theatern herrschen. Die Garderobeverhältnisse seien meist ganz ungenügend. Die Polizei, die, wenn es sich um Arbeiter handelt, sofort eingreifen muß, falls nicht ein bestimmtes Maß von Lust oder Nöth da ist, kümmere sich um die Verhältnisse an den Theatern überhaupt nicht. In dieser Beziehung müsse eine Aenderung in der Gesetzgebung einleiten. — Kistler-Berlin brachte einen Vorschlag familiärer Solisten und Choristen des Deutschen Theaters in Riga zur Sprache. Dort mache Direktor Dr. Dählberg von seinen Nachbarn den unbeschränkten Gebrauch. Er vergewaltige das gesamte Personal. Das Elend des Schauspielers sei zwar ein chronisches, aber dieser Fall sei aktuell. Die Versammlung werde sich den Dank weiter Kreise erwerben, wenn sie sich dieser Mitglieder annehme. Die Versammlung beschloß, die Beschwerde nach der Beratung des Bühnenvertrages zu prüfen. Sodann wurde in die

Beratung der Bühnenvertragsregeln

selbst eingetreten.

Die von der Opposition ausgearbeitete Kritik betrifft folgenden Standpunkt: „Die zwischen dem Bühnenverein und der Bühnengenossenschaft vereinbarten Vertragsregeln bieten die große Gefahr, daß dieselben, falls in absehbarer Zeit an die Schaffung eines Reichstheatergesetzes gegangen werden sollte, wie es gerade jetzt in Oesterreich der Fall ist, als zwischen beiden maßgebenden Körperschaften vereinbarter Normalvertrag und als das beim Theater anerkannte allgemeine Gewohnheitsrecht gelten würden. Die überwältigende Majorität in der Versammlung der Berliner Genossenschaftler hat prinzipiell aus diesem Gesichtspunkt die Annahme der Vertragsvorlage für unmöglich erklärt.“

Hermann Rissen-Berlin führt aus: Dieser Vertragsentwurf ist ein Kind der Liebe, den Helikopter und Armut erzeugten. Der Vater ist der Bühnenverein, die Mutter ist die Genossenschaft. Es ist als Krüppel zur Welt gekommen in heißen Kommissionsanweisungen, es hat zu viele Gliedmaßen. Es ist ein würdiger Halbbruder der Disziplinarordnung, die glücklich wieder beseitigt ist und von der Hofrat Durckhardt einst sagte, sie sei kein Theatergesetz, sondern ein Finanzgesetz. Man konnte nämlich mit den in

ihre vorgezeichneten Strafgebühren den Schauspielern die Gage wieder abnehmen. Die Vorlage nimmt den Schauspielern alle Rechte, dagegen beschneidet sie nicht die Rechte der Direktoren. (Lebhafte Beifall.) Sind wir denn wirklich so inferiore Menschen, daß wir uns derartige Vorschriften gefallen lassen müßten? (Stürmischer Beifall. Rufe: Niemals!) Allerdings in Deutschland herrscht ja die Liebe für das Reglement. Wenn Se. Exzellenz kommt, der Herr Intendant, und kontrahiert ein Theater, dann müssen alle stramm stehen. (Heiterkeit.) Dieser Geist steckt auch in dem neuen Vertrag. Es besteht die große Gefahr, daß, wenn dieser Vertrag angenommen wird, wir kein Reichstheatergesetz bekommen. (Lebhafte Zustimmung.) Es ist noch gar nicht so lange her, daß der Reichstag sich mit dieser Frage beschäftigt hat. (Das war 1898, als Genosse Schmidt v. Berlin einige Mißstände im Theaterwesen besprach. D. Red.) Damals sagte der nationalliberale Abgeordnete und Hoftheaterintendant Büchlin, daß seines Wissens es keine Mißstände im Theater gäbe (stürmische Heiterkeit). Ja, daß seine Mitglieder ihm dankbar dafür seien, daß er Log und Nacht nichts anderes tue, als daran zu denken, wie er seine Mitglieder beglücken könnte. (Stürmische Heiterkeit.) Nach dieser Rede riefte die Vorlage in den Papierkorb. Was wird geschehen, wenn eine neue Vorlage an den Reichstag kommt? Dann würden wir, falls dieser Vertrag angenommen wird, das Schauspiel erleben, daß irgendein nationalliberaler oder konservativer Abgeordneter erklärt, wir brauchen kein Reichstheatergesetz, es besteht ja ein Gesetz zwischen Bühnenverein und Genossenschaft. Dieser Vertrag muß ausgearbeitet sein von einem Menschen, der vom Theaterwesen keine Ahnung hat. Wir haben ja einen Syndikus, der aber von der Psyche des Theaterlebens nichts versteht, dagegen auf dem Gebiete des Secretrechts eine Autorität sein soll. (Stürmische Heiterkeit.) Das ist die größte Gefahr, die sich mit der Annahme dieser Vorlage verbindet. Ich will gar nicht auf Einzelheiten eingehen, auf die harten Maßregeln bezüglich der Konventionalstrafe. Ein Schauspieler soll auch nach Bezahlung der Konventionalstrafe noch drei Jahre brautlos sein (stürmischer Hört! Hört!), wenn er die Konventionalstrafe nicht bezahlt gar 5 Jahre (erneutes stürmisches Hört! Hört!) und für andere Fälle sind noch härtere Bestimmungen in dem Vertrag enthalten. Ich kann nicht glauben, daß die Genossenschaft unter einem solchen Vertrag Brief und Siegel setzen wird. (Stürmische Rufe: Niemals! Niemals!) Bisher war es unser höchstes Gut, den wirtschaftlich Schwachen zu helfen. Nach dem Vertrag soll es den kleineren Schauspielern verboten sein, Gastspiele auf Engagement zu unternehmen. (Stürmischer Hört! Hört!) Wenn ich von allen diesen Vorschriften absehe, so gefällt mir an dem Entwurf vor allem nicht sein ethischer Gehalt. Wir gefährden nicht der Unterschied zwischen ehelicher und unehelicher Schwangerschaft. Ist denn die Frauenbewegung an den Kommissionsmitgliedern spurlos vorübergegangen? Gibt es heutzutage kein Selbstbestimmungsrecht der Frau, daß sie mit ihrer Menschlichkeit machen kann, was sie will. (Beifall.) Wissen davon die Kommissionsmitglieder nichts? Mein Standpunkt ist der, daß die Genossenschaft niemals teilhaben dürfte an der Veröffentlichung eines solchen Vertrages. (Großer Beifall.) Die Genossenschaft dürfte niemals den Kontraktbruchphotographen sanktionieren, sie dürfte den kleinen Schauspielern nicht das Recht nehmen, Gastspiele auf Engagement abzugeben, sie dürfte nicht ein Gewohnheitsrecht akzeptieren, das uns auf absehbare Zeit den Verlust eines Reichstheatergesetzes bringt, sie dürfte nicht einen Vertrag annehmen, der uns zu inferioreren Menschen stempelt, denen erst die einfachsten Begriffe von Pflicht und Anstand eingepflegt werden müssen, ein Vertrag, der uns das Selbstbestimmungsrecht nimmt und uns bis in unsere Wohnung und intimsten Familienverhältnisse verfolgt. In Sparta wurden die Anaben, die nicht gesund zur Welt kamen, auf dem Gebirge aufgefressen. Seien wir Spartaner! Dieses untaugliche Geschöpf, dessen Mutter leider unsere Genossenschaft geworden ist, gehört ins Gebirge. (Stürmischer Beifall.) Ich bitte Sie nach meiner besten Ueberzeugung, lehnen Sie diese Vorlage rundweg ab. (Stürmischer, minutenlanges Beifall, der sich zu begeisterten Kundgebungen für den Redner verdichtete. Die überfüllten Galerien brachen immer wieder in tosenden Beifall aus.)

Nachdem Präsident Dr. Bohl minutenlang mit der Glocke geklingelt hat, wiederholte er seinen Appell an die Galerien, sich nicht an den Verhandlungen zu beteiligen, da er sonst von seinem Hausrecht Gebrauch machen würde. Sodann will Dr. Bohl das Wort zu einer Rede gegen Rissen nehmen. Er beginnt seine Rede mit den Worten: „Ich habe gegen die Kandidatur Ihres zukünftigen Herrn Präsidenten . . . Pardon! . . . In diesem Moment erhebt sich die gesamte Opposition von Ihren Sitzen und bricht in laute Proteste aus. Sie ruft übereinstimmend: „Aussig Bohl!“ Auch Hermann Rissen hat sich erhoben und sagt Dr. Bohl ins Gesicht, daß seine Bemerkung eine Ungehörigkeit war. Der Värm nimmt zu, auch die andere Partei gibt ihrer Mißbilligung über die Bemerkung Dr. Bohls lebhaften Ausdruck. Der Värm steigert sich. Auch die Galerien beteiligen sich an den Zurufen, sie schließlich die Zurufe sich in den allgemeinen Ruf: „Vornah! Vornah!“ umzuwandeln. Hofrat Barnay lehnt aber entschieden ab, worauf der Värm erneut ausbricht und man nach Rissen ruft. Auch Rissen lehnt mit einer Bewegung ab. Dr. Bohl bleibt ruhig auf dem Präsidentensitz sitzen und überläßt es seinem Vorstandskollegen Vatega, durch ununterbrochenes Räuten mit der Glocke Ruhe zu schaffen. Es dauert lange, bis das gelingt.

Der alte Vorstand legt sein Amt nieder. Darauf verliest Mag Vatega folgende Erklärung: „Die Haltung der Delegiertenversammlung vom 10. Dezember 1908 hat uns die Ueberzeugung gebracht, daß die Genossenschaft deutscher Bühnengehöriger auf Bahnen gedrängt werden soll, die zu betreten wir für unheilvoll halten. Deshalb erklären die Unterzeichneten, daß sie ihre genossenschaftlichen Ämter niederlegen und auch keine Wiederwahl annehmen. Dr. Mag Bohl, Mag Vatega, Albert Patry, Emil Reupke, Dr. Barnay.“

Die Vorstandsmitglieder verlassen darauf demonstrativ den Saal. Die Opposition bricht in minutenlangen Beifall aus. Man ruft:

„Gott sei dank, nun sind wir sie los!“

Unter stürmischem Beifall gibt im Namen der Pensionsankalt deren Direktor Adler die Erklärung ab, daß das Ziel der Pensionsankalt, das sie von jeher im Auge gehabt habe, ebenfalls der Gedanke sei: Wir gehören zu Ihnen, Ihre Haltung ist unsere Haltung! (Erneuter stürmischer Beifall.)

Nach einer längeren Pause wird zur Wahl des neuen Präsidiums geschritten. Zum Präsidenten wird mit großer Mehrheit Hermann Rissen gewählt. Er nimmt unter stürmischem Beifall Kundgebungen die Wahl dankend an. Vizepräsident wird ebenfalls mit großer Majorität Emanuel Reicher. In den Zentralausschuß werden gewählt: Mylius (Hamburg), Kirch (Frankfurt a. M.), Tullius (Dresden), Platen (Bromberg) und Paul (Berlin).

Es gelangt dann ein Telegramm an den Reichsanwalt zur Abwendung, in dem die baldige Vorlegung eines Reichstheatergesetzes erbeten wird.

Nach lebhafter Debatte über den Bühnenvertrag, um dessen Inkraftsetzung mit dem September 1909 der Zentralausschuß er-

sucht hatte, wird der Antrag des Zentralausschusses einstimmig abgelehnt. Damit ist der Bühnenvertrag gefallen. Das Abstimmungsergebnis wird mit jubelndem minutenlangen Beifall und Hochrufen aufgenommen.

Zum Schluß fordert nun Dr. Pasche (Bremen) auf, nunmehr energisch in den Kampf einzutreten. — Der Antrag Rienscher auf Abwendung einer Petition an den Reichstag wird einstimmig angenommen. Das Präsidium des Bühnenvereins soll ersucht werden, sich diesem Vorhaben anzuschließen. — Sodann gibt noch ein Vertreter des Verbandes deutscher Chorführer die Erklärung ab, daß auch sein Verband hinter den Bestrebungen der Bühnengenossenschaft auf Schaffung eines Reichstheatergesetzes stehe. Heute gehen die Verhandlungen zu Ende.

Eine Rittergutsidee.

Von dem Rittergute Großhöfen bei Vorna wird dem „Leipziger Tageblatt“ geschrieben:

Als der auf dem hiesigen Rittergute bedienstete Knecht Nöhld am Sonntag früh erwachte, bemerkte er in seinem Schlafrum ein eigenartiges Geräusch. Noch ehe er über die Ursache nachdenken konnte, lag er schon unten, einen Stoß tiefer, im Schweinehau. Er war mit samt seinem Bette durch die Decke gebrochen. Außer einer Verletzung am linken Ohr und linken Auge hat der Mann keinen nennenswerten Schaden davongetragen. Schlechter aber ist der „Durchfall“ den Schweinen bekommen, denn zwei haben auf der Stelle, wahrscheinlich durch Ersticken, den Tod gefunden, und das dritte mußte geschlachtet werden. Der Verletzte wurde dem Stadtkrankenhaus in Vorna übergeben.

Das muß ja eine seine Arbeiterwille gewesen sein! Öffentlich hatte der Rittergutbesitzer wenigstens die — — Schweine verpflegt!

Aus Industrie und Handel.

Staatsbahnaufträge.

Der Stahlwerksverband hat sich, wie der „Frankf. Zig.“ berichtet wird, an die Eisenbahnverwaltung mit dem Ersuchen gewandt, die nach üblicher Weise erst in den ersten Monaten des Kalenderjahres vergebenen Restmengen der Aufträge in Eisenbahnmateriale für das Betriebsjahr 1908/09 schon jetzt zu erteilen. Die Eisenbahnverwaltung soll zugesagt haben, dem Ersuchen zu entsprechen. Im allgemeinen wird darüber geklagt, daß die diesjährigen Aufträge weit hinter denen des Vorjahres zurückbleiben. Es ist aber selbstverständlich, daß der Fiskus nicht zu den enorm hohen Preisen der laufenden Abkälte zugunsten der industriellen Material auf Lager bestellen kann. Die vom Stahlwerksverband erlangten Preise erwiesen sich jetzt vielleicht sogar als ein relativer Schaden für die Werke. Dürften diese jetzt, entsprechend der Marktlage, zu billigen Preisen anbieten, könnte die Eisenbahnverwaltung es rechtfertigen, wenigstens teilweise über den augenblicklichen Bedarf hinaus Aufträge zu erteilen.

Eine sonderbare Submissionsgeschichte.

Vor kurzem wurden die Resultate einer Ausschreibung für die neue Uniformenlage auf dem Hauptbahnhof zu Frankfurt a. M. bekannt. Wegen ihrer Eigentümlichkeit forderten sie direkt zu verschiedenen Kombinationen heraus. Es beteiligten sich an der Submission fünf Firmen und zwar zu folgenden Preisen: 1. Siemens-Schubertwerke 118 000 M.; 2. Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft 98 000 M.; 3. Brown Boveri u. Co., A.-G. Mannheim, 124 000 M.; 4. Elektrizitäts-A.-G. vorm. Lahmeyer u. Co., Frankfurt, 139 000 M.; 5. Ernst Heurich Weist, Electr.-A.-G., Adm. Postkod., 115 000 M.

Da das Bestehen eines Geheimartells bekannt ist, war die Annahme nur zu berechtigt, daß die Offerten unter 1, 3 und 4 nur Deckofferten waren, die dafür Sorge zu tragen hatten, daß der Auftrag der A.-G. — nach bisheriger Annahme — zufalle. Die unter 5 genannte Firma gehört dem Kartell nicht an. Wer noch nicht merkte, daß dies keine gewöhnliche Submission war, wurde sehr bald durch die eifrige Dementierung der großen Elektrofirmen auf dieses besondere Geschäft aufmerksam gemacht. Die „Berliner Börsen-Zeitung“ meldete „offiziell“, daß der gedungene Verbot „hinfällig“ sei, da ja zwei der beteiligten Firmen dem Elektrokartell gar nicht angehört hätten, und überdies dasselbe gegenwärtig weder öffentlich noch heimlich bestände. Die Angelegenheit verwickelt aber trotzdem nicht von der Tagesordnung. Wußte man doch zu genau, was solch eilige Dementis zu bedeuten haben. Der Geheimartellvertrag enthält übrigens eine Bestimmung, die bei einer Quotisierung des Jahresumsatzes es allen Firmen der Vereinigung deutscher Elektrizitätsfirmen freistellt, sich mit anzuschließen. Warum sollte eine solche Einigung nicht Tatsache geworden sein, ohne daß die Öffentlichkeit davon erfuhre? Des weiteren ist ja auch nicht unbekannt, daß die Brown Boveri A.-G. zum weiteren Kontakt der A. G. gehört. Zur weiteren Verhütung kam noch ein Dementi im „Berliner Börsen-Courier“. Er teilte nochmals, offiziell mit, daß das Geheimartell nicht mehr besteht. Daran wurde die Bemerkung geknüpft, die niedrige Offerte der A. G. lasse sich sehr leicht daraus erklären, daß bei dem Unternehmen gegenwärtig das Bestreben vorhanden sei, sich größere Arbeitsobjekte selbst zu verschaffen und zu sichern. Bei der A. G. scheint man diese Bemerkung unangenehm empfunden zu haben; es ist ja erst kürzlich in der Generalversammlung von dem nahezu gleich großen Auftragsbestand wie im Vorjahr geredet worden. In der Morgenausgabe desselben Blattes erschien nun die folgende Notiz: „Die gestern gedruckte Erklärung ist ungenau übermittelt worden. Berichtigend wird uns mitgeteilt, daß das Kartell selbst noch besteht, aber für die Frankfurter Submission nicht in Tätigkeit getreten ist.“

Hier scheint die Zeitung nicht richtig funktioniert zu haben. Auf jeden Fall ist es Pflicht der Kontrollinstanzen der Frankfurter Submission, die Offerten nochmals genau zu prüfen. Im übrigen sollte dies Vorwissen eine Warnung für alle Kommunen und Staatsbehörden sein, die sich mit Elektrifizierungen beschäftigen, damit nicht aus den Taschen der Allgemeinheit die Tische solcher Submissionen gegahrt werden muß.

Ein bemerkenswerter Zusammenschluß der Walzdrahtverbraucher. Ungefähr 50 Firmen haben sich unter der Bezeichnung: Vereinigung zur Wahrung der Interessen der Walzdrahtverbraucher zusammengeschlossen. Die Drahtzieherelen und Stahlfabriken sollen in die Preisvereinigung mit einbezogen werden. Die Festsetzung der Preise soll sich beziehen auf Thomas-Stahlfahndraht, blank bis zu 0,5 Millimeter, desgleichen auf verzinkt und verzinnete Drähte; ferner auf Stangendraht und gezogenes Eisen, 10 Millimeter und dünner, auf Springfedendraht, Springfedern, Schrauben und Klammern, auf Stahldraht und Drahtstifte. Der Grundpreis soll bei gezogenen Drähten 1,50 M. die 100 Kilogramm über dem Walzdrahtpreis festgelegt werden; dabei erfolgt eine nicht unwesentliche Steigerung bei Ueberpreisen. Bei Drahtstiften soll der Grundpreis unter Beibehaltung der jetzigen Ueberpreislifte 3 M. über dem Walzdrahtpreis stehen.

Amerikanische Baumwolle.

Nach dem amtlichen Bericht der Abteilung für landwirtschaftliche Produkte in Washington wird die diesjährige Baumwollenernte auf circa 13 Millionen Ballen a 500 Pfd. geschätzt. Im Vergleich mit den Vorjahren ergeben sich diese Zahlen (in 1000 Ballen):

1903	1904	1905	1906	1907	1908
9851	13438	10575	12546	11678	12920

Demnach übertrifft die letzte Erntemenge die der vorangegangenen drei Jahre, bleibt aber hinter dem bisher höchsten Ertragnis des Jahres 1904 um rund 1/4 Millionen Ballen zurück.

A. JANDORF & Co

Spittelmarkt

Belle Alliancestrasse

Grosse Frankfurterstrasse

Brunnenstrasse

Kottbuser Damm

Wir geben unseren Kunden schon jetzt Gelegenheit zum besonders billigen Weihnachts-Einkauf und verabfolgen trotz billigster Preise bei Einkäufen noch die

Doppelte Anzahl Rabattmarken

Von dieser Vergünstigung sind nur wenige Artikel ausgeschlossen.

Unsere Spielwaren-Ausstellung ist eröffnet!

Sonntag den 13. Dezember von 12-8 Uhr geöffnet.

Zum
Weihnachtsverkauf
für den halben Preis.

3000 Kostümröcke

aus Salintuch 7, 9, 10, 12, 15, 18, 20 Mk., aus Seiden-
damast 20, 25 Mk., Sportröcke, regenecht 3, 5, 7, 9,
10 Mk., Faltenröcke, neueste Streifen, 4, 8, 12 Mk.
Samtröcke 18, 20, 25 Mk., Directoire-Röcke 15, 20 Mk.

Moderne, französische Kleider
18, 25, 32, 38 Mk., früher 36-110 Mk.

Tanzstundenkleider

ausstehende Neuheiten, Batist, Wolle und Seide, reich mit Stickerei
garniert
9, 15, 21, 30 Mk.

Wollene, seidene und Spitzen-Blusen
2, 3, 5, 8, 10 Mk., früher 6-30 Mk.

Morgenröcke, Matinees, Unterröcke
2, 3, 4, 5 Mk., früher 5-15 Mk.

Backfisch-Mäntel
ohne Aendung, gut sitzend.

Sielmann & Rosenberg

Kommandantenstr., Ecke Lindenstr.
2 Häuser vom Dönhofsplatz.

12 Schaufenster.

Sonntags geöffnet

**Größte und beste Bezugsquelle!!
Auf Teilzahlung!!**

Wöchentlich nur 1 Mark!

Herren- und Damen-Uhren, Frei-
schwinger, Broschen, Ringe, Ketten
und alle Arten Goldwaren, echte
Menzenhauer Zithern, Konzertzithern,
Phonographen, Platten-Sprech-
maschinen, Polyphons, Harmonikas,
Mandolinen, Geigen etc.

Jahre & König,

Berlin O., Warschauer Straße 68, 1. Etage
Berlin N., Reinickendorfer Str. 101, 1. Etage
Berlin W., Göbenstr. 19, 1. Etage

Größte Puppen-Fabrik Berlins.

P. R. Zierow,

Berlin N. 37, Schönhauser Allee 179.
Eigene Fabrikation.

Größtes Lager von Kugelgelenkpuppen, Bällgen,
Köpfen, Perücken, gekleideten Puppen und
Puppenartikeln. 4816L*

Sämtliche Reparaturen und alle Ersatzteile.
Engros- u. Einzelverkauf. Kein Laden.

Bolero
ist nach dem
Urteil aller Sachverständigen
die
feinste 2 Pf.-Zigarette.
Gesetzlich geschützt!

Auf Kredit!

Paletots für Herren und Damen

Anzüge für Herren und Knaben.

Pelze.

Möbel aller Art.

Anzahlung vollständig
Nebensache!

Abzahlung spielend leicht!

S. Gottlieb
Rosenthaler Str. 54^L

Allen Vortelgenossen, Freunden und Bekannten die ergebene Mitteilung,
dass ich im Hause
Schönleinstr. 34 ein **Zigarrengeschäft**
eröffnet habe. Um gütigen Zuspruch bitte!
Fritz Schwemke.

Die allerbeste Puppe
erhält man, wie seit Jahren bekannt, in der
Puppen-Fabrik **Otto Kreyszig**
88 Brunnenstr. 88, schrägüber der Allgemeinen
Elektrizitäts-Gesellschaft.
Reparaturen beim Einkauf
von Ersatzteilen **gratis!**

Arbeiter=
Bekleidung - Berufskleidung.
Größtes Spezialgeschäft.
Kohnen & Jöring, Haupt-
geschäft Alexanderstr. 12.
Filialen: Landsberger Allee 148.
Neu eröffnet! am
Rixdorf: Bergstraße 66 Ringbahnhof.

35 Verkauf nur im Fabrikgebäude! **35**
Möbel Sie sparen Geld! Wenn
Sie
direkt zu Engrospreisen
in der Möbelfabrik von
H. Walter Inh.: Willi Maaß, Brunnenstr. 35
kein Laden, Tel.: A. III, 5157
kaufen. Verkauf nur im Fabrikgebäude - nur
eigenes Fabrikat. - Auf Wunsch Teilzahlung.
35 Permanente Musterzimmer-Ausstellung. **35**

Mal-Kah-Zigaretten
vorzüglich.

Arbeiter-
Berufs-Kleidung
Aeltestes Spezial-Geschäft
3 Mühlendamm 3
2. Geschäft:
98 Kottbuserdamm 98.
Adolf Wecker.

Billigste Bezugsquelle für
Hygienische
Bedarfs-Artikel
Drogerie Zaremba,
Berlin N., Weinbergsweg 1.
Ein Versuch
führt zu dauernder Kundschaft.

**Gelegenheits-
käufe**
AUF CREDIT.
Anst. Berlin
Solelarmwaren
Complete
Nagelungs-
Kleider-
Confection.
Leichteste
Lieferungs-
Bedingungen

193-Oranien Str. 193

Arbeiter finden für den Winter
gute und billige **Unterkleider** in großer Auswahl
Brunnenstr. 158, Gelber Laden.

Danziger Straße 98.

Heyn & Goldschmidt

Pappel-Allee 1 und 2.

Große Posten Handtücher, Tischtücher, Bettwäsche, abgepaßte Roben und Blusen im Karton zu **extra billigen Preisen.**

10% Rabatt auf Pelzwaren, Damen- und Kinder-Konfektion **10% Rabatt**

welcher sofort in Abzug gebracht wird.

Abgeordnetenhaus.

11. Sitzung. Donnerstag, den 10. Dezember 1908, vormittags 11 Uhr.

Am Ministerische: Dr. Delbrück, Breitenbach.

Auf der Tagesordnung steht zunächst

die Interpellation Trimborn (3.) betreffend die Linderung der Arbeitslosigkeit.

Sie lautet:

Durch welche Maßnahmen gedenkt die kgl. Staatsregierung zur Linderung der Arbeitslosigkeit mitzuwirken, welche an zahlreichen Orten der Monarchie aus gewerblichen Gebieten in erheblichem Umfang in die Erscheinung tritt und sich weiter auszuweiten droht?

Auf Antrag des Abg. v. Seydebrand (1.) werden damit verbunden die folgenden auf der Tagesordnung stehenden Anträge: Antrag Kronsohn und Genossen (fr. Sp.):

Die kgl. Staatsregierung möge in Anbetracht der gegenwärtigen Lage des Arbeitsmarktes mit tünlichster Beschleunigung diejenigen öffentlichen Arbeiten in Angriff nehmen und ausführen, für welche Staatsmittel bereitgestellt sind, ferner die einzelnen Verwaltungszweige anweisen, daß nicht inländische zur Verfügung stehende Arbeitskräfte hinter ausländische zurückgesetzt werden.

Antrag Mahardt (1.):

Die kgl. Staatsregierung möge den Schwierigkeiten gegenüber, welche für einige Erwerbsklassen, insbesondere in den Großstädten, durch die gegenwärtige wirtschaftliche Lage entstanden sind, helfen eingreifen: 1. durch möglichst beschleunigte Vergabung der im laufenden Etat vorgesehenen Arbeiten, insbesondere im Baugewerbe, 2. durch Rücksichtnahme auf diese Verhältnisse bei Aufstellung des nächstjährigen Etats.

Handelsminister Dr. Delbrück erklärt sich bereit, die Interpellation heute zu beantworten.

Zur Begründung der Interpellation des Zentrums erhält das Wort:

Abg. Trimborn (3.): Wieder haben wir eine große Arbeitslosigkeit in Deutschland zu verzeichnen als Folge der wirtschaftlichen Krise, die ihren Ausgang in Amerika genommen hat. Inzwischen steht Deutschland in Bezug auf die Arbeitslosigkeit noch günstiger da als England, Frankreich und Belgien. Die Ursache dafür liegt jedenfalls darin, daß Deutschland Gott sei Dank noch kein ausschließliches Industriestaat ist, sondern daß wir noch eine starke Landwirtschaft haben, die die Hauptstütze des inländischen Marktes ist. (Bravo! rechts.) In diesem Sinne hat sich auch der Genosse Calwer geäußert. (Heiterkeit.) — Redner verliest eine dabingehende Äußerung Calwers. — Aus diesem Grunde kann man auch die Arbeitslosigkeit nicht zu einem Angriff auf die Wirtschaftspolitik der letzten Jahre benutzen. (Sehr richtig! im Zentrum.) Im Reichstag ist schon mit Recht festgestellt worden, daß nicht in allen Orten und allen Gewerben die Arbeitslosigkeit gleichmäßig stark ist. Besonders schlecht liegen die Verhältnisse in der Textilindustrie, im Baugewerbe, in der Kleider- und Wäberei. Wesentlich hat zur Verringerung der Folgen der wirtschaftlichen Krise auch beigetragen das Bestehen von Tarifverträgen. (Sehr richtig! im Zentrum.) Während die schlesische Bergwerkindustrie und in der Landwirtschaft großer Mangel an Arbeitern vorhanden. (Hört! hört! rechts.) Die Arbeitslosenzählungen, die in verschiedenen Städten vorgenommen werden, lassen, so mangelhaft sie sind, doch erkennen, daß die Arbeitslosigkeit noch nicht in der Abnahme begriffen ist. So hat die Zählung in Berlin circa 40 000 Arbeitslose

ergeben. In Mitleidenschaft gezogen von den Folgen der Arbeitslosigkeit werden auch die mittleren und kleineren Gewerbetreibenden. Das Vorkommen nimmt immer mehr überhand. Ein schwacher Trost ist das Bestehen der staatlichen Arbeiterversicherungen. Ohne diese würden wir in diesen Tagen ein ähnliches Masseneleid haben, wie es in den englischen Großstädten zu verzeichnen ist. (Sehr richtig! im Zentrum.) Die Gerechtigkeit verlangt, an dieser Stelle rühmend hervorzuheben, wie segensreich in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit

die Gewerkschaften

wirken. Im Jahre 1907 haben die kirchlich-Dünderliden, die christlichen und (1) die freien Gewerkschaften sieben Millionen für die Unterstützung der Arbeitslosen ausgegeben. (2) Auch eine Reihe von Städten haben energische Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ergriffen, vielfach sind Notstandsarbeiten von ihnen in Angriff genommen. Es kommt aber vor, daß sich die Arbeitslosen trotz der großen Not weigern, die Arbeit anzunehmen; z. B. haben sich viele Arbeitslose aus Berlin geweigert, Arbeit in der Provinz anzunehmen. (Hört! hört! rechts.) Freilich ist es psychologisch zu begreifen, wenn ein Arbeiter sich nicht so leicht entschließt, die Stadt zu verlassen, in der er seit Jahren beschäftigt ist, oder wenn es einem Uhrmacher, einem Diamantenschleifer schwer wird, nun auf offener Straße Steine zu klopfen. Aber nicht nur Gewerkschaften und Gemeinden, sondern auch der Staat muß eintreten gegenüber den bestehenden Notständen, und den Staat zu diesem Eintreten zu drängen, ist der Zweck unserer Interpellation. In England ist ein Vorgehen des Staates gegen die Arbeitslosigkeit in großem Maße zu verzeichnen. Auch bei uns muß dafür gesorgt werden, daß möglichst viel Arbeit von Staats wegen geschaffen wird. Wir haben im Reichstag schon gehört, daß eine Erhöhung der Bautätigkeit der preussischen Bahnen durch Erlass angeordnet worden ist. Öffentlich bringt auch der nächste Etat reichliche Mittel, die es ermöglichen, Arbeitsgelegenheit zu schaffen. Vielleicht könnten durch ein Rotgeleit die Posten für die öffentlichen Bauten, die im diesjährigen Etat vorgesehen sind, schon jetzt gefordert werden, damit die Arbeit sofort in Angriff genommen werden kann.

Lebhafte Klagen sind laut geworden über

die Massenbeschäftigung ausländischer Arbeiter

namentlich bei Tiefbauten. Die Verechtigung der Heranziehung ausländischer Arbeiter ist nicht nur da gegeben, wo die einheimischen Arbeiter für die betreffenden Arbeiten nicht geeignet sind. In allen übrigen Fällen ist es in Anbetracht der herrschenden Arbeitslosigkeit ein unverträglicher Gedanke, daß ausländische Arbeiter bei Staatsarbeiten beschäftigt werden. Zu Unrecht wird in diesen Zeiten der Arbeitslosigkeit vielfach bei staatlichen Arbeiten auch ausländisches Material verwendet, wo deutsches besser am Platze wäre. — Gott sei Dank stehen wir den Erscheinungen der Krise nicht mehr so hilflos gegenüber wie früher in gleicher Lage. Die Organisation der Arbeitsnachweise, die Verichterstattung über den Arbeitsmarkt im „Reichsarbetsblatt“ und die Disposition über Notstandsarbeiten sind viel besser geworden. Aber noch erlöst unsere Statistik kaum die Hälfte der gelehrten häudigen Arbeiter. Die Ausdehnung der Statistik nach einheitlichen staatlichen Formulare wäre eine wichtige Erkenntnisquelle. Die Pflege und Zentralisierung des Arbeitsnachweises läme dem ganzen Lande zugute. Die Lösung des großen Problems der Arbeitslosenversicherung steht noch in weiter Ferne. Einstweilen bleibt auch den Städten kaum mehr als die Veranlassung von Notstandsarbeiten. Vor allem aber müssen wir uns eingehender mit dem Problem der Arbeitslosigkeit befassen. In ganz Süddeutschland sind große umfassende Erhebungen angeordnet; wir sollten diesem Beispiel folgen. Deutschland sollte auch auf dem Gebiete der Arbeitslosenfürsorge seine soziale Pflicht tun. (Beifall.)

Abg. Dr. Fehde (fr. Sp.) begründet hierauf den Antrag Kronsohn: Solange wir nicht eine staatliche Arbeitslosenversicherung haben, ist es Aufgabe des Staates und der Kommunen, durch eine richtige Arbeitspolitik — Zurückhaltung von Aufträgen in der Zeit der Hochkonjunktur und Häufung derselben in der Zeit der wirtschaftlichen

Depression — die Folgen der wirtschaftlichen Krise zu mildern. Die Einschränkung der Gefängnisarbeit ist gerade in solchen Zeiten dringend notwendig. Die Verwendung von Soldaten in Gegenden, wo es viele Arbeitslose gibt, sollte unterbleiben. Die Eisenbahnverwaltung soll in diesen Jahren mit ihren Verstellungen in auf-fassender Weise zurückgehalten haben. Ich hoffe in dieser Richtung auf eine Auffklärung seitens des Herrn Ministers. Den Ausführungen des Herrn Abg. Trimborn in Bezug auf die Beschäftigung ausländischer Arbeiter können wir nur zustimmen, aber gerade die Rechte und das Zentrum haben in diesem Hause darauf gedrungen, daß bei Kanalarbeiten so wenig wie möglich einheimische Arbeiter eingesetzt werden mögen, damit der Landwirtschaft keine Arbeiter entzogen werden. (Hört! hört! links.) Für sehr wichtig halten auch wir die Förderung der Arbeitsnachweise. Auf diesem Gebiete sollte nicht gespart werden. Die staatliche Arbeitslosenversicherung hat so lange keine Aussicht auf Verwirklichung, wie das Verhältnis zwischen Gewerkschaften und Sozialdemokratie nicht looderer immer fester wird. Diese Entwicklung können wir nur aufs tiefste bedauern. (Sehr richtig! links.) Dringend notwendig ist zur Beseitigung unserer Verhältnisse eine gründliche Änderung unserer Wirtschaftspolitik. Der Wechsel von Hochkonjunktur und wirtschaftlicher Depression wird auch in einer fortschrittlichen Gesellschaftsordnung, wie sie die Sozialdemokratie erstrebt, nicht ausbleiben, zumal bei einem mitten in die Weltwirtschaft hineingeworfenen Staat. Aber es kann auch innerhalb des heutigen Staates viel geschehen, um die Folgen der Krisen zu mildern. Die Anträge bitte ich nicht erst in eine Kommission zu verweisen, sondern sie sofort im Plenum zur Verabschiedung zu bringen. Dadurch wird das preussische Abgeordnetenhaus zu erkennen geben, daß es schnelle Linderung der Not wünscht. (Bravo! links.)

Abg. Mahardt (1.) begründet den Antrag der Konserverfabriken: Durch die gegenwärtige Krise sind nicht nur die Arbeiter getroffen, sondern ganz besonders auch große Kreise des Handwerks und der kleinen Kaufleute und Gewerbetreibenden. Eine große Schuld an der Krise tragen auch die großen Arbeiterkämpfe der letzten Jahre. Die Regelung der Arbeitsnachweisefrage ist besonders erdwert durch den unerhörten Terrorismus der sozialdemokratischen Arbeiter gegenüber den Arbeiterorganisationen. (Hört! hört! rechts.) Wir sprechen hier über Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit, und unter Arbeitsnachweis der Fischer in Berlin ist nicht in der Lage, Ausschleusen gegen einen Wochenlohn von 30 M. zu befehlen. (Hört! hört! rechts.) Eine Arbeitslosenversicherung ohne Einschränkung der Freizügigkeit ist nutzlos, denn es müßte jeder Arbeitslose dann gezwungen sein, auch Arbeit nach auswärts anzunehmen. (Sehr richtig! rechts.) Während der Herr Eisenbahnminister dem Tischlergewerbe auf meine Vorstellung hin in dankenswerter Weise entgegengekommen ist, hat uns der Herr Minister des Innern auf die Gefängnisarbeit verwiesen und sich dabei auf einen Beschluß des Abgeordnetenhauses berufen. Ich kann mir nicht denken, daß ein solcher Beschluß vorliegt. Die Kornmaderie ist schon ruiniert durch die Gefängnisarbeit. Wollen Sie nun auch noch der Tischlerei dasselbe Schicksal bereiten? Für uns kommt zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit nicht eine Arbeitslosenversicherung in Betracht, sondern allein die beschleunigte Vergabung von öffentlichen Arbeiten. Zu diesem Zwecke sollten sofort 100 Millionen Mark zur Verfügung gestellt werden. Dadurch würden 62 000 Arbeiter auf ein ganzes Jahr beschäftigt werden können. Angesichts der Tatsache, daß wir 185 Millionen Mark für die Deamten ausgeben wollen, ist diese Forderung wohl berechtigt. (Bravo! rechts.)

Handelsminister Dr. Delbrück:

Herr Trimborn hat in dankenswerter Objektivität die Dinge nicht nur mit den Augen des Volkvertreeters, sondern auch mit den Augen des Ministers gesehen! (Heiterkeit.) Er hat klargestellt, daß die Arbeitslosigkeit und ihre Folgen ein Problem bieten, das uns heute nicht zum ersten und letzten Male beschäftigt, und nicht nur uns, sondern alle Kulturstaaten der Welt. Sie ist auch nicht eine Begleiterscheinung einer bestimmten Wirtschaftspolitik; denn Großbritannien müßt sich mit den Folgen wirtschaftlicher Krisen ebenso sehr abwie wir. Die Einwirkung der amerikanischen Krise betraf in erster Linie unseren Geldmarkt. Dadurch wurde eine Währungsbeziehung für unser gesamtes Erwerbsleben, für die Arbeiter und den gesamten Mittelstand herbeigeführt. Also in erster Linie handelt es sich um eine Finanzkrise, erst in zweiter Linie um eine Industriekrise. Daraus ergeben sich die sehr verschiedenen Einwirkungen der Krise auf unseren Markt. Die Weltkrise kann heute jedenfalls als überwindend gelten, ebenso müßt sich beim Baugewerbe eine Besserung geltend, wie die Beschäfte der Pfandbriefbanken beweisen. Am schwersten haben natürlich zu leiden gehabt die von amerikanischen Verhältnissen besonders abhängigen Industrien, wie die Textilindustrie, die Porzellanindustrie und der Schiffbau. Ueberhaupt keinen Mangel an Arbeit, sondern Mangel an Arbeitern haben wir in der ostdeutschen Landwirtschaft, vor allem in den Forsten, die infolge des Rotenfraßes über sehr viel Arbeit verfügen, für die kein entsprechendes Arbeiterangebot vorhanden ist. (Hört! hört! rechts.) Im Vergleich ist im Ruhr- und Saargebiet die Zahl der unbeschäftigten Arbeiter gering, im schlesischen Bergbau ist kein Arbeitsmangel vorhanden. Entsprechend zurückgegangen ist die Beschäftigung in der schweren Eisenindustrie. Von der Maschinenindustrie sind naturgemäß am schwersten betroffen die Lieferanten derjenigen Industrien, die vom Geldmarkt oder von Amerika besonders abhängig sind.

Ich wende mich nun zu der Frage, wie man die Arbeitslosigkeit im allgemeinen und in einzelnen bekämpfen kann. So lange man die Ursachen der Krise nicht aus der Welt schaffen kann, handelt es sich immer nur um die Frage: Was kann geschehen, um die Folgen der Krise zu mildern? Zuerst ist der Schluß gewiß absolut korrekt: Wir müssen zu einer

Arbeitslosenversicherung

kommen. Die Schwierigkeiten sind bereits erwähnt. Jedenfalls wäre sie nur im Wege der Reichsgesetzgebung zu lösen. Die preussische Regierung sieht in dieser Frage auf demselben Standpunkt, wie ihn der Herr Staatsminister des Innern vor kurzer Zeit im Reichstage dargelegt hat. Eine weitere Möglichkeit liegt in einer verständigen Regelung des Arbeitsnachweises, dessen Zentralisierung zu unterstützen wir stets bemüht gewesen sind. In dieser Richtung wird fortgeschritten werden. Aber auf diese Weise wird die eigentliche Quelle des Übels, die Arbeitslosigkeit, nicht aus der Welt geschafft. Durch Arbeitsnachweise schafft man keine Arbeit, und es ist auch außerordentlich schwer, für die feiernden Arbeiter bestimmter Industriezweige eine Arbeit zu verschaffen, die sie überhaupt verrichten können. Herr Trimborn hat darauf schon hingewiesen. Die Heranziehung ausländischer Arbeiter ist nicht gegeben, um den Lohn zu drücken, sondern sie entspringt der bitteren Not. Die ostdeutsche Landwirtschaft wäre gewiß sehr froh, wenn sie ihre einheimischen Arbeiter halten könnte. (Sehr richtig! rechts.) Aber das gelingt ihr nicht. Wir brauchen ausländische Arbeiter für solche Arbeiten, die die inländischen Arbeiter nicht mehr verrichten wollen. — Freilich darf die Beschäftigung ausländischer Arbeiter nicht dazu führen, daß bei mangelnder Arbeitsgelegenheit den einheimischen Arbeitern die Arbeitsgelegenheit genommen wird. Der Herr Minister der öffentlichen Arbeiten hat in dieser Richtung beim Bau des großen Schiffbauwerkes Berlin-Stettin auch die geeigneten Schritte unternommen. Im übrigen werden in keinem unmittelbaren kolonialen Betriebe ausländische Arbeiter beschäftigt, in der Bergverwaltung gar keine, bei den Eisenbahnen nur ganz gelegentlich. Arbeiterentlassungen sind in keinem kolonialen Betriebe vorgekommen, ebensowenig wie Lohnreduktionen.

Was die

Notstandsarbeit

anlangt, so sind wir zu dem Ergebnis gekommen, daß sie ein höchst unzureichendes Mittel ist, um einer wirklichen Not auf dem Arbeits-

markt zu steuern. Es kommen dabei vor allem Erdarbeiten in Betracht, deren Verrichtung gerade im Winter durch Industrie-arbeiter und Handwerker, wie die Erfahrung lehrt, unmöglich ist. Ich habe den Eindruck, daß die Arbeiter, die man bei sogenannten Notstandsarbeiten beschäftigt, eigentlich nicht die notleidenden Arbeiter sind, sondern Gelegenheitsarbeiter, die überhaupt nur vorübergehend arbeiten und sich nun in diese Arbeiten hineindrängen, weil sie aus den besser bezahlten Arbeiten in der Industrie verdrängt sind. Auch Arbeiterkolonien und Wanderarbeitsstätten können nur für einen ganz beschränkten Kreis von Arbeitern in Betracht kommen, dem verheirateten leibhaftigen Industriearbeiter sind sie eigentlich gar nicht anzubieten. Es bleibt also nur die Frage, inwieweit die Staatsregierung und die Kommunen in der Lage sind, ihrerseits einen Einfluß auf den Arbeitsmarkt zu gewinnen dadurch, daß sie der Industrie, dem Handwerk ein höheres Maß von Aufträgen zuführen als unter normalen Verhältnissen.

Völlig frei sind wir bei den Bauten auf Anleihen. Hier ist von meinem Ressort alles geschehen, was möglich war, um die Bauanlagen, die aus Anleihen gebaut werden, so forciert zu beschleunigen, wie es nur möglich ist. Daran sind wir schon deshalb interessiert, weil wir in der Zeit der wachsenden Konjunktur die Ausführung billiger bekommen. Auch die anderen Ressorts sind entsprechend vorgegangen. Alle für dieses Jahr verfügbaren etatsmäßigen Mittel sollen so rasch wie möglich verausgabt werden. — Eine gewisse Freiheit haben wir auch bei Arbeiten, deren erste Rate bereits bewilligt ist. Ob auch bei anderen Bauten die Vergabung schon jetzt möglich ist, scheint mir recht sehr zweifelhaft. Ich weiß nicht, ob das hohe Haus damit einverstanden sein wird, wenn wir Bauten in Angriff nehmen, deren Bewilligung noch gar nicht feststeht.

Auf eine Beschäftigung der Gefangenen können wir nicht verzichten, wenn wir nicht der Strafvollstreckung das Ziel der Verrichtung grundsätzlich nehmen wollen. Soweit möglich, wird hierbei den Wünschen aus den Kreisen der Gewerbetreibenden entgegengekommen. — In erster Linie arbeiten die Gefangenen für sich selbst, und zwar soweit dies hohe Haus es bewilligt hat. Herrn Trimborn kann ich nur zustimmen, daß die Fürsorge der großen Städte für die Arbeitslosen zum Teil unzulänglich ist. Ich hoffe, Herr Trimborn hat aus meinen Ausführungen entnommen, daß auch die künftige Staatsregierung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit alles getan hat, was in ihren Kräften stand. (Bravo!)

Minister der öffentlichen Arbeiten Breitenbach:

Die Bautätigkeit der Eisenbahnverwaltung ist in diesem Jahre besonders groß. Es werden 338 Millionen verhandelt werden. Das ist genau das Doppelte von dem, was wir 1904 gebraucht haben. Darin sind nicht einbezogen die Summen für Beschaffung von Betriebsmitteln. Im nächsten Jahre stehen uns große Kredite zur Verfügung zum Bau des Rhein-Hannover-Kanals und des Großschiffahrtsweges Berlin-Stettin. Eine gleichmäßige Verteilung der Bauausführung auf die verschiedenen Jahre wäre gewiß wünschenswert, aber wir stoßen uns dabei immer wieder an den Tatsachen. Wir konnten seinerzeit unmöglich die ungeheure Verkehrsentwicklung in der letzten Hochkonjunktur voraussehen und mußten andererseits dem gesteigerten Bedürfnis sofort nachkommen. Ausländische Arbeiter werden in einer Minderzahl, namentlich bei Kanalbauten, aus den schon angeführten Gründen stets beschäftigt werden müssen, in Zeiten der Krise wird diese Zahl jedenfalls auf das Geringste beschränkt werden. (Bravo!)

Abg. Borgmann (Soz.):

Der Herr Eisenbahnminister hat zwar erklärt, daß einheimische Arbeiter nicht in der Lage wären, die schweren Arbeiten beim Kanalbau zu machen, hat aber in demselben Moment erklärt, seine Verfügung beim Bau des Großschiffahrtsweges sei erfolgt, um der Landwirtschaft und der Industrie der beteiligten Gegend keine Arbeiter zu entziehen. Das ist ein offenkundiger Widerspruch. — Daß die jetzige Krise eine

Weltkrise

darstellt, ist zweifellos. Sie ist auch ganz natürlich, denn sie beruht auf unserer kapitalistischen Wirtschaftsordnung, und der Kapitalismus ist international. Sobald in einer Industrie eine Ueberspannung vorhanden ist, kommt es zur Explosion, durch welche der ganze Wirtschaftskörper erschüttert wird. Der leidende Teil sind dann immer die arbeitenden Klassen. Unter der heutigen Wirtschaftsordnung kann also das Problem der Arbeitslosigkeit nicht gelöst werden, dazu bedarf es erst einer Umgestaltung der Wirtschaftsordnung im Sinne unserer Weltanschauung. (Lachen rechts; Sehr richtig! bei den Soz.) Ein äußerer Grund der jetzigen Krise ist natürlich der Zusammenbruch in Amerika. Man hat gesagt, es sei bei uns die Arbeitslosigkeit nicht so groß, wie in den anderen Ländern. Das ist für die Arbeitslosen ein sehr schlechter Trost. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Uebrigens ist im Reichstage von Herrn Gotheim dem Herrn Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg bereits nachgewiesen worden, daß seine Zahlen über die Arbeitslosigkeit in England falsch sind. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Herr Dr. Hahn hat im Reichstage behauptet, daß, wenn die Verhältnisse in Amerika und England so schlecht wären, das an der Wirtschaftspolitik läge. Er hat dabei ganz übersehen, daß beide Länder eine ganz verschiedene Wirtschaftspolitik haben. Amerika ist ein Land des Hochschutzes, England ein Land des Freihandels. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) In Amerika sind die Verhältnisse nach Erhebung der Präsidentschaftswahl bereits besser geworden, bei uns aber scheint die Hoffnung nicht berechtigt, daß bald eine Besserung der Verhältnisse erfolgt. Wir müssen auch in der Zukunft mit großer Arbeitslosigkeit in verschiedenen Industrien rechnen. Im Rheinland hat zum Beispiel die Zahl der offenen Stellen zugenommen, ebenso in vielen anderen Gebieten. Leider besitzen wir keine rechte Uebersicht über den Stand der Dinge, es fehlt an einer ausreichenden Statistik. Daher haben die Gewerkschaften versucht, die Gemeindeverwaltungen zu veranlassen, solche Statistiken aufzunehmen. Das Verfahren, das hier in Berlin gewählt worden ist, ist ungewisselt mangelhaft. Offenbar haben sich eine ganze Zahl Arbeitsloser nicht gemeldet. Die Gewerkschaften hatten eine Hauszählung vorgeschlagen. Aber auch dadurch würde man zu einem richtigen Resultat nicht gekommen sein, weil Tausende von Arbeitern, die in Berlin arbeiten, nicht in Berlin wohnen, wie ja auch der Rückgang der Bevölkerungszunahme in Berlin beweist.

Die Arbeitslosenunterstützung der freien Gewerkschaften.

36 freie Gewerkschaften in Berlin haben Arbeitslosenunterstützung eingeführt; sie haben im Jahre 1907 1 401 123 M. dafür ausgegeben. In diesem Jahre wird die Summe weit über zwei Millionen hinausgehen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Alle freien Gewerkschaften haben 1906 allein für Arbeitslosenunterstützung gezahlt: 2 633 396 M., im Jahre 1907 aber 6 527 000 M.! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) So gehen die Gewerkschaften auf diesem Gebiete voran, wie sie auch bei der Kranken- und Invalidenunterstützung dem Staate vorangehen sind. Mit der Zeit wird zweifellos auch der Staat dazu kommen müssen, dem Problem der Arbeitslosenversicherung näher zu treten. — Ich muß hierbei auf eine spezielle Berliner Angelegenheit eingehen: Durch die Berliner Presse ist eine Notiz gegangen, die darauf hinwies, daß auf städtischen Riefelgärten viele Früchte durch Frost zugrunde gegangen wären, während in Berlin viele Arbeitslose vorhanden waren, die lieber die Unterstützung des Magistrats in Anspruch nehmen, statt auf den Riefelgärten in Arbeit zu treten. Die „Deutsche Tageszeitung“, die diese Notiz brachte, scheint sehr wenig landwirtschaftliche Kenntnisse zu besitzen. (Heiterkeit rechts.) Sie werden wissen, daß der Riefelgarten im Oktober ein ganz außerordentlich gewöhnlicher gewesen ist und die ganz natürliche Wirkung gehabt

hat, daß nicht nur in Berlin, sondern auch an anderen Orten sehr viele Früchte erfroren sind, zumal da wir kurz vorher eine für diese Zeit selten trockene Periode gehabt hatten, wodurch der Boden sehr hart geworden war. In jener Notiz wurde auch betont, daß seitens der Verwaltung der Viehställe alles getan sei, um Arbeiter aus Berlin heranzuziehen. Ich stelle fest, daß diese Behauptung nicht wahr ist, und protestiere gegen diese schwere Verleumdung der Berliner Arbeiterlosen. (Sehr gut!) bei den Sozialdemokraten. Der große Berliner Arbeitsnachweis ist von der betreffenden Verwaltung überhaupt nicht erzußt worden, Arbeiter dort hinauszuführen! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Auf den Arbeitsnachweis der Berliner Landwirtschaftskammer, auf den in der Notiz hingewiesen wird, werden die Berliner Arbeiter kaum geben, dafür ist eben der großstädtliche Arbeitsnachweis da. (Zurück rechts.) Der Herr Minister hat vorhin sehr klar und vernünftig auseinandergesetzt (Lachen rechts), weshalb es nicht möglich ist, gelernte Arbeiter für solche landwirtschaftlichen Arbeiten heranzuziehen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Tatsache ist eben so offensichtlich, daß sie selbst einem preussischen Minister klar einleuchten mußte. (Weiterkeit rechts.)

Die „Soziale Praxis“ weist in ihrer letzten Nummer nach, daß die Arbeitslosigkeit dadurch erheblich gesteigert wird, daß in vielen Betrieben Feiertagen eingelegt werden. Die Gutehoffnungshütte hat 4000 Arbeiter entlassen, der Stahlwerksverband hat für den letzten Winter eine Produktionsbeschränkung bis zu 60 Proz. in Aussicht genommen. Auch in der elektrischen Industrie sind viele Arbeiterentlassungen vorgekommen. Diese Zahlen riechen nach

Hungernot.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wir können also nicht anerkennen, daß die Verhältnisse bei uns günstiger liegen als in anderen Ländern, sondern sie werden sich noch verschlechtern. Erhöht werden die Verhältnisse noch dadurch, daß in den politischen Kämpfen der Völker untereinander der wirtschaftliche Boykott neuerdings eine erhebliche Rolle zu spielen beginnt. Ich erinnere an die Boykottierung Oesterreichs durch die Türkei und Serbien. Woran es uns vor allem fehlt, ist ein geordneter Arbeitsnachweis und eine periodische, in ganz bestimmten Intervallen erfolgende Fählung der Arbeitslosen im ganzen Lande. Ist dies durchgeführt, so ist auch eine Arbeitslosenunterstützung durch den Staat möglich. Jetzt aber handelt es sich im wesentlichen darum, den hungernden Arbeitermassen, die ohne ihr Verhältniß arbeitslos geworden sind, zu helfen. Die Ausführungen des Herrn Mahardt in dieser Richtung waren mir durchaus sympathisch. Aber er wird selbst gemerkt haben, daß er bei der Regierung sehr wenig Gegenliebe gefunden hat. Man sollte z. B. die große Zahl von Gemeinden unterstützen, die neue Schulbauten dringend nötig haben. (Sehr richtig! bei den Soz.) Geben Sie diesen Gemeinden unverzinsliche Darlehen für diesen Zweck, so werden Sie tausende von Händen in Bewegung setzen und auch dem kleinen Handwerkerstande helfen. — Das rostende Material bei den Nebentritten der Eisenbahnen ist vielfach ganz ungenügend. Hier könnten bei Reparaturen ebenfalls viele Tausende von Arbeitern Beschäftigung finden. Die Vorarbeiten zum Großschiffahrtswege sollten sofort in Arbeit gegeben werden, z. B. die elektrischen Drähte. Vielfach sind die Löhne der Arbeiter bei der Eisenbahn herabgesetzt worden. Auch in den Saargruben soll der Verdienst der Bergarbeiter heruntergegangen sein. Es ist ganz unverständlich, wie angesichts der Erhöhung der Beamtengehälter und bei der Erhöhung der indirekten Steuern eine Staatsregierung ein solches Vorgehen wagen kann.

Um die Mittel zu den von uns vorgeschlagenen Maßnahmen aufzubringen, schlagen wir ein

Notstandssteuer

vor: einen Zuschlag zur Einkommen- und Einkommensteuer, beginnend bei 5000 bis 6000 M. Einkommen mit 1/2 Prozent des Steuerbetrags und steigend bis zu 10 Prozent des Steuerbetrags bei den höchsten Einkommen. (Lachen rechts.) Die bestehenden Klassen könnten eine solche Steuer sehr wohl aufbringen, sie wären von der Not der Arbeitslosigkeit recht wenig. In Berlin W sind Diners zu 50 M. das Kubert nicht ungewöhnliches (Lachen rechts) und dazu kommen noch die teuren Weine und Zigarren. Eine ganze Reihe von Leuten aus dem bestehenden Bürgerum würde eine Notstandssteuer sicher ganz gern zahlen, und diejenigen, die es nicht gern tun, müßten eigentlich doppelt zahlen. (Weiterkeit.) Der Aufsichtsrat einer Aktiengesellschaft hat vor kurzem ein Essen veranstaltet, ich habe hier das Menu. (Große Heiterkeit rechts.) Es lautet:

Kaviar im Eisbrot	dazu	St. Petrus moussig
Schmidtschenuppe in Linsen		Somorodni Dr. Szabo Ghula
Austern auf Hohenzollernart		1897er Chälgsberger, Bachstum
		Purcell
Alte Kartoffelküchlein m. grünem Spargel		1900er Forster, Hohe Riedlings-Audle
Zorosen, blau		1904er Wittinger, Draume Kuppe, Ruder 14
Gänseleberhüden		1894er Chateau Milon Duhart
Schnepfen		1898er Ribbsheimer, Rottland-Cabinet
Frische Champignons		Heidsted Monopole
Süßholz		1848er Tolajer Eya
Verschiedenes — Käse — Obst		1834er Cognac, Grande Cham-pagne.

(Die Verlesung des Menüs wird von der Rechten mit andauernder Heiterkeit begleitet.)

Die betreffenden Herren wollten bei der Aufsichtsratsitzung jedenfalls auf ihr gewohntes Mittagessen nicht verzichten. (Erneute große Heiterkeit rechts.) Im Sommer gehen diese Leute in die Bäder, im Winter nach der Riviera, nach Kairo, nach Korsika. (Unruhe rechts; Rufe: Arbeitslosigkeit!) Wenn die herrschenden Klassen für diese Zwecke Gelder ausbringen können, so sollten sie auch tiefer in die Tasche greifen, um die Notlage des arbeitenden Volkes zu lindern. (Bravo! bei den Sozialdem.) Lassen Sie diese Mahnung nicht ungehört vorübergehen, lassen Sie es nicht erst dazu kommen, daß der Notleidende des hungernden Volkes Jüden in die Ohren gest. (Unruhe rechts.) Sorgen Sie rechtzeitig für die Beseitigung des Notstandes, dann haben Sie Ihre Pflicht als Vollvertreter getan. (Verhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Eisenbahnminister Breitenbach bestritt, daß in einem Betriebe der Eisenbahnverwaltung die Löhne herabgesetzt worden seien, höchstens könnten infolge technischer Neuerungen die Arbeitslosen in gewissen Fällen um ein paar Pfennige heruntergesetzt sein, wie sie anderen Fällen auch erhöht wurden. — Der Sperrschuß beim Bau des Großschiffahrtsweges sei nur zeitweise erfolgt mit Rücksicht auf einen Notstand der Industrie und der Landwirtschaft der betreffenden Gegend.

Handelsminister Dr. Delbrück bezeichnet die Behauptung des Abg. Vorgmann, daß das Einkommen der Arbeiter im Saarrevier heruntergegangen sei, nach seinen Informationen als unrichtig.

Abg. Molkwitz (l.): Millionen von landwirtschaftlichen Werten haben in diesem Herbst in der Erde gelassen werden müssen, weil es der Landwirtschaft an Arbeitern gefehlt hat. (Hört! hört! rechts.) Wir halten es auch für die vornehmste Aufgabe des Staates, bestehende Not zu lindern, auch dort, wo die Betroffenen eine gewisse Mitschuld haben. (Bravo! rechts.) — Redner wünscht möglichst schnelle Einräumung der Gefängnisarbeit und dankt der Regierung für ihre Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Die Hauptschuld an den Zuständen trägt die Sozialdemokratie, die durch ihre Verhöhnung in ihren Versammlungen und Reden den Arbeitern die Landarbeit verlehrt. Es ist nicht so nötig, daß die Verhältnisse sich ändern, als daß die Sozialdemokratie sich ändert. (Verhafter Beifall rechts.)

Hierauf vertagt sich das Haus.

Präsident v. Kröner schlägt vor, die nächste Sitzung abzuhalten am Dienstag, den 12. Januar 1909 mit der Tagesordnung: Entgegennahme des Stats, Fortsetzung der heutigen Beratung, Interpellation Noeren über die Schönheitsabende.

Ein Antrag Noeren (Z.), die Interpellation Noeren morgen zu verhandeln, und ein Antrag Vorgmann, die heutige Beratung am Sonnabend fortzusetzen, werden abgelehnt, es bleibt beim Vorschlage des Präsidenten. Schluß 4 1/2 Uhr.

Parlamentarisches.

Die Gewerbeordnungs-Novelle.

Die Kommission zur Beratung der Gewerbeordnungs-Novelle setzte am Donnerstag die Beratung bei § 120i fort. In diesem Paragraphen wird bestimmt,

daß Arbeiter, die gegen Bundesratsvorschriften verstoßen, bestraft werden können.

Unsere Parteigenossen beantragten die Streichung dieser Vorschriften oder aber eine geringe Strafe vorzusehen, und darzutun, daß nur Vorschriften zum Schutz von Leben und Gesundheit gemeint sind. Die Vorlage will die Übertretungen mit einer Strafe bis zu 300 M. belegen.

Der Regierungsvorteiler hält die Aufrechterhaltung der Vorschrift für notwendig, da eine Reihe von Schutzvorschriften nur von den Arbeitern, nicht aber von den Unternehmern beachtet werden können. Die Unternehmer haben, um Differenzen mit den Arbeitern zu vermeiden, die Ankündigung von Strafvorschriften in der Fabrikordnung abgelehnt. Da sich die Arbeiter vielfach indolent gegen Schutzvorschriften verhalten, bleibt somit kein anderer Weg übrig, als gleich in die Bundesratsverordnungen Strafvorschriften aufzunehmen.

Stadthagen, Rolfenbuhr und Schmidt machen geltend, daß auch die wichtigsten Vorschriften zum Schutze der Arbeiter nur wirken, wenn sie von den Unternehmern aufrechterhalten werden. Eine Strafe bis zu 300 M. kann dazu führen, daß einem Arbeiter, der bei Übertretung der Polizeivorschriften verunglückt, nach § 6 des Gewerbeunfallversicherungsgesetzes die Rente verweigert werden kann. Das wäre dieselbe außerordentliche Härte, die heute schon bei Übertretung der Bergpolizeiordnung gegen die Vergarbeiter in Anwendung kommt. Die Arbeiter allgemein unter solche ungünstige Rechtsstellung in der Unfallversicherung zu bringen, das muß verhütet werden. Die Gewöhnung an die Gefahr sei eine so starke, daß eine Strafvorschrift unbillig sei. Soweit es sich um Schutz gegen Unfälle handle, könne ja heute schon nach § 112 U.-V.-G. Verstrafung mit Geldstrafe bis 6 M. eintreten. Soweit Verhütung von Krankheiten in Betracht käme, hätte man den Krankenlastenverbänden ein Verordnungsrecht einzuräumen sollen. Nicht die Strafbestimmung, sondern die Aufklärung durch die Gewerkschaften und die Presse würde erzieherisch wirken.

Unsere Genossen beantragten sodann, daß bei Erlaß von Polizeiverordnungen zum Schutze der Arbeiter die Bestimmung getroffen wird, daß vor Erlaß solcher Verordnungen die Berufsgenossenschaften gutachtlich gehört werden. Es soll damit verhindert werden, daß solche Verordnungen, wie geschehen, als ungültig erklärt würde, weil die Zustimmung der Berufsgenossenschaften nicht eingeholt wurde.

Vom Zentrum wird beantragt, daß die Polizeiverordnungen nur mit Zustimmung des Gewerbeinspektors erlassen werden dürfen. Die Strafe für Übertretungen dieser Verordnungen soll für Arbeiter im Höchstfalle 6 M. betragen.

Gegen die auch vom Zentrum beantragte Aushängung der Schutzvorschriften in Fabrikbetrieben in der Muttersprache der betreffenden Arbeiter wendet sich Abg. Bahn (natl.): Man solle die Industrie nicht noch weiter belasten als es jetzt schon geschieht! Manz (freis. Sp.) tritt für die Beibehaltung der Strafvorschriften gegen Arbeiter ein. Man müsse nicht nur den Unternehmer, sondern auch den Arbeiter zur Innehaltung der Schutzvorschriften anhalten. Pauli (l.) stellt sich auf den Boden der Regierungsvorlage; er will Strafen gegen die Arbeiter eingeführt haben und ist auch gegen eine Herabsetzung der Strafen auf 6 M. In fremdsprachiger Sprache brauchen die Verordnungen nicht erlassen zu werden, denn sehr viele ausländische Arbeiter könnten ganz gut deutsche Verordnungen lesen!

Bei der Abstimmung wird der Antrag unserer Parteigenossen entfallen, die Strafvorschrift nur dann zuzulassen, wenn sie zum Schutze von Leben und Gesundheit der Arbeiter dient. Auch die Herabsetzung der Strafe auf 6 M. als Maximum wird abgelehnt. Der Vorschlag, daß vor Erlaß solcher Polizeiverordnungen nicht nur die Berufsgenossenschaften, die für die Gewerbe in Betracht kommen, sondern auch der Gewerbeinspektor gehört werden soll, und der Antrag, daß die Polizeiverordnungen auf Grund des § 120e im Betriebe auch in der Sprache fremdsprachiger Arbeiter ausgehängt werden müssen, fanden gleichfalls Zustimmung.

Die Kommission vertagte sich bis zum Wiederbeginn der Plenarsitzungen des Reichstages im nächsten Jahre.

Finanzreformkommission des Reichstages. Die Kommission verhandelt gestern über die Feststellung des Bedarfs an neuen Steuern resp. des Defizits. Vom Reichsschatzamt waren der Kommission Unterlagen zugegangen über die Ausgaben und Einnahmen des Reiches, die jedoch keinen speziellen Einblick in die Abgänge gestatteten. Ueber diese Unterlagen entspann sich eine allgemeine Debatte, in der der Regierung von einigen Seiten opponiert wurde. Abgeordneter Erzberger (Zentrum) kritisierte die Auffstellung des Stats für Marine und Reichsheer. Die Anschläge hier, für seien zu hoch und zu unsicher. Er hält die jährliche Einstellung von 42 Millionen Mark für die kommende Winter- und Winterverforgung für eine künstliche Schöpfung des Bedarfs; die Aufstellungen und Anforderungen der einzelnen Ressorts seien ungeheuer groß und zu hoch. Abstriche würden erfolgen müssen. Unterstaatssekretär Tzwele und Direktor des Reichsschatzamts Kühn bestritten dies. Herr Tzwele sagte, die Schätzungen seien vorläufiger Art, die Aufstellungen mit aller Umsicht erfolgt; es sei zu verhüten, daß wieder Fehlbeträge entstehen, wenn man zu einer guten Finanzreform kommen wolle. Direktor Kühn wies auf den Rückgang der Erträge aus den Böden hin, der infolge der wirtschaftlichen Depression eingetreten sei. Ferner sei eine Mindereinnahme bei der Zuck-, der Stempel- und der Erbschaftsteuer zu verzeichnen.

An der allgemeinen Debatte, die sich weiter in diesem Rahmen bewegte, beteiligten sich mehrere Abgeordnete sowie Vertreter des Reichsschatzamtes; aber es stellte sich dabei heraus, daß diese allgemeinen Betrachtungen zu keinem praktischen Resultat führen. Daher wurde in einer Geschäftsordnungsdebatte über die weitere Behandlung der Angelegenheit festgestellt, daß spezielle Unterlagen von der Regierung gefordert werden müssen. Abgeordneter Erzberger wünscht eingehendes Material über die Einzelteile, besonders über Heer, Kolonien und Flotte. Der Schatzsekretär erklärt sich dazu bereit; auch für Post, Telegraphen und Reichseisenbahnen soll dergleichen Material gegeben werden. Außerdem wünscht er, daß Spezialwünsche dem Schatzamt mitgeteilt werden; die Einzelprojekte würden von den Kommissaren mündlich klargelegt werden. ...

Der Abgeordnete v. Camp spricht sich gegen mündliche Information aus, das Material müsse gedruckt zur Einsicht in die Hände der Abgeordneten kommen. Die Kommission entscheidet in diesem Sinne.

Nächste Sitzung: 12. Januar 1909.

Wahlprüfungskommission.

Die Wahl des Abg. Külle von der Wirtsch. Vereinigung wurde für gültig erklärt. Im Wahlprotokoll war als ausschlaggebender Punkt die Behauptung aufgeführt, daß auf Verlegung des Hildesheimer Regierungspräsidenten sämtliche in den Heilstätten befindlichen Pfleglinge von der Aufnahme in die Wählerliste ausgeschlossen wurden! Beschwerden beim Landrat, beim Regierungspräsidenten, beim Minister des Innern waren erfolglos. Der Punkt selbst wurde als erheblich erklärt, weil 500 Wahlberechtigte ausgeschlossen waren, die Stichwahl also unter Umständen — da der Nationalliberal nur mit 223 Stimmen hinter Külle zurückgeblieben war — zwischen dem Sozialdemokraten und dem Nationalliberalen hätte stattfinden müssen. Nun erwiderten aber plötzlich die Juristen in der Kommission, daß bei dem Protokoll wegen Nichtaufnehmens in die Wählerliste der Gemeindevorsteher übergangen worden sei. Das ist ein Verstoß gegen das Wahlreglement. In der Abstimmung wurde daher erst mit 7 gegen 7, dann mit 8 gegen 6 Stimmen der wichtige Protokollpunkt als unsubstantiiert angesehen und die Wahl für gültig erklärt.

Die Wahl des Abg. Spindler (Z.) wurde beanstandet. Es wurden Gemeinderäte beschloffen über amtliche Wahlbeeinflussung und mangelhafte Isolierräume.

Es folgte die Beratung der Wahl des Abg. Rieseberg (Wirtsch. Vgg.), der in der Stichwahl mit 9005 gegen Silberfeld (Soz.), 9004 Stimmen, siegte. Es wird behauptet, daß die Unternehmer skandalöse Wahlbeeinflussungen getrieben haben. Die Prüfung der Wahl ist noch nicht ganz erledigt.

Aus der Weingesehkommission.

Die Kommission erledigte in ihrer Donnerstagssitzung die Paragraphen 17, 18 und 19, welche von der Kontrolle handeln: „Der Trauben zur Weinbereitung gewerksmäßig in den Betriebe bringt, ist verpflichtet, Bücher zu führen, aus denen hervorgeht, welche Mengen er eventuell selber gebaut, welche er hinzugekauft, was er an andere abgegeben, welche Menge an Zucker und anderen Stoffen er bezogen und ob er diese Stoffe zum Zuckern oder zur Herstellung von Hausbrand verwendet hat.“ Ein sozialdemokratischer Antrag, der bezweckt, daß auch die Geistlichen und Lehrer, die in weinbaureichenden Gegenden häufig ein Stück Rebgelände als Ziersteinkommen erhalten, und den geernteten Wein wieder verkaufen, mit unter die Kontrolle zu stellen, wurde abgelehnt, nachdem der Regierungsvorteiler, Geheimrat v. Stein, erklärt hatte, daß er das für selbstverständlich halte. ... Ein sozialistischer Vertreter wünschte, daß der freie Ausschank durch den Weinbauer selber von der Kontrolle freibleiben solle. Ihm wurde allseitig erwidert, daß es auch unter den Weingärtnern Weinschmierer gäbe, welche die ihnen eingeräumte Vergünstigung zum Schaden des Publikums ausnützen würden.

§ 18 besagt, daß, wenn in einem Raume, der zur Herstellung von Wein dient, oder in dem Wein gelagert ist, auch andere Getränke lagern (auch Wein, der als Hausbrand hergestellt), müssen die Gefäße mit einer deutlichen Bezeichnung des Inhalts versehen sein.

Nach § 19 ist die Beobachtung der Vorschriften durch die mit der Handhabung der Rohrreinigungspolizei betrauten Behörden und Sachverständigen zu überwachen. Für das ganze Reich sind die am Weinbau wesentlich beteiligten Gegenden, und für Orte oder Bezirke, in denen Weinbau in erheblichem Maße stattfindet, Sachverständige im Hauptberuf zu ernennen. Damit soll dem Unfug gesteuert werden, daß in Preußen die Kontrolle lag gehandhabt wird und daß die Weinhandlungen in den Großstädten gar nicht kontrolliert werden.

Druckfachen.

Aus dem Reichstag. (Nr. 1052.) Nachweisung der Geschäft- und Rechnungsergebnisse der auf Grund des Invalidenversicherungs-gesetzes errichteten Versicherungsanstalten und der vom Bundesrat zugelassenen Kasseneinrichtungen für das Jahr 1907 (nebst Vorbemerkungen).

Aus der Partei.

Parteiliteratur.

Im Verlage von Paul Singer, Stuttgart, erschien soeben: „Zweites Generalregister des Inhalts der Jahrgänge 1903 bis 1907 der „Neuen Zeit“, bestehend in einem Autorenverzeichnis und einem Sachregister nebst Stichwortanzeigen sowie einem alphabetischen Verzeichnis der Rezensionen, bearbeitet von Emanuel Wurm.

Gemeindevahlen.

In Aue (Erzgebirge) wurde die sozialdemokratische Liste gewählt. Es handelt sich um eine Kompromißliste, auf welcher sich zwei Sozialdemokraten befinden. Ingesamt sitzen nun vier Sozialdemokraten im Stadtratskollegium.

Von weiteren Wahlen im Erzgebirge ist folgendes zu melden: In Eibenstock wurden zwei Sozialdemokraten, in Räßchen St. Killa zwei Sozialdemokraten, in Weichach ein, in Wernsdorf ebenfalls ein und in Oberlungwitz zwei Sozialdemokraten gewählt, davon einer neu.

Vom Fortschritt der Presse. 27 240 Mark haben die Genossen in Götting bis jetzt für die Druckerei gesammelt, die sie zur Herstellung ihres Parteiorgans, der Göttinger „Vollstimme“, errichten wollen.

Von der spanischen Sozialdemokratie.

Dieser Tage konnte die sozialistische Arbeiterschaft Madrids ihr eigenes Heim, das Volkshaus, eröffnen. Das Gebäude, ehemals der Palast einer alten Aristokratenfamilie, wurde von der Arbeitergenossenschaft für 300 000 Pesetas erworben. Die gewerkschaftlichen und politischen Organisationen stellten noch Maßgabe ihrer Kräfte dazu bei. Es gingen rund 450 000 Pesetas ein, doch müssen noch ungefähr 30 000 Pesetas gedeckt werden. Das Volkshaus beherbergt 108 Organisationen mit 28 000 Mitgliedern. Im unteren Stock befindet sich ein gut eingerichteter Restaurant, im oberen Stockwerk sind Büros; ferner sind eine Anzahl Konferenzzimmer und Säle vorhanden, die bis zu 500 Personen fassen. Im Garten ist ein Theater eingerichtet, das 4000 Personen faßt.

Anlässlich der Eröffnung wirkte unser spanisches Bruderorgan „El Socialista“ einen mächtigen Aufschwung der Tätigkeit und die Erfolge der Partei in Spanien. Es sind keine großen, gewaltigen Zahlen, aber wenn man die besonderen politischen und wirtschaftlichen räumlichen Verhältnisse Spaniens bedenkt, so wird man den Erfolg und die Genugtuung der spanischen Genossen vollkommen begreifen und sich mit ihnen freuen über die immerhin recht erheblichen Erfolge ihrer Arbeit. In keinem Lande ist der Sozialismus einen größeren Einfluß auf die ungebildete Masse aus als in Spanien; auf der anderen Seite erweist die destruktive Tätigkeit der Anarchisten die Arbeit. Dazu die ganze wirtschaftliche Minderleistung des Landes, die geringen Löhne und die Arbeitslosigkeit der Bevölkerung. Wenn es den Sozialisten trotzdem im Laufe der Jahre gelang, allein in Madrid zirka 30 000 Arbeiter gewerkschaft-

sch zu organisieren, so zeigt das von ihrem Eifer. Die wirtschaftliche Einsicht der Arbeiterschaft hat durch die Ausflügelarbeit der Sozialisten sich in erfreulicher Weise entwickelt; ihre Stellungnahme gegen den Alkohol, gegen die Stiergefächte, ihr Eintreten für die Trennung von Schule und Kirche, für die Sonntagruhe, die Freizeiteinrichtungen auf Verklärung der Arbeitszeit und Erhöhung der Löhne — das alles sind kulturelle Fortschritte, die das ganze Volk zu heben vermögen. Vor 40 Jahren existierten in Madrid vier Organisationen, 1900 schon 60, und heute über 100. Der „Socialista“ hat also allen Grund, sich der geleisteten Arbeit und des Erfolges zu freuen.

Sozialistisches aus Griechenland.

Athen, 5. Dezember. Hier erschien im vergangenen Monat die erste sozialistische Zeitung der Hauptstadt, die „Zukunft“, die vorläufig als Wochenchrift herausgegeben wird. Das erste Blatt Griechenlands mit sozialistischer Tendenz ist der seit sechs Monaten in Athen erscheinende „Arbeiter“, der unter anderem auch das kommunistische Manifest in griechischer Uebersetzung veröffentlicht hat. Die „Zukunft“ bekennt sich ebenfalls zum Marxismus. Als Vorläufer beider Blätter kann die Athener literarische Wochenchrift „Kuma“ gelten, die im vergangenen Winter als erstes griechisches Blatt sozialistischen Erörterungen ihre Spalten zur Verfügung stellte, ohne jedoch selbst für eine bestimmte Richtung einzutreten.

Die „Zukunft“ hat es sich zur Aufgabe gestellt, die sozialistischen Ideen dem griechischen Proletariat zugänglich zu machen, das noch keine Vertretung im Parlament besitzt. In Griechenland gibt es nur „persönliche“ Parteien ohne irgendwelche festen Grundzüge und Ziele. Mit ihren feindlichen Faktionen führen diese Parteien das Land immer mehr dem Ruin entgegen. Die „Zukunft“ gedenkt sich daher nicht nur auf theoretische Erörterungen zu beschränken, sondern sobald es ihr die Umstände erlauben, auch praktisch für die Idee des Sozialismus zu wirken und durch Gründung einer sozialistischen Partei den jetzigen unhaltbaren Zuständen ein Ende zu machen.

Politisches, Verchtliches usw.

Das Nagende Kreisblatt. Dem „Volkstempel“, unserem Braunschweiger Parteiorgan, hat das „Volkstempel Kreisblatt“ einen eigenartigen Doppelprozeß angehängt: Durch einige Artikel des „Volkstempel“ fühlte sich nicht nur der „nationalliberale“ Kreisblattredakteur, sondern auch — zum Erstaunen des vorsitzenden Oberamtsrichters sogar — der Verleger des Blattes beleidigt, und beide verklagten unsere Genossen Wesemeier und Richard Wagner, die mit Gegenklagen antworteten. Dem „Kreisblatt“ wurden hahnensichere bewusste Unwahrheiten, die es der Sozialdemokratie nachgelagt hatte, sowie die Tatsache bewiesen, daß seine Redaktion ohne materielle Unterlagen, auf bloße „persönliche Ueberzeugung“ hin die tollsten Dinge gegen die Sozialdemokratie in die Welt setze. Gegen dies und anderes dergleichen konnten die Herren vom Kreisblatt nur formale Beleidigungen ins Feld führen. Schließlich kam ein Vergleich mit dem Genossen Wesemeier zustande, Genosse Wagner dagegen soll das Vergnügen, das Kreisblatt formal beleidigt zu haben, mit 50 M. büßen. Seine Widerklage wurde abgewiesen.

Jugendbewegung.

Ein Lesezimmer für jugendliche Proletarier ist in Görlitz eröffnet worden. Es befindet sich im hinteren Zimmer eines Restaurants und ist abends geöffnet. Die Benutzung ist selbstverständlich unentgeltlich.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 11. Heft des 27. Jahrganges erschienen. Es hat folgenden Inhalt: Ein neues Klimä? — Zur Neugestaltung unserer Parteiorganisation. Von W. H. Dittmann (Frankfurt a. M.). — Zur Reform der Strafprozessordnung. Von Hugo Geismann. (Hofheim.) — Wo stehen wir? Ein Wort zur Verständigung von Max Baumbach. — Die städtische

Verhabe der Prophezeiung. Von R. Kautsky. — Kautsky's Logik. Eine abermalige Zurückweisung von Ed. Bernstein. — Schabenerjapanische und Bonfoll und Sperrn. Von Rudolf Wissel (Hildf.). — Literarische Rundschau: G. Plenge, Die Fingerringe der Großmutter. Von M. N. — Zeitschriftenchau.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postämtern und Kolportage zum Preise von 2,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Verlag von Paul Singer), ist uns soeben Nr. 5 des 19. Jahrganges zugegangen. Sie hat folgenden Inhalt: Auf zur Arbeit, auf zum Kampf! Von Gustav Fieg. — Die Reichstagswahl. I. Von H. K. — Epilog zu dem deutschen Courcour. Von G. G. — Der Arbeiterinnenkampf in der Kommission des Reichstages. II. Von G. H. — Dienstbotenwahl und Dienstbotenfrage. Von ad. br. — Zur Lage der weiblichen und jugendlichen Arbeitskräfte in Baden. II. Von Th. H. — Hygienelassen und Hygieneprozesse. Eine kulturhistorische Studie von Anna Wos. (Hofheim.) — Ein aufgeweckter Waffengang. — Aus der Bewegung: Von der Agitation. — Von den Organisationen. — Von der sozialistischen Jugendbewegung in Nürnberg. — Politische Rundschau. Von H. B. — Generalkonferenz der Arbeiterinnen. — Der Zusammenschluß des Götter- und Parteiverbands. — Arbeiter, Arbeiterinnen, schließt das Koalitionsrecht. — Notizen: Dienstbotenfrage. — Frauenstimmrecht. — Arbeiterinnen.

Für unsere Mütter und Hausfrauen: Jugend und Freude. Von Gustav Fieg. — Die Kunst als Organ des menschlichen Stoffwechsels. Von Dr. Popitz. — Schilfermählungen. Von G. G. — Heiligkeit: Empor. Von Ernst Bergeng. — Der Volkstempel. Von Ludwig Angenbruder. (Schluß.)

Für unsere Kinder: Der Hühner. Von Friedrich v. Saffel. (Schluß.) — Was die Uebersetzer erzählen. Von H. D. — Es war einmal ein König. Aus Goethes „Faust“. (Schluß.) — Durch den Reichthum. Von Brand. — Die Stapsuabel. Märchen von Andersen. — Das frische Mädchen. Von Gustav Fieg. (Schluß.)

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen beträgt der Abonnementpreis vierteljährlich ohne Postgeld 65 Pf., unter Kreuzband 65 Pf. Jahresabonnenten 2,50 M.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, 11. Dezember. Anfang 7 1/2 Uhr.
Königliches Opernhaus. Sardanapal. (Anfang 8 Uhr.)
Königliches Schauspielhaus. Auf Sturzwand.
Deutsches. Revolution in Kröwinfel.
Kammerspiele. Der Arzt am Scheidewege. Anfang 8 Uhr.
Hebbel. Thummelumsen. Anfang 8 Uhr.
Sefling. Der Raub der Sabinerinnen.
Berliner. Herodes und Mariamme. Neues Schauspielhaus. Geschlossen.
Komische Oper. Jaga.
Neues. Israel.
Kleines. Moral.
Residenz. Kammere dich um Amelle.
Schiller. O. (Wagner. Loewe.) Der Graf von Charolais.
Schiller. Charlotteburg. Vater und Sohn.
Friedrich. Wilhelmstadt. Schauspiels. Robame Bonivard.
Westen. Der sible Bauer.
Thalia. Kammere dich.
Luisen. Geschlossen.
Herhard. Die Entgleisten.
Wilhelm. Die Schöpfung.
Van. Die blaue Raub.
Trionon. Die Erde wacht.
Neues Operetten. Die Dollarprinzessin.
Berliner Operetten-Theater SW. Havana. Anfang 8 1/2 Uhr.
Schauspiel. Jaga.
Süderl. Schauspielhaus. Die Jüdin von Toledo. Anfang 8 1/2 Uhr.
Gebrüder Perrnsfeld. Die beiden Hinkelbände. Vorher: Suter. Künstler-Zell.
Ny. Mizi Gizi. Siegwart Gentes.
Metropol. Donnerwetter — tadellos.
Wintergarten. Spezialitäten.
Wahage. Spezialitäten.
Kasino. Die Diamantier. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Walhalla. Spezialitäten.
Gottes Caprice. Die Brautjungfer.
Die Ältige Witwe.
Guhay Wehrens. Der Obersteiger. Spezialitäten.
Carl Haberland. Spezialitäten.
Parodie. Die Jägerstube. 2x2=7. Berlin steht Kopf. Anfang 8 1/2 Uhr.
Urania. Taubenstraße 48/49. Abends 8 Uhr: Jerusalem. Sternwart, Invaliden. 67/68.

Urania.

Wissenschaftliches Theater. Taubenstraße 48/49. Abends 8 Uhr: Jerusalem.

Kleines Theater.

Anfang 8 Uhr. Moral.

Gastspiel-Theater.

Köpenicker Straße 68. 8 1/2 Uhr: Gastspiel Hedwig Lange. Zaza.

Hebbel-Theater.

Röhlgräber Str. 57/58. Anf. 7 1/2 Uhr. Zum 1. Male: Thummelumsen.

Residenz-Theater.

Direktion: Richard Alexander. Täglich abends 8 Uhr: „Kammere dich um Amelle“.

Neues Operetten-Theater.

Schiffbauerdamm 25, a. d. Lustenau. Abends 8 Uhr: Die Dollarprinzessin.

Luisen-Theater.

Abends 8 Uhr: Wegen Vorbereitung geschlossen.

Walhalla-Variete-Theater.

Weinbergsgasse 19/20. Rosenth. Tor. Anfang 8 Uhr: Das neue großartige Dezember-Spezialitäten-Programm.

DERNHARD ROSE THEATER.

Dr. Kraussstr. 132. Abends 8 Uhr: Die Entgleisten.

Rixdorfer Theater.

Bergstraße 147. Sonntag, den 13. Dezember 1908: 6. und letztes Gastspiel des Rixdorfer Operetten-Ensembles: Gemahlte Preise.

Passage-Theater.

Jeden Abend 8 Uhr: Bozena Bradsky.

Jeden Abend 8 Uhr.

Bozena Bradsky und das großartige Dezember-Programm.

Schiller-Theater.

O. (Wagner-Theater.) Freitag, abends 8 Uhr: Der Graf von Charolais.

Schiller-Theater Charlottenburg. Freitag, abends 8 Uhr: Vater und Sohn.

Sonnabend, abends 8 Uhr: Die Braut von Messina.

Sonntag, nachm. 3 Uhr: Götz von Berlichingen.

Sonntag, abends 8 Uhr: Die Zwillingsschwester.

Zirkus Schumann.

Heute Freitag, den 11. Dezember, abends präzis 7 1/2 Uhr: Vorwiegend humoristisches Programm.

Sämtliche Clowns und Auguste mit ihren neuesten urkomischen Entrees. Die großartigen Dezember-Spezialitäten und um 9 1/2 Uhr die aus den alten indischen Sagen bekannte Pracht bei weitem übertreffende Pantomime.

Golo, der Seeräuber und Mädchenhändler.

U. a.: Der glänzende Jagdzug des Maharadscha. Sonntag: 2 Galtvorstellungen. In beiden Vorst.: Riesenprogramm. Nachm. 1 Kind frei.

XIV. Saison! Zirkus Busch.

Freitag, den 11. Dezember, abends präzis 7 1/2 Uhr: Um ca. 9 Uhr: Zizi Bamboula!

Das vielumrittene Naturwunder aus Paris. John Higgins.

Champion im Hoch- u. Weitsprung. Reut. Inas-Truppe. Reut. Paula Martha Rodulfe, Schulleiterin. Ogeridown W. Daniels, der Urkomische. Herr Ernst Schumann, Reiterlehrer. Fournage und Kametti, Reitanführer.

Um 9 1/2 ca.: Barbarossa!!

Walhalla-Variete-Theater.

Weinbergsgasse 19/20. Rosenth. Tor. Anfang 8 Uhr: Das neue großartige Dezember-Spezialitäten-Programm.

Bürgerliches Schauspielhaus.

Kastanien-Allee 7-9. Zum erstenmal: Die Jüdin von Toledo.

Trauerspiel in 5 Akten v. Grillparzer. Anfang 8 1/2 Uhr. Sonntag 3 Uhr: Der Glöckner von Notre-Dame. Abends: Ausgewiesen.

Sozialdemokratischer Verein im 5. Berliner Wahlkreise.

Sonntag, den 13. Dezember, 5 1/2 Uhr nachm., in den Unions-Sälen, Greifswalder Straße 222:

Lichtbilder-Vortrag.

des Herrn Professor Archenhold: Werden und Vergehen im Weltenraum.

Hieran schließend: Geselliges Beisammensein und Tanz. Doppelbillets für 2 Personen zum Preise von 80 Pf. (40 Pf. für jede Person) in den Partis-Speditionen von Zucht, Immanuelkirchstr. 12 und Hahnisch, Auguststr. 50 sowie bei allen Bezirke- und Abteilungsführern des Kreises.

Wir erwarten die Beteiligung aller Mitglieder. Gäste erwünscht. Garderobe frei.

Der Vorstand.

Weihnachts-Ausverkauf.

Teppiche.

Saal-Teppiche	50, 68, 50 M.	Echte Perser Teppiche	18 50
Plüsch		Diwangröße 33, 22	
Salon-Teppiche	39 M.	Sofa-Teppiche, Velours	7 50
Smyrna-Velvet	65, 45	u. Tapestry, 20, 15, 75	
Spelzimmer-Teppiche	25 M.	Erker-Teppiche, schöne	4 50
Alexminster	50, 35	Farben 19, 75, 11, 50	
Herrenzimmer-Teppiche	15 M.	Bett-Teppiche 5, 8, 15	2 55
sehr haltbar	30, 20		

Portieren.

Velvet-Garnitur, reich mit Applikation	15, 15, 75, 12, 75	10 50	Franzosen-Tuch, reich m. Wien Posam., komp. Dekor	40, 33, 30	21 M.
Tizian-Plüsch-Portieren gestickt, 2 Schals u. 1 Lambrequin	17, 25, 13, 50	9 M.	Walk-Tuch, schöne Dess. m. Stickerel, 2 Schals und 1 Lambrequin	9, 50, 8, 6, 50	5 85

Ausserdem grosse Posten zurückgesetzter Steppdecken, Gardinen, Diwandecken sowie vorjährige Muster in Stores, Tischdecken, Läuferstoffen; einzelne prima Felle, wollene Schlaf- und Reisedecken jetzt vor Weihnachten zu wirklich fabelhaft billigen Preisen.

Teppich-Haus.

B. Hurwitz.

Rotes Schloß, An der Stechbahn 1-2, vis-a-vis dem Parterre und 1. Etage. ca. 430 qm grosser Teppichsaal.

Stadt-Theater Moabit.

Alt-Moabit 48. Größter und vornehmster Theater-saal Moabit.

Der lustige Witwer.

Schwanz in 3 Akten von Bücher und Jarno. Anf. d. Vorst. 7. Aufführung 6 Uhr. Sonntag 6 1/2 Uhr.

Metropol-Theater.

Täglich 8 Uhr Donnerwetter-tadellos!

Revue in 10 Bildern v. Jul. Freund. Musik von Paul Lincke. Regie Direktor Schultz.

Durchlaucht Radieschen.

Sonntag, 13. Dezember, nachm. 3 Uhr: Durchlaucht Radieschen.

W. Noacks Theater.

Direktion: Rob. Dill. Ornamentstr. 16. Ein Tag vor Weihnachten.

Charaktergemälde a. d. Bürgerleben. Anfang 8 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.

Königsstadt-Kasino.

Doismarktstr. 72. Gänzlich neues Programm!!!! Franz Sobanski.

Les Mandros, Gebr. Weiß, E. Charlton, Grete Roimann, Mstr. Rex, Mstr. Girou. Leute von heute.

Best. Lebensbild mit Bezug in 1 Akt. Mittw., Sonnab., Sonnt. n. d. B.: Lang. 16. Dezemb. beg. d. Weihnachtsfeier.

Passage-Panoptikum.

Chine Extra-Entree! Lebend! Das Lebend! Bärenweib. Neapolitanische Briganten Panoptikon-Vorträge: Alexander Girardi, Otto Reuter, Caruso etc. Alles ohne Extra-Entree! Eintritt 50 Pf. Kinder, Soldaten 25 Pf.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste. In Adlershof steht uns das Lokal „Kaiser-Wilhelm-Garten“, Kaiser-Wilhelm-Str. 29, Inq. Voether, zu den bekannten Bedingungen zur Verfügung.

Die Lokalkommission.

Schöneberg. Am Montag, den 14. d. M., abends 8 Uhr, findet in der „Schloßbrauerei“, Hauptstr. 112, eine Vollversammlung statt. Der Landtagsabgeordnete Genosse Adolf Hoffmann spricht über das Thema: „Deraus aus der Landesliste“. Ferner weisen wir auf die Flugblattverteilung hin, die am Sonntag von den bekannten Stellen prompt erledigt werden muß.

Der Vorstand.

Wilmerdorf-Galensee. Heute, Freitag, abends 8 Uhr, findet von allen Bezirkslokale eine Flugblattverteilung statt.

Mit-Bliesenitz. Sonnabend, den 12. Dezember, abends 8 Uhr, findet im Lokale Tropfen, Rudower Straße 53, eine Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: 1. Vortrag über das Erfurter Programm. Referent: Genosse Karl Nöhle. 2. Aufnahme neuer Mitglieder. 3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.

Der Vorstand.

Neuenhagen und Umgegend. Für Neuenhagen findet im Lokal von Winiče am Sonnabend, den 12. d. M., abends 8 Uhr, ein Wahlabend statt, welcher sich mit der bevorstehenden Erziehung eines Gemeindevorstandes befaßt wird. Am Sonntag, den 13. d. M., früh 8 Uhr: Flugblattverteilung im ganzen Bezirk. Ausgabe des Materials bei den Bezirksführern, für Frederksdorf-Petershagen im Lokal von Max Birke.

Nieder-Schönhausen. Sonntag, den 13. Dezember, früh 8 Uhr, findet von den Bezirkslokale eine Flugblattverteilung statt. — Des Weiteren wird darauf hingewiesen, daß die im Jugend-Schriftenverzeichnis aufgeführten Bücher sämtlich durch den Vorsitzenden, Genossen E. Hellrich, Waldowstr. 28b, bestellt werden können und für schnellste Lieferung Sorge getragen ist. Die Parteigenossen werden ersucht, regen Gebrauch von dieser Neueinrichtung zu machen.

Der Wahlvereinsvorstand.

Wannsee. Sonnabend, den 12. d. M., findet die Mitgliederversammlung des Wahlvereins bei Philipp, Königsstr. 40, abends 8 Uhr, statt. Gäste willkommen.

Der Vorstand.

Schilow-Plattensche (Bezirk Nieder-Schönhausen). Am Sonntag, den 13. Dezember 1908, nachmittags 3 Uhr, findet in Rönchsmühle im Lokale des Herrn Knappe „Zur historischen Rönchsmühle“ die Wahlvereinsversammlung statt. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Otto Wesper-Schönhausen: „Die politische Lage in Deutschland“. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Treffpunkt der Schönhauler Genossen Punkt 2½ Uhr bei Watvogel, Nordend. Der Vorstand.

Bezirk Waldmannslust. Sonntag, den 13. Dezember, vorm. 10 Uhr: Flugblattverteilung. Treffpunkt in Vorflurwalde bei A. Reuter, in Wittenau bei A. Schanze, in Waldmannslust im Schweizerhause, in Hermsdorf im Forsthaus und in Glienicke bei G. Schulz, Hauptstraße.

Sonntag nachm. 1/4 Uhr im Schweizerhause in Waldmannslust: Außerordentliche Generalversammlung. Auf der Tagesordnung steht u. a.: „Reineinteilung des Bezirks“. Mitgliedsbuch legitimiert.

Der Vorstand.

Königs-Wusterhausen und Umgegend. Die Genossen werden auf die am Sonntag, den 13. Dezember, nachmittags 3½ Uhr, im Lokal des Herrn Ballmüller (Lindenhof) in Nieder-Lehme stattfindende Wahlvereinsversammlung aufmerksam gemacht. Die Tagesordnung und der Referent werden in der Versammlung bekanntgegeben.

Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Der Weihnachtsmann der Armut.

Ein wunderlicher Heiliger ist er geworden, oder richtiger — die modernen Menschen mit ihren hochgeschraubten Ansprüchen haben ihn dazu gemacht. Längst sind die Zeiten vorüber, als der Weihnachtsmarkt, die Freude des unteren Volksstandes und die Hoffnung so manchen kleinen Geschäftsmannes, durch das Wachtwort eines Erdengroßen aus dem Berliner Leben hinweggefegt wurde. Man hat den gehierischen Federstrich nicht vergessen. Noch lange trägt es das Volk im Herzen nach, daß ihm selbst zu Weihnachten, zum sogenannten „Feste der Liebe“, eine der unschuldigsten Freuden geraubt wurde. Im selben Augenblick nahm auch der Weihnachtsmann ein anderes Gesicht an. Er packte seine Dreierhäfchen und haarigen Männer, seine Anarren und Waldteufel ganz zu unterst in den tiefen Sack und machte eine Faust nach den Stätten des Luxus, wo die echte Weihnachtsfreude ein Schemen ist und nur noch beurteilt wird nach dem Kostenpunkt. Aber übers Jahr war der prächtige alte Kerl doch wieder auf dem Posten. Ingrimmig schlich er ein paar Mal um die jahrzehntelange Stätte seiner Wirksamkeit herum, warf den gefüllten Weihnachtsack so heftig über die gebeugte Schulter, daß die Puppen auf der Schloßbrücke den sonst so lieben alten Herrn ganz erstaunt missterten, und redete sich ungestüm die Leber frei.

„Machen Sie, daß Sie weiterkommen“, fuhr ihn da ein behelunter Mann des Schicks an, hier wird nicht mehr gehandelt. Hier hat zu Weihnachten das Volk nichts mehr zu suchen.“ Der Weihnachtsmann lächelte, so schrill und gellend, daß es vom Schloßplatz bis zum Lustgarten scholl. Verängstigt folgte ihm eine ganze Schar von Jungen und Mädels. Zugende waren es schon und bald wurden es Hunderte, viele Hunderte im sadenscheinigen, dünnen Kleide und im bloßen Kopf, Kinder des Volkes und der Armut, die sehnsüchtig nach dem Weihnachtsmann die Hand ausstreckten. Nicht mal besitzen wollten sie, was in dem großen Sack war, — nur handeln damit, um von dem Erlös Brot zu kaufen, Brot, das so süß schmeckt und für den Armen doch so teuer ist.

„Dreierhäfchen? Waldteufel?“ knurrte der Weihnachtsmann. „Nein, meine Kinderchen, damit ist's aus, seit man euch den Weihnachtsmarkt und nun auch das bishigen Straßenhandel genommen hat. Und Anarren? Die kauft euch auch bloß einer ab, der mal ausnahmsweise noch ein Herz im Leibe hat. Aber sehr mal hier die bunten, glitzernden Dinger aus Glas und aus Blech! Und all die schönen Säckelchen, die laufen können und springen. Das zieht noch, das bringt noch was an, wenn's auch bloß ein paar Nidel sind. Wo die gemacht sind? Raseweis du! Im Gefängnis sind sie gemacht. Nihil... in Gefängnis. Ist ne billige, keine Firma, sage ich euch. Und das da... habaha... da klebt der Schweiß eurer Eltern dran. Bist noch gar nicht, wie glücklich ihr seid, ihr kleinen Pack. Eure Eltern haben daran verdient und nun verdient ihr noch einmal an demselben Blunder. Was sagt du,

Maulaff? Hungerlöhne...? Aber hast recht, mein Jüngchen, schnall' dir den Hofenbund enger! Nächstens gib's Kieselsteine... statt Brot. Seht zu, ihr Rangen, daß ihr nicht verhungert seid, bis ich wiederkomme. Ein Jahr ist lang... und ein Biergroßchenbrot ist heute verdammt kurz!“

Wieder lachte er, schrill und gellend, der Weihnachtsmann, indes die Kinder der Armut nach allen Seiten mit ihrem Weihnachtsstram auseinanderstoben. Langsam schlenderte er mit seinem Bündel durch die hellerleuchteten Großstadtstraßen, besah sich in den Schaufenstern den ungeheuren Luxus, der in seinem Herzen keinen Widerklang fand. Oder doch... er klang wieder, aber im nüchternen Verstande. Da lagen ungezählte Hunderttausende aufgespeichert in glänzender, gleichender toter Ware. Da werden in diesen Weihnachtsstagen wieder Hunderttausende verschwendet und vergeudet, um die Launen des Reichtums zu beschwigen. Und das Volk schreit nach Arbeit, nach Brot... Dort vor den prachtfrohenden Auslagen stehen die beiden Kinder des Arbeiters und starren mit brennendem Antlitz auf all den Glanz, der ihnen so nahe und doch so unerreichbar ist. Klein-Gretel möchte bloß mal eine einzige halbe Stunde lang die große Puppe haben, die soviel Geld kostet, wie ihr lieber Vater in einer ganzen Woche nicht verdient. Und dem Hans, ihrem neuen Bruder, wünscht sie für einen ganzen Abend die große Holzburg mit den vielen Soldaten. Aber der gibt sich einen Ruck und schüttelt energisch den Kopf. „Ne, Jrete, laß man, det macht mir jetzt doch keine Freude mehr, wenn ich daran denke, wie Vater und Mutter sich schinden und schuften müssen und wie wir et doch zu nicht bringen. Beechte noch, wie wir vorige Woche mal einen ganzen Tag nicht zu essen hatten? Na siehste, und Vater hatte doch Arbeit. Aber jelanzt hat's zum Sonnabend doch nicht. Was nutzen mir die Burg und die Soldaten, wenn wir hungern und nicht zu essen haben! Und wat nützt mir der Marzipan und der Pfefferkuchen hinter de Glascheibe? Det is bloß wat for die da...“ Und drohend ballt sich die kleine Faust. „Ne, Jretel, laß man, mir is 'ne große Schmalzstulle in de Hand ville lieber.“

Sihhi... lacht es hinter den beiden, daß sie erschreckt zusammenfahren. Sacht legen sich die runzligen Hände des Weihnachtsmannes auf die schmalen Schultern der Kinder, sanft zieht er sie mit sich fort aus dem Gewühl, weit fort aus dem verführerischen Glanz. Und dann zeigt er ihnen seinen Rucksack, läßt sie tief, tief hineingreifen, bis die kleinen Hände nichts mehr aufnehmen können. Spielfachen hatte er nicht drin, der Weihnachtsmann der Armut, nur Brot, köstliches Brot... Wenn die beiden Kinder am Weihnachtsmorgen erwachen, sehen sie vor sich vielleicht doch ihren duftigen Weihnachtsbaum. Auch ein paar Spielfachen liegen wohl darunter, die der Weihnachtsmann in letzter Stunde gebracht hat. Aber für alle die Hunderttausende der Armut hat er diesmal nichts übrig. Da drüben, wo sie fast mühelos auf den Höhen des Lebens wandeln, wissen sie nicht, was sie mit ihrem Ueberfluß und in ihrem Uebermut anfangen sollen. Und hier im Reiche der Armut müssen selbst noch am „Feste der Liebe“ Tausende von Kindern und Erwachsenen das Notwendigste entbehren...

Vaterland und Religion bedroht!

So jammert die „Post“ feinerweisend in einem Aufruf, der auf die stichtliche Gefahr hinweist, die dem deutschen Vaterlande droht, nämlich durch die — freie Jugendorganisation. Der frisch-fröhliche Aufschwung, den die freie Jugendbewegung in den letzten Jahren genommen hat, hat allen Stützen des Vaterlandes vom Schilke der „Postmänner“ einen heillosen Schreck in die „teutischen“ Knochen gejagt. Ein „Sammelhaus“ für die Jugend soll nun errichtet werden und ein „prächtig geordnetes“ Grundstück ist schon gefunden unter „günstigen Bedingungen“, es fehlen nur noch „einige Tausend Mark“. Einige lumpige Tausend könnten die „Entscheidung herbeiführen“.

Vaterland, du bist verloren, wenn die sehenden tausend Mark nicht zusammenkommen! Wie kärglich wirkt doch dieser Jammerschrei bei einem Blatte wie die „Post“, das für seine goldstropfenden Hintermänner sich schon längst des letzten Restes von Ansehen, Wahrheit und Ehre entblößt hat. Vielleicht wendet sich die „Post“ einmal vertrauensvoll an den Vorstand der freien Jugendorganisation, dort harren noch 70 Mark aus dem Korruptionsfonds der politischen Polizei, die der gefinnungsüberwandte William Springer zu beliebiger Verwendung hinterlassen hat, der Abholung.

Für 15 000 Mark Fahrkarten unterschlagen hat der 23 Jahre alte Buchhalter Paul Jähle, der im Bureau der Hamburg-Amerika-Linie, Unter den Linden, der Kartenverkaufsstelle vorstand. Eine plötzlich vorgenommene Revision ergab, daß der Buchhalter für 15 000 Mark Fahrkarten an sich gebracht und die Unterschlagung durch falsche Deutungen verdeckt hatte. Die Kriminalpolizei stellte sofort Nachforschungen an. Jähle wurde verhaftet, befreit aber den großen Umfang der Unterschlagungen. Die Hauptarten sind noch nicht gefunden. Jähle hatte ohne Zweifel die Absicht, sie mit Hilfe eines Bekannten in Amerika abzusetzen. Er hatte sich schon am 8. v. Mts. nach Hamburg abgemeldet und mit Folschläger, Browningpistole und 400 Patronen für eine große Amerikareise ausgerüstet. Die Unterschlagungen wurden ihm leicht, weil er die Kassalen des Bureau mit Fahrkarten zu versehen hatte. Diesen karrte er an, was hier fehlte. Die Revision kam ihm augenblicklich nur etwas zu früh. Um sich unkenntlich zu machen, hatte sich Jähle bereits einen Spitzbart wachsen lassen.

Zum Generalkaassanwalts ist der Oberkaassanwalts Dr. Jsenbiel ernannt worden. Herr Jsenbiel wird damit Nachfolger des verstorbenen Dr. Wastler.

Die Ueberfüllung von Hochbahnzügen. Der Polizeipräsident gibt bekannt: Trotsdem in neuerer Zeit auf der elektrischen Hoch- und Untergrundbahn die Zahl der Wagen und Plätze entsprechend vermehrt worden ist, kommt doch noch häufig eine Ueberfüllung der Wagen vor. Es ist dies im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß bei gelegentlicher Verspätung eines Zuges, die gerade in den verkehrsreichsten Stunden nicht immer zu vermeiden ist, sich eine verhältnismäßig große Anzahl von Fahrgästen auf den Haltestellen ansammelt, die den ersten einlaufenden Zug überfallen, während der nächste dann meistens in kürzester Frist folgende Zug häufig fast leer bleibt. Diese Erfahrungen geben mir Veranlassung, an das Publikum die Mahnung zu richten, von der Benutzung bereits gefüllter Wagen im Interesse der öffentlichen Ordnung und der eigenen Bequemlichkeit Abstand zu nehmen und das Herannahen des nächsten Zuges in Ruhe abzuwarten. Die Angestellten der Hochbahngesellschaft haben strenge Weisung erhalten, die Ueberfüllung der Wagen durch entsprechende Zurückweisung des Publikums zu verhindern. Dabei mache ich darauf aufmerksam, daß die Angestellten der Hochbahngesellschaft die Eigenschaft von Polizeibeamten haben und daß nach den bestehenden Bestimmungen den Anordnungen dieser Beamten unbedingt Folge zu leisten ist.

Die Warnungstafeln im Grunewald, die vielfach wegen ihrer Unsichtbarkeit der Amtsstelle des Amtsbezirks Grunewald-Forst schon eine beträchtliche Summe von Strafgebern, die das Erholung suchende Publikum hat zahlen müssen, eingebracht haben, sind seit längerer Zeit Gegenstand lebhafter Erörterung gewesen. Von einem Juristen wird dem „Berl. Tagebl.“ zu dieser Angelegenheit geschrieben: Nach der Polizeiverordnung des Amtsvorstehers von Grunewald vom 31. Juli 1906 ist das Betreten des Erzierplatzes im Grunewald, ferner das Reiten, Karren, Viehtreiben, die Beschädigung der Flagoberfläche durch Graben von Löchern, die Verunreinigung, das Abladen von Gegenständen usw. verboten.

Eine solche Polizeiverordnung ist nach den Entscheidungen der obersten Gerichtshöfe unzulässig, da die Polizei zum Erlaß von Verordnungen gemäß § 6 des Gesetzes vom 11. März 1850 nur insoweit befugt ist, als die betreffende Materie nicht durch Reichs- oder Landesgesetzgebung bereits erschöpfend geregelt ist. Bezüglich der in der obigen Polizeiverordnung erwähnten Punkte hat aber sowohl die Reichsgesetzgebung (vergleiche Strafgesetzbuch § 308 Ziffer 9) wie die Landesgesetzgebung (vergleiche §§ 9, 10, 28, 29 Ziffer 3 des preussischen Feld- und Forstpolizeigesetzes) bereits eingehende Bestimmungen getroffen, so daß für eine Regelung der Materie durch Polizeiverordnungen kein Raum bleibt. Derartige Verordnungen sind demnach unzulässig und rechtswidrig. Rezhliche, des Tempelhofer Feld betreffende Polizeiverordnungen sind demgemäß auch bereits durch Entscheidungen Berliner Gerichte für ungültig erklärt worden. — Allen Personen, die seitens des Amtsvorstehers von Grunewald Strafverfügungen auf Grund der Polizeiverordnung vom 31. Juli 1906 erhalten haben, kann demnach nur geraten werden, im Wege gerichtlicher Entscheidung die Gültigkeit dieser Verordnung anzufechten.

Um die Schulaufsicht.

In der gestrigen Sitzung der städtischen Schuldeputation brachte Stadtschulrat Dr. Fischer zur Kenntnis der Mitglieder, daß seinerzeit bei den Verhandlungen über die Gestaltung der staatlichen Schulaufsicht in Berlin zwischen den Kommissaren des Unterrichtsministeriums und des Magistrats von Berlin, von letzterem der Wunsch ausgesprochen sei, daß die staatliche Schulaufsicht der Schuldeputation in Berlin, und wenn dies nicht angehe, dem dortigen Stadtschulrat für das Volksschulwesen übertragen werde. Beides wäre bei den Verhandlungen von den Vertretern des Kultusministeriums als nicht zulässig bezeichnet. Jetzt stelle sich heraus, daß in Elbing, Frankfurt a. M. die staatliche Schulaufsicht durch die Schuldeputation und in Breslau durch den Stadtschulrat ausgeübt werde. Deshalb eine Einrichtung in Berlin nicht möglich sein solle, die in anderen Städten möglich und ausführbar sei, sei ganz unverständlich. Ein Zeichen von Wohlwollen der Regierung Berlin gegenüber könne in den Tatsachen nicht erblickt werden. — Und da gibt es noch Leute, die von Selbstverwaltung reden.

Mit den Berliner Gewerbegerichtswahlen beschäftigte sich dieser Tage eine Versammlung des Allgemeinen Deutschen Metallarbeiterverbandes, in der Wiesenhal referierte. Er suchte darzulegen, daß es noch ein Erfolg sei, wenn die Wiesenhaler einen Weisiger erhalten hätten, weil zahlreiche Mitglieder in Innungsbetrieben beschäftigt seien, die nicht dem Gewerbegericht unterstünden und somit auch nicht wahlberechtigt seien. Wiesenhal vertieg sich neben dem obligaten Schimpfen auf Mitglieder der Deutschen Metallarbeiterverbandes und dem Terrorismus auch zu einer Denunziation, indem er behauptete, es hätten Tausende von freien Gewerkschaftlern gewählt, die gar nicht wahlberechtigt seien. An diese unerschämte Denunziation knüpfte er die Forderung, doch in Zukunft auch zu den Wahlen der Arbeitnehmer zum Gewerbegericht Wählerlisten aufgestellt werden müßten, eine Forderung, die in der Diskussion auch von Hirsch-Dunkerchen unterstützt wurde. In einer Resolution wird das sogar vom Magistrat gefordert und eine Kommission zur Vertretung der Forderung beim Magistrat von Berlin beauftragt. Das war ganz unnötig, denn die Aufstellung von Wählerlisten für die Arbeitnehmerwahlen zum Gewerbegericht hat schon der Führer der Hirsch-Dunkerchen, der Stadtverordnete Carl Goldschmidt, in der Stadtverordnetenversammlung bereits vertreten, vorläufig allerdings mit negativem Erfolg. Unsere Parteigenossen müssen eine solche Forderung bekämpfen, weil sie eine Einschränkung des Wahlrechts der Arbeiter bedeutet. Werden Wählerlisten aufgestellt, so sind nur wählbar diejenigen, die zu der Zeit der Aufstellung hier arbeiten oder hier wohnen. Diese Listen müssen natürlich eine ganze Zeit vor dem Wahltermin aufgestellt werden und können naturgemäß nicht die Arbeiter berücksichtigen, die nach der Aufstellung hier in Arbeit treten oder Wohnung nehmen. Bei der Fluktuation unter den Arbeitern ist aber diese Zahl durchaus keine geringe. Und alle diese Leute werden von der Wahl ausgeschlossen, wenn die Goldschmidt-Wiesenhalische Forderung auf Aufstellung von Wählerlisten für die Arbeitnehmerwahlen erfüllt würde. Die Leute spotten ihrer selbst und wissen nicht wie.

Eine kleine Pashawirtschaft eigener Art führte der Stuttger Hugo Jaed, der in der Chlauer Straße in Schlafstelle wohnte. Jaed unterhielt ein Verhältnis mit einer Martha Kleinke aus der Wälderstraße. Weil er von deren Liebe allein nicht leben konnte, sie aber doch auch nur für sich besitzen wollte, so zwang er sie, für ihn zu stehen. So bildete sich das Mädchen zur Spiegelstirn im Schaulustendiebstahl aus. Es gelang ihr aber trotzdem nicht, so viel heranzuschaffen, als ihr Liebhaber brauchte. Deshalb nahm sich Jaed nach und nach drei „Bräute“ dazu, u. a. auch eine Martha St. aus Spandau, die ihren Eltern entlaufen war und auf Jureden der Kleinke auch wieder zu ihm zurückkehrte, nachdem sie einmal von ihrem Vater aufgegriffen und nach Spandau zurückgebracht worden war. Jaed schickte nun alle vier „Bräute“ auf den Schaulustendiebstahl aus, ging selbst hinter ihnen her, um sie zu überwachen, und lebte einen guten Tag, bis die Kleinke gestern festgenommen wurde. Jetzt kam das ganze Unternehmen ans Licht und die Pashawirtschaft in der Wälderstraße wurde aufgehoben. In der Bekämpfung der Mädchen beschlagnahmte die Kriminalpolizei noch allerhand Waren, die Jaed noch nicht hatte verkaufen können, Pelze, Handschuhe, Hüte und dergleichen mehr. Die ganze Gesellschaft wurde nach Roabit gebracht.

Hundert Mark Belohnung schreibt der Polizeipräsident in folgender Sache aus: Am Sonntag, den 8. d. M., abends 8 Uhr, wurde der 68 Jahre alte Arbeiter August Schlenker mit mehreren Stichwunden in den Anlagen auf einer Bank hinter der Aufreicherungstische in der Friedenstraße 17 aufgefunden. Infolge des durch die Wunden erlittenen Blutverlustes ist Schlenker bald darauf verstorben. Personen, welche Bekundungen darüber machen können, wie Schlenker zu den Verletzungen gekommen ist, insbesondere auch ob und mit wem Schlenker vorher etwa in eine Schlägerei verwickelt war, werden gebeten, ihre Bekundungen umgehend mündlich oder schriftlich bei der Kriminalpolizei oder auf einem Polizeirevier zum Aktenzeichen 677, IV/27 08, zu machen. Für sachdienliche Mitteilungen ist eine Belohnung bis zu 100 M. ausgesetzt.

Zu dem verurteilten Ausbruch aus dem Untersuchungsgefängnis wird von anderer Seite mitgeteilt, daß der von dem Aufseher Genöke durch einen Pistolenschuß lahmgelegt gemachte Gefangene Willi Rubin im Krankenhaus gestorben sei. Das trifft nicht zu. Rubin ist zwar sehr schwer verwundet, lebt aber noch. Wenn es gelingt, eine befürchtete Bauchentzündung zu verhindern, so wird er voraussichtlich durchkommen.

Ein Raubankfall wurde gestern mittag gegen 1¼ Uhr unweit des Selbstmörderfriedhofes an einem aus Galizien stammenden polnischen Arbeiter verübt. Demselben wurden von zwei jungen

Durch die gesamte Wäsche von 70 M., Uhr und Kette, sowie die Papiere gekauft, nachdem sie ihn durch Kesselfische in Kopf, Brust und Arme kampfunfähig gemacht hatten. Zwei Passanten, welche vom Friedhof dem Totort zueilten, war es nicht mehr möglich der Täter habhaft zu werden; sie brachten den Ueberfallenen Blutüberströmt nach der Försterei am Teufelssee. Die beiden Durch die hatten den Arbeiter unter dem Vorgeben, ihm beim Bau der Oberbürgermeister Arbeit zu verschaffen, nach dort verschleppt.

Das Gerücht von einem Totschlag war gestern Abend und heute Morgen im Osten der Stadt verbreitet. In der Nacht lag ihm der plötzliche Tod einer 42 Jahre alten Elise Klinkmüller, die bei einer Handelsfrau in der Fruchtstraße starb. Dieses Mädchen, angeblich die Tochter eines Kaufmanns aus Kottbus, stand unter Aufsicht der Sittenpolizei. Als sie gestern sich vorübergehend in der genannten Wohnung aufhielt, stieß sie plötzlich, während sie auf einem Stuhle saß. Ein Arzt gab sein Gutachten dahin ab, daß wahrscheinlich Eindringen von Blutgerinnsel in die Blutbahn den Tod herbeigeführt habe. Das Gerinnsel scheint von Schlägen her zu rühren. Der Arzt stellte am rechten Arm starke Verletzungen wie von Glascherben fest. Außerdem war das rechte Auge blutunterlaufen. Die Leiche wurde zur Obduktion beschlagnahmt. Vor vierzehn Tagen erhielt die jetzt Verstorbenen in der Stralauer Straße von ihrem Geliebten schwere Prügel. Nach diesem Manne wird jetzt gesucht.

Eine brennende Feuerfäule. Ein Brandunglück, das allgemein zur Warnung dienen sollte, hat sich gestern nachmittag auf dem Wedding zgetragen. Die in der Martin-Opig-Str. 4 wohnhafte Ehefrau Mathilde J. hatte auf dem Gasherd Wasser kochen wollen und nachdem sie das Gas angezündet hatte, stellte sie sich mit dem Rücken gegen den Herd. Sie merkte nicht, daß die Gasflammen bis an ihre Schürze herangehten. Diese fing Feuer und erst als Frau J. einen schmerzhaften Schmerz im Rücken verspürte, gewahrte sie zu ihrem Entsetzen, daß sie lichterloh brannte. Schreiend stürzte die Gifflöse aus der Wohnung auf den Korridor hinaus, wo hinzueilende Nachbarn die Flammen durch Ueberwerfen von Tüchern ersticken. Frau J. hatte am ganzen Körper bereits so schwere Brandwunden erlitten, daß sie in bedenklichem Zustande nach dem Wichow-Krankenhaus gebracht werden mußte.

Ein besonderer Mißgeschick verfolgt wird der Schiffseigner Dreher aus Oranienburg, der dieser Tage infolge einer Schiffskollision Frau, Kind und sein gesamtes Vermögen verlor. Schon vor sieben Jahren hatte D. das Unglück, daß seine erste Frau, als sie mit ihrem einjährigen Kinde auf dem Arm von der Rille über das Laufbrett nach dem Ufer ging, ausglitt, in das Wasser stürzte und ertrank. Ebenso fand auch das Kind den Tod. Vor zwei Jahren heiratete der Schiffer zum zweiten Male. Er lagerte mit seinem Fahrzeug bei Stettin, wo seine Rille von einem Dampfer angerannt wurde. Die Seitenwand wurde zertrümmert, so daß es fast augenblicklich sank. Hierbei fand Frau Dreher und das jüngste vier Monate alte Kind den Tod, während D. und seine älteste neunjährige Tochter gerettet wurden. Mit dem Fahrzeuge war auch das ganze Vermögen des unglücklichen Mannes in den Fluten verschwunden.

Ein tödlicher Unglücksfall hat sich gestern nachmittag an der Ecke der Säwender- und Koloniestraße zgetragen. Der Straßenbahnschaffner Christian Waitsch, Hanfstraße 14 wohnhaft, wollte gegen 6,5 Uhr an der genannten Stelle einen Kollegen abholen und ging über den Fahrdamm nach dem haltenden Straßenbahnwagen hinüber. Auf dem schlüpfrigen Pflaster glitt W. jedoch aus, stürzte zu Boden und schlug mit dem Hinterkopf auf die Vorderwand des Bürgersteiges. Ein sofort hinzugerufener, in der Nähe wohnender Arzt konnte nur noch den infolge der schweren Verletzung jedenfalls fast augenblicklich eingetretenen Tod des W. feststellen.

Ueber eine gefährliche Schießerei berichtet uns ein Leser: Am 9. d. M., gegen 5 Uhr Abends, fuhr ich mit der Straßenbahn (Städtische Linie Viehhof-Virchowkrankenhaus). Als sich der Zug zwischen dem Kreuzwälderplatz und der Greifswälderstraße befand, fiel ein Schuß von der Straßenseite her. Die Kugel durchschlug das Fenster, ging mir durch die Zeitung („Vorwärts“) und blieb dann in dem Fensterbrett hängen, woraus ich sie entnahm und dem Schaffner übergab. — Die Sache ist glücklicherweise ohne erheblichen Schaden abgegangen, es hätte aber auch schlimmer kommen können. Leider konnte der niederträchtige Dursche, der geschossen hatte, nicht ermittelt werden.

Ihre gesamten Ersparnisse verloren hat am Mittwochnachmittag zwischen 1/4—5 Uhr auf dem Wege von Schönhauser Allee 104 bis nach Nr. 183 eine Arbeiterfrau, die der Vorhut wegen ihr Spargeld beim Ausgehen zu sich steckte. Das Geld — etwas über 100 M. —, das für die jetzt kommende schlechte Zeit zurückgelegt war, befand sich in einem weißen verpackten Taschentuch. Die Verliererin glaubt das Verlorene wiederzuerhalten, wenn ein ehrlicher Mensch der Finder ist, und bittet um Abgabe an Pöryel, Schönhauser Allee 104, IV. Aufgang I.

Feuerwehrricht. Wegen eines Kesslerbrandes wurde die Feuerwehr nach der Brunnenstr. 85 alarmiert. Holzwohle und anderes brannten dort. Gleichzeitig hatte die Wehr in der Gartenstr. 7 zu tun, wo Kleider und Möbel usw. in einem Vordraum brannten. Der 3. Zug mußte in der Bernauerstr. 79 einen Brand löschen, der durch die Entflammung von Zelluloid in einem Fabrikraum ausgetreten war. Betten, Kleider, Gardinen und anderes wurden in der Gerichtstraße 82 ein Raub der Flammen. Ferner wurden aus der Vahstraße 10 und von anderen Stellen Gardinenbrände gemeldet.

Vorort-Nachrichten.

Nigdorf.

Stadtverordneten-Stichwahl im Westbezirk.

Am heutigen Freitag findet in der Zeit von 12 Uhr mittags bis 7 Uhr Abends in der Vereinsbrauerei, Hermannstr. 214—219, die Stichwahl der 2. Wählerabteilung des Westbezirks statt.

Der Bezirk umfaßt folgende Straßen: Berliner Straße, Viehbrich Straße, Wobbinplatz, Wobbinstraße, Erlanger Straße, Ralfstr. 4—23, Fontanestraße, Hafenhöhe, Hermannstr. 1—52 und 211—258, Jägerstraße, Jarsstraße, Karolsgartenstraße, Lessingstr. 17—28, Lichtentaber Str. 1—11 und 50—62, Rahlower Straße, Mainzer Straße, Münchener Straße, Redorstraße, Prinz-Handjery-Str. 33—52, Reuterstr. 1—17 und 78—98, Schillerpromenade 1—8 und 37—42, Seelower Straße, Wanglitzstraße, Weisestr. 1—15 und 52—68, Wichmannstraße, Zietzenstr. 19—66.

Die Kandidaten der Sozialdemokratie sind: Otto Franke, Prinz-Handjery-Str. 58; Fritz Hoppe, Hermannstr. 49, und Paul Fischer, Karolsgartenstr. 16.

Bei der Hauptwahl fehlten unseren Genossen nur 26 Stimmen an der absoluten Majorität. Inzwischen haben sich die bürgerlichen Parteien geeinigt, um die Mandate an sich zu reißen. Soll den Kandidaten der Sozialdemokratie zum Siege verholfen werden, so bedarf es der größten Anstrengung unserer Genossen. Es wird daher erwartet, daß sich die Parteigenossen in gewohnter Weise möglichst zahlreich zur Wahlarbeit einfinden. Das Wahlbureau der sozialdemokratischen Partei befindet sich bei Hoppe, Hermannstr. 49.

Wilmsdorf.

Aus der Stadtverordnetenversammlung. In der am Mittwoch abgehaltenen letzten Sitzung dieses Jahres begann sich die Stadtverordnetenversammlung von Wilmsdorf darauf, daß für Kommunalpolitiker ein Betätigungsgebiet vorhanden ist, welches zu betreten man bis dahin an diesem Vorort eine heilige Scheu trug. Sozialpolitik heißt dies in Wilmsdorf recht unbekannt.

Land. Unter dem lebhaften Kopfschütteln mancher Kollegen kam der Stadtverordnete Pulver mit dem Antrag, zur Erinnerung an das Städteordnungs-Jubiläum 10000 M. zur Bildung eines Grundfonds für ein Ferienheim zu stiften, in welches arme kranke Kinder aufgenommen werden sollen. Wie arg die Wilmsdorfer Unterlassungsünden in dieser Hinsicht sind, erhellt daraus, daß diese reichste Stadt in Berlins Umgebung für Ferienkolonien im letzten Jahre nur 5000 M. ausgeföhrt hat. Wilmsdorf mußte sich in dieser Hinsicht selbst von dem noch nicht so großen Vorort Steglitz beschämen lassen, der 6000 M. für diesen Zweck hergab; von Charlottenburg, das 24000 M. und Schöneberg, das sogar 30000 M. spendete, gar nicht zu reden. Aber selbst der bescheidene Antrag Pulver war mehreren Stadtverordneten nicht recht. Der Gegenantrag des Stadtv. Dresser auf Uebergang zur Tagesordnung wurde vom Stadtv. Drose mit dem Bedenken unterstüßt, daß Wilmsdorf sich den Luxus eines Kinderferienheims nicht gestatten könne. Wenn nun auch der Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung gegen eine nicht unerhebliche Minderheit abgelehnt und dem Antrag Pulver gemäß beschlossen wurde, so zeigen die hier mitgeteilten Aeußerungen doch, wie dringend notwendig es ist, daß ein sozialdemokratischer Vertreter in der Stadtverordnetenversammlung ständig auf die unerhörte Vernachlässigung sozialpolitischer Pflichten hinweist. Wir erwarten daher, daß unsere Parteigenossen alle Kraft daran setzen, um bei der am Dienstag, 15. Dezember, von 11 bis 1 Uhr und von 4 bis 8 Uhr stattfindenden Stichwahl unserem Parteigenossen Gewerkschaftssekretär Niesel zum Siege zu verhelfen. Freigiebiger war man in der Sitzung vom Mittwoch in der Rücksorge für das höhere Schulwesen. Nachdem die Mittel zu einem Anbau an die Gemeindegemeinschaft II bewilligt waren, nahm man zwei Magistratsvorlagen an, von denen die eine 848000 M. für den Bau eines zweiten humanistischen Gymnasiums und die andere 982000 M. für den Neubau einer höheren Mädchenschule forderte.

In sehr unberechtigtem Stolz blähte sich der Wilmsdorfer Lokalpatriotismus auf bei der Beratung einer Magistratsvorlage, wonach die Regierung ersucht werden soll, den jetzigen Namen der Stadt „Deutsch-Wilmsdorf“ in „Berlin-Wilmsdorf“ umzuwandeln. Der Referent in dieser Angelegenheit, Stadtverordneter Dr. Wolff, ersuchte um Ablehnung des Magistratsantrages mit der Begründung, daß Wilmsdorf ohne Berlin fertig werden könne und daher auch den zuungunsten der Stadt zu deutenden Berliner Beinamen nicht gebrauche. Der Herr scheint keine Ahnung davon zu haben, daß Wilmsdorf ohne Berlin noch ganz das armselige Stoffändorf von ehemals wäre. Man überweise den Antrag einer Kommission.

Die Angelegenheit der Errichtung eines städtischen Elektrizitätswerkes wurde gleichfalls einer gemischten Deputation überwiesen. Vor einer Weile war der Plan aufgetaucht, das Elektrizitätswerk Südwest gemeinsam mit Schöneberg zu übernehmen; doch sind die in dieser Sache gepflogenen Verhandlungen gescheitert.

Zum Schluß sei noch erwähnt, daß Stadtv. Dresser bei der Erörterung einer Nachforderung für Gartenbauwege den Magistrat fragte, ob sich die auch von uns gebrachte Meldung bestätige, daß im September städtische Arbeiter entlassen worden sind. Vom Magistrat wurde diese Meldung dementiert mit dem Vermerk, daß die Arbeiterentlassung nicht im September, sondern — einige Wochen später — erfolgt ist. Damit war für die Stadtverordnetenversammlung eine Angelegenheit abgetan, die die Existenz einer Anzahl ehrenhafter Arbeiter betraf. Auch dies kennzeichnet die Wilmsdorfer Kommunalpolitik.

Seltensamkeiten vom Gewerbegebiet.

Ueber die Zustände auf dem Gewerbegebiet Wilmsdorf werden in der dortigen Arbeiterzeitung verschiedentlich Klagen erhoben. Wir würden diesen Beschwerden keine große Bedeutung beimessen, wenn ihnen verschwindende Ausnahmen zugrunde lägen, die überall im Orange der Geschäfte mit unterlaufen; da es aber so aussieht, als ob auf dem Gebiet maßgebende Personen eine Art Recht zu haben glauben, Personen aus der Arbeiterklasse ungleichmäßig zu behandeln, so bringen wir einige der Beschwerden hier zur Sprache.

Vor allem scheint der Gerichtsschreiber Stadtschreiber Felz im Umgang mit Arbeitern noch einiges lernen zu können. Als eines Tages der Arbeiter W. auf dem Gewerbegebiet erschien, um gegen seinen Meister eine Geldforderung einzufordern, wußte der Gerichtsschreiber sehr selbstbewußt den Ausgang der Klage vorherzusagen. Der Kläger werde abgewiesen werden und es sei daher zwecklos, die Klage anzustrengen. Den besonderen Widerspruch des Beamten erregte es noch, als der Arbeiter nun gar obendrein seine Vermögenslosen erhebt haben wollte. So etwas, meinte der Beamte, gebe es im vorliegenden Falle überhaupt nicht. Der Ausgang dieser allen Warnungen zum Trotz angestrebten Klage war, daß der Arbeiter alles Verlangte zugesprochen erhielt.

In einem anderen Falle, der den Maurer A. betraf, wollte der Gerichtsschreiber die Klage überhaupt nicht entgegennehmen, da der Bau des in Wilmsdorf wohnhaften Unternehmers in Schmaragdort liegt. Auch hier konnte der Kläger erst nach energischen Vorhaltungen zu seinem Rechte kommen.

Seltensam ist auch folgender Vorgang. In einer wegen unrechtmäßiger Entlassung vorgebrachten Klage bedeutete der zufällig im Bureauzimmer anwesende Vorsitzende irrtümlich dem in Betracht kommenden Arbeiter, daß er die Klage erst nach Ablauf der Kündigungsfrist erheben könne. Als der Kläger aber nicht von seiner Forderung abließ, meinte der Vorsitzende gemächlich, daß er selbst einmal mit dem ihm bekannten Unternehmer, gegen den sich die Klage richtete, Rücksprache nehmen wolle. Die Klage mußte dann schriftlich eingereicht werden.

Aber auch in den Verhandlungen bietet sich zuweilen ein merkwürdiges Bild. Das bekannte Streben der Vorsitzenden, möglichst wenig Termine mit Beisitzern abzuhalten, kommt auch in Wilmsdorf zur Geltung. Von den 340 Fällen, die hier das Gewerbegericht vom 1. Januar bis zu Anfang Dezember 1908 beschäftigten, wurden nicht weniger als 243 im Sühnetermin erledigt, und zwar zum Teil unter seltsamen Umständen. In einem Falle fragte der Vorsitzende den klagenden Arbeiter im Sühnetermin, ob er eine Entscheidung wünsche. Der Kläger verstand die Frage dahin, ob er sich einigen wolle, und gab eine bejahende Antwort. Als er dann gleich seinen Irrtum gewahr wurde und das Mißverständnis korrigieren wollte, blieb der Einspruch unbeachtet; und in wenigen Augenblicken war das auf Abweisung der Klage lautende Urteil fertig.

Ein Hausdiener klagte wegen 25 M. Ration, die ihm der Prinzipal einbehalten hatte, weil ein Fahrrad, für das der Angestellte kassieren sollte, auf der Straße gestohlen worden war. Der Kläger wollte durch Zeugen beweisen, daß die Ration nur als Sicherung gegen Betrügereien dienen sollte und daß die Behauptung des Unternehmers, daß er dem Hausdiener eine Sicherheitsfeste verabsichtigt habe, unzutreffend sei. Als der Kläger sein Anliegen vortrug, glaubte der Vorsitzende ihm sagen zu müssen, daß er für den neuen Termin auch die Zeugengebühren zu bezahlen habe. Wertwüchtig war, daß nach der Behauptung des Klägers auf der Vorladung der Vermerk fehlte, daß es sich im vorliegenden Falle um einen Sühnetermin handle; und die Meinung, daß ein Haupttermin mit Beisitzern anberaumt war, fand noch in der Zufälligkeit eine Bestätigung, daß fünf Personen am Gerichtssitz saßen. Während Kläger und Beklagter sich über die Zeugen unterhielten, fragte der Vorsitzende den Hausdiener, ob er denn eine Entscheidung wolle. Die in dem Irrtum, daß ein Haupttermin angelegt sei, abgegebene Zustimmung konnte ebenfalls nicht mehr mit Erfolg korrigiert werden. Es wurde auf Abweisung erkannt und damit unferes Erachtens ein sachlich sehr wenig haltbares Urteil gefällt.

Die Beisitzenden haben diese Beschwerden veröffentlicht, weil sie hoffen, daß Vorkommnisse der hier geschilderten Art durchaus der Abstellung bedürfen.

Ueber Staat und Kommune wird am Sonntag, den 13. Dezember, nachmittags 2 Uhr, in einer im Louisepark, Wilhelmstraße 112 stattfindenden Volksversammlung Genosse Landtagsabgeordneter Heinrich Ströbel referieren. In anbeacht der bevorstehenden Stichwahl wird erwartet, daß die werttätige Bevölkerung in der Versammlung erscheint.

Die Jugendchriften-Ausstellung befindet sich in der Parteispedition, Sigmaringenstr. 5 und ist werktäglich sowie an den beiden Sonntagen vor dem Fest bis 8 Uhr Abends geöffnet. Die Ausstellung umfaßt alle die vom Bildungsausschuß empfohlenen Schriften. Die Eltern usw. werden daher ersucht, die den Kindern usw. zu spenden Bücher hier selbst einzulassen.

Sichtenberg.

Das Verhältnis der Polizei zur Bürgerschaft war am Dienstag Gegenstand lebhafter Erörterung in der Stadtverordnetenversammlung. Wer jedoch glaubte, daß sich auch die Vertreter des Bürgertums an den Debatten beteiligen würden, hatte sich einer argen Täuschung hingeeben. Zur Beratung stand folgende Interpellation unserer Genossen:

„Ist dem Magistrat bekannt, daß zwei uniformierte Schutzleute der Polizeidirektion Lichtenberg einen Zivilisten mit Erfolg angefaßt haben, einen Gastwirt zur Uebertretung der Polizeistunde zu veranlassen? — Ist dem Magistrat ferner bekannt, daß Polizeibeamte in Zivil, angeblich im Auftrage des Polizeipräsidenten, Bürger der Stadt aufsuchen, um diese zu Angaben über die politische Parteizugehörigkeit anderer Bürger zu veranlassen? — Was gedenkt der Magistrat zu tun, um die Bürger der Stadt vor gleichen Provokationen und Veräufigungen zu schützen?“

Den ersten Teil der Interpellation begründete Genosse Grauer, während zum zweiten Teil die Genossen Seifel und Abraham sprachen. Letzterer, um in seiner Eigenschaft als Hausbesitzer Auskunft darüber zu geben, wie sich die Polizei nach der politischen Veräufigung und Parteizugehörigkeit erkundigt habe, Namens des Magistrats erhob sich der erste Bürgermeister und erklärte: Dem Magistrat seien die Dinge nicht bekannt, daher könne auch eine Stellungnahme hierzu nicht erfolgen; sprach und setzte sich. Genosse Düwelle konstatierte die Tatsache, daß nach Form und Inhalt der Erklärung des Bürgermeisters im Magistrat die Ansicht herrsche, daß das, was dem Magistrat nicht bekannt sei, in Ordnung sein müsse. Genosse Grauer legte dar, wie die Bürgerschaft, bis weit in die Kreise hinein, die von sich sagen, daß sie früher einmal Grundstücke gehabt hätten, über das Polizeisystem und das Verhalten der einzelnen Organe der Polizei gegen die Bürgerschaft denke. Der Redner wies auch darauf hin, daß im Interesse des sogenannten Selbstverwaltungsgerechts der Magistrat die Verpflichtung habe, den zuständigen Instanzen Vorzuwachen, daß die Polizeibehörden zum Schutze des Publikums, nicht aber das Publikum der Polizei wegen da sei. Die Sicherheitszustände wären gewiß besser, die Polizeikosten weit geringere, wenn die Beamten einzig zu diesem Zwecke Verwendung fänden. Das Verhalten der unteren Organe in der letzten Zeit zwinge zu dem Rufe nach Schutz vor Schutzleuten, die Antwort des Magistrats aber zwinge auch die Bürger zur Selbsthilfe. Alle diese Einwände mußten nichtis, verwundert und erwartungsvoll sah die Majorität nach dem Vorsitzenden. „Es hat sich niemand mehr gemeldet, die Debatte ist geschlossen!“ — so verkündete der Führer der „Liberalen“ in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Versammlung. — Um die Krankenhausbaufrage aus den geheimen Sitzungen endlich in das Bereich der Öffentlichkeit zu bringen, stellten unsere Genossen folgende Anfrage: „Ist der Magistrat geneigt, Auskunft zu geben, ob und welche Grundstücke neuerdings als Krankenhausbaufläche angeboten worden sind, und von wem die Angebote ausgehen?“ Vergeltliches Bemühen! Der Stadtverordnetenvorsteher war bereits von der Majorität verurteilt, daß diese beschlossen habe, die Sache wieder in geheimer Sitzung behandeln zu wollen, und so geschah es auch. Unsere Genossen protestierten mit allem Nachdruck gegen diese Nichtachtung der Geschäftsbildung sowie gegen die Vergeßlichkeit der Minorität. Die Genossen gaben einen Protest zu Protokoll, der die geschäftsordnungswidrige zustandgekommenen „Geheimhaltung“ festragt. Das machte aber auf die „geheimen“ Bauplananbieter keinen Eindruck. Genosse Grauer machte die Majorität darauf aufmerksam, daß am Dienstag, den 15. Dezember, sich zwei Volksversammlungen mit dieser Geheimnistämerei beschäftigen werden. Ein weiterer Versuch, die Festsetzung des Gehalts für einen neu einzustellenden Stadtbaumeister auch hinter verschlossenen Türen zu besorgen, wurde vereitelt. Stadtverordneter Schachtel erwartet von dem neuen Ranne als vornehmste Eigenschaft, daß er auf die Steuerzahler — soll heißen auf die Herren vom Pösch — Rücksicht nehme. Das Gehalt wurde nach langer, teilweise recht erregter Debatte nach der Magistratsvorlage festgesetzt. Das Anfangsgehalt beträgt danach 8000 M., steigend von drei zu drei Jahren um 500 M. bis zum Höchstgehalt von 10000 M. Für bedürftige Kriegsteilnehmer verlangt der Magistrat an Stelle der früher vom Kreise gewährten Unterstützung 600 M. Die Vorlage fand Annahme. Angenommen wurde eine Magistratsvorlage, die bauliche Veränderungen im Feuerwehrraum, unter anderem auch einen Unterkunftsraum für die Straßentreiniger, und in einem Verwaltungsgebäude betreffen. Unsere Genossen zeigten den Bürgerlichen, daß sie in nebenhässlichen Dingen wirklich groß sind — ein Verfahren, das unseren Genossen die größten Fortschrittsfolge einbrachte, die Gegner aber zu ohnmächtigen Autousbrüchen reizte. Das Amisblätchen muß in den wenigen Spalten, die nicht aus Berlin geliefert werden, als Spundknopf dienen für die Walle, die überläuft. Die Beschämung über die verbundene reichliche Züchtigung der Majorität durch unsere Genossen löst das Blatt zu einigen pöbelhaftesten Ausfällen auf unsere Genossen kommen, die in der Sprache der Herren von „Pösch und Bildung“ sich recht nett ausdrücken.

Erzner.

In einem Wiesentümpel ertrunken ist der dreizehnjährige Schüler Ernst Rehner. Er hatte sich mit anderen Schülkern auf einem zugefrorenen Tümpel zwischen Kallberge und Erzner herumgetollt. Pöflich brach die Eibede ein und der Knabe sank unter. Anstatt Hilfe herbeizurufen ließen die anderen Kinder erschrocken davon. Er mußte infolgedessen elend ertrinken.

Treptow-Baumshulenweg.

Eine Schriften-Ausstellung, vor allem Jugendchriften, ist in der Parteispedition von Hornig, Parientalerstraße 6, vorn eine Treppe veranstaltet. Die Arbeiterzeitung wird ersucht, bei eventuellen Einkäufen obige Parteispedition zu berücksichtigen. Die Ansicht der Ausstellung steht jedermann frei.

Auch der Treptower Lehrerverein hat in diesem Jahre eine Ausstellung von Jugendchriften und künstlerischen Wandschmuck veranstaltet. Die Ausstellung befindet sich in der Aula der zweiten und dritten Gemeindegemeinschaft im Ortsteil Baumshulenweg und ist bis Sonnabend, den 12. Dezember, täglich von 4—8 Uhr geöffnet. Die Lehrerschaft hofft, daß die Bevölkerung von Baumshulenweg an dieser gemeinnützigen Veranstaltung Interesse nehmen werde.

Röpenitz.

In der letzten Stadtverordnetenversammlung wurde zunächst die Wahl des zweiten Bürgermeisters vorgenommen. Die Wahl, welche auf 12 Jahre erfolgt, fiel auf Herrn Magistratssekretär Bräumer, früher in Spandau. Das Anfangsgehalt beträgt 5000 M., steigend dreijährig um 600 M. bis zum Höchstgehalt von 6500 M. — Das Kuratorium der Städtischen Sparkasse hat sich genötigt, um die Entwicklung der Kasse zu fördern, eine Statutenänderung vorzuschlagen; diese gelangte zur Annahme. — In der Debatte über die neue Grundsteuerordnung, in welcher die Gebühren für Kanalisation und Wasserentnahme zu gewerblichen

Süden herabgesetzt sind, fanden die Hausbesitzer in Herrn Gunkl einen warmen Verteidiger ihrer „miserablen“ Lage; viele Hausbesitzer müssen bei den heutigen Abgaben noch bares Geld zugeben. Auf Vorschlag wurden die in Betracht kommenden Vorlagen zunächst dem Staatsauschuß überwiesen, welcher durch sechs Mitglieder verstärkt wurde. Zur Deckung notwendiger kommunaler Bedürfnisse ist eine Anleihe von 165 000 M. aufgenommen worden. — Zum Umbau des Armen- und Schulhauses auf Schönes Hof werden 25 000 M. bewilligt; in den Parterreräumen soll die öffentliche Kasse und die Volksbibliothek untergebracht werden. — Für die Hinterbliebenen der Grubenkatastrophe von Raabod werden 500 M. bewilligt. — Die Lange Brücke, bisher Eigentum des Fiskus, wird am 1. Mai 1910 mit einer einmaligen Abfindungssumme von 45 000 M. von der Stadt übernommen. — Ein Magistratsantrag stand zur Verhandlung, welcher die Ermäßigung des Schulgeldes der gymnasialen Nebenklassen vorschlug. Um diesen Ausfall zu decken, wurde die Erhöhung des Schulgeldes für Auswärtige vorgeschlagen. Von den Genossen der Partei wurden beide Anträge verworfen, weil bei zunehmender Schülerzahl doch wieder Mehrkosten, durch Anstellung von Lehrkräften, erforderlich sind, andererseits liege in der Erhöhung des Schulgeldes für Auswärtige eine ungehörte Härte. Der Antrag des Magistrats wurde gegen die Stimmen unserer Genossen angenommen. Ebenso wurde genehmigt, daß vom nächsten Jahre ab die hiesige gewerbliche Fortbildungsschule, soweit es möglich ist, nach Berufsgruppen eingeteilt wird. Der Zuschuß der Stadt ist auf 5678 M. veranschlagt.

Vorläufer.

In einer hier abgehaltenen Arbeitslosenversammlung, in welcher Gen. Dilweil referierte, gelangte folgende Resolution zur einstimmigen Annahme: „Die heute im „Historiengarten“ tagende Arbeitslosenversammlung hat davon Kenntnis genommen, daß seitens des hiesigen Magistrats 10 000 M. für Notstandsarbeiten ausgeworfen worden sind. Sie bedauert, daß die Anwartschaft auf diese Notstandsarbeiten derart eng begrenzt ist, daß nur eine verschwindende Minderheit in den Genuss derselben gelangt. Hätte der Magistrat etwas Positives schaffen wollen, so wäre es notwendig gewesen, daß er sich das Genter System zu eigen gemacht hätte.“ Leider stand die Besucherzahl der Versammlung in keinem Verhältnis zu der hier herrschenden Arbeitslosigkeit.

Aus der Frauenbewegung.

Schulspeisung und Frauenwahlrecht in Kristiania.

Die norwegische Volksschullehrerin Elise Hejerdahl, die vor nunmehr sechs Jahren als erstes weibliches Mitglied in die Gemeindevertretung von Kristiania gewählt wurde, hat jüngst in schwedischen und dänischen Frauenvereinen Vorträge über ihre Tätigkeit und ihre Erfahrungen als Stadtverordnete gehalten, die großes Interesse erregten, vor allem auch in Dänemark, wo die Frauen im nächsten Jahre zum erstenmal Gelegenheit haben, das aktive wie auch passive Wahlrecht bei den Gemeindevahlen auszuüben. Man mag annehmen, daß die Frauen infolge starker Entwicklung des Gefühlens sich mit besonderem Eifer der sozialen Fürsorge, vor allem der Kinderfürsorge in den Gemeinden widmen werden, jedoch hat die Erfahrung gelehrt, daß bei bürgerlichen Gemeindevertreterinnen das Klasseninteresse ungefähr ebenso stark vorherrscht, wie bei den Männern ihrer Klasse, daß ihr Sozialempfinden sie im allgemeinen nur soweit Reformen geneigt macht, als diese für die Besitzenden keine höheren Steuern zur Folge haben. Fräulein Hejerdahl scheint allerdings wenigstens in einer Hinsicht, infolge heftiger Vorwürfe, die ihr von sozialdemokratischer Seite gemacht wurden, zu besserer Auffassung gekommen zu sein. Sie selbst erzählte in ihrem Vortrage zu Kopenhagen:

„Bei einer Gelegenheit hatte ich die Sozialdemokraten gegen mich; es war als sie verschlugen, zu Weihnachten 16 000 Kronen für Speisung armer Kinder zu bewilligen. Ich stimmte gegen den Vorschlag. Alle sozialdemokratischen Stadtverordneten stürzten da auf mich ein und riefen, daß sei eine hartberzigte Tat von mir, einer Frau. — Ich gebe das zu. Ich habe gelernt, daß man nicht Gegner derartiger guter Vorschläge sein darf.“

Fräulein Hejerdahl hat übrigens neuerdings auf ihre Wiederwahl, als Stadtverordnete verzichtet. Sie ist wohl — wie Sozialdemokraten meint — zu der Einsicht gekommen, daß zwischen den Gefühlen eines Frauenherzens und der Politik der konservativen Partei, der sie angehört, keine Harmonie möglich ist.

Bei dem erwähnten sozialdemokratischen Antrag vom Jahre 1902 handelte es sich darum, die Schulspeisung auf die Weihnachtszeit auszuweihen. Die Einrichtung selbst besteht schon seit Oktober 1897. Damals wurde einstimmig beschlossen, den an Unterernährung leidenden Kindern der städtischen Volksschulen an jedem Schultag während der Zeit vom 15. Oktober bis zum 1. Mai, sowie außerdem während der Weihnachtsferien auf Kosten der Kommune warmes Mittagessen zu verabreichen. Ferner wurde beschlossen, daß andere Volksschulkinder auf Wunsch ihrer Eltern, gegen eine Bezahlung von 10 Öre pro Tag, an der Speisung teilnehmen können. Da die Schulspeisung sich nicht auch auf die eigentliche Weihnachtszeit erstreckte, viele arme Kinder just in den Tagen, wo andere es besonders gut haben, Hunger leiden mußten, brachten unsere Genossen den erwähnten Antrag ein, der von den bürgerlichen Stadtverordneten zu Fall gebracht wurde.

Die Schulspeisung kostete der Stadt im ersten Jahre 21 400 Kronen, im nächsten 50 000 Kronen und 1901 waren die Kosten auf 159 700 Kronen angewachsen. Inzwischen begannen die Konservativen über die große Zahl der Kinder, die an der Freispeisung teilnahmen, zu klagen. Das Verantwortlichkeitsgefühl der Eltern wurde gerührt, meinten sie, und brachten es dann auch dahin, daß eine Kontrolle über die Bedürftigkeit eingeführt wurde. Allerdings an eine so bürokratische Regulierung, wie in sie in Berlin üblich, denkt man hier nicht. Gleichwohl ist im Schuljahre 1905/06 1030 Kindern die Freispeisung verweigert worden. Trotz der starken Einschränkung ist die Zahl der freispeisenden Kinder doch noch ziemlich groß. Von den 30 065 städtischen Volksschulkindern erhielten im Schuljahre 1907/08 5491 Freispeisung. 617 823 Mittagessen wurden unentgeltlich und 77 514 zum Preise von 10 Öre verteilt. Um die Speisen billig herzustellen, hat die Stadt eine eigene große Küche gebaut, von wo

die Speisen nach den Schulen gebracht werden. Hier sind besondere Speiseküchen vorhanden. Jedes Kind darf soviel essen, wie es kann und mag. Bis zum Jahre 1906 gab es an vier Tagen der Woche Fleischspeisen und zweimal Grütze oder Nudelspeisen mit Milch. Seitdem haben die Konservativen zwei weitere Grütztage eingeführt, so daß die Kinder nur noch zweimal in der Woche Fleisch erhalten. Die Konservativen streben aber dahin, daß den Kindern Tag für Tag nichts weiter als Hafersgrütze geboten wird. Damit werden die „Menschenfreunde“ wohl keinen Erfolg haben. Die furchtbare Wirtschaftskrise hat es mit sich gebracht, daß man sich nun auch in Schweden eifrig mit der Frage der Speisung hungernder Volksschulkinder befaßt. In Stockholm ist der Vorschlag gemacht, wohl-situierte Familien sollten ein oder mehrere hungernde Kinder an ihrem Mittagstisch teilnehmen lassen. In der norwegischen Hauptstadt besteht eine Armenpflege und auch mit privater Wohltätigkeit nichts zu tun hat, sondern als eine Angelegenheit der Schule gilt. Man hat eingesehen, daß hungerige Kinder nicht lernen können. Wenn auch die Vertreter und Vertreterinnen der besitzenden Klasse soviel wie irgend möglich die Schulspeisung beschränken möchten, so hat doch die jahrelange Erfahrung dahin geführt, daß niemand, welcher Parteirechtung er auch angeht, die Abschaffung der Einrichtung verlangt.

Gesellschaftliche Freizeit der Dienstboten in der Schweiz.

Im Großen Rat des Kantons Basel wurde kürzlich die Revision des Ruhetagsgesetzes beraten. Von besonderem Interesse sind die Bestimmungen zum Schutze der Dienstboten und zwar wegen ihrer grundsätzlichen, weniger wegen ihrer materiellen Bedeutung. Diese Bestimmungen lauten: „Den häuslichen und landwirtschaftlichen Dienstboten sind jede Woche an einem Ruhetage zwischen 7 Uhr morgens und 9 Uhr abends wenigstens sechs Stunden, wovon mindestens vier Stunden ununterbrochen, freizugeben. Auf Grund einer schriftlichen Vereinbarung, die den Vorbehalt enthält, daß bei Beendigung des Dienstverhältnisses nicht genossene Freizeit dem Dienstboten wie Vertagsarbeit in bar zu entschädigen ist, kann dem Dienstboten höchstens die Hälfte der innerhalb einer Periode von längstens 28 Wochen ihm zutommenden Freizeiten als ununterbrochene Freizeit eingeräumt werden.“ Die Bestimmung wurde belächelt, fand aber schließlich doch Annahme.

Gerichts-Zeitung.

Verbreitung unzüchtiger Schriften?

Der Prozeß gegen den Buchhändler Jod aus Treptow, über dessen Beginn wir gestern berichteten, hat mit Einstellung des Verfahrens geendet. Während der Angeklagte und sein Verteidiger geltend machten, daß es sich keineswegs um unzüchtige Schriften, sondern um Werke handle, die in erster und künstlerischer Weise das homosexuelle Problem erörtern, beantragte Staatsanwalt Tolk 4 Monate Gefängnis und 300 M. Geldstrafe. Das Gericht, vor dem der Inhalt der Werke zur Verlesung gebracht werden mußte, hielt sich der Pflicht überhoben, eine Entscheidung darüber zu treffen, ob die Schriften als unzüchtige anzuspochen seien. Denn es hielt die von der Verteidigung erhobenen juristischen Bedenken für durchschlagend. Der Angeklagte ist, wie wir bereits erwähnten, vor einiger Zeit in Magdeburg auf den Strafantrag eines Schiffschiffers wegen der Verlesung der Prospekte und der Flugblätter zu 50 M. Geldstrafe verurteilt worden. Das Gericht war der Meinung, daß, wie das Magdeburger Urteil ergibt, damals dem Gericht schon bekannt war, daß der Angeklagte das Flugblatt an eine Anzahl von Junglingsvereinen, deren Adressen er sich von einer Leipziger Firma hatte kommen lassen, verschickt hatte. Die Strafverfolgung sei deshalb bereits dadurch konsumiert, daß das Magdeburger Gericht das ganze Vorwissen, welches auch dieser Anklage zurunde liegt, geprüft habe. Das Gericht erkannte deshalb auf Einstellung des Verfahrens und legte der Staatskasse die Kosten auf.

Vermischtes.

Leichtfertigkeit eines Pfarrers.

Mit welcher Leichtfertigkeit manche Leute mit der Existenz ihrer Mitmenschen umgehen, zeigt ein Vorwissen, über das uns ein Leser berichtet. Der betreffende Arbeiter benötigte zwecks Austritts aus der Kirche ein Taufzeugnis und wandte sich um Ausstellung eines solchen an den Pfarrer seiner Heimatgemeinde. Nachdem der betreffende Pfarrer — Konopadi ist sein Name und Kappienen heißt die Gemeinde — zur Einsendung von 70 Pf. aufgefordert und diese erhalten hatte, schickte er den verlangten Schein. Um ein Kuvert oder ein Stück reines Papier zu sparen, griff er zu einem sehr bedenklichen Mittel. Er verwendete als Umschlag des Taufscheines ein Formular, das auf der einen Seite unbeschrieben war, und auf der anderen die Adresse des Empfängers schrieb, das aber auf der Innenseite genaue Mitteilungen über eine aus dem Zuchthause entlassene Frau enthielt. Wir lesen da unter anderem:

„... die ergebene Mitteilung, daß die Strafgefängene..... aus..... Kirchspiels..... nach wegen Verleitung zum Meineide verurteilter 14jähriger Zuchthausstrafe am 24. November dieses Jahres von hier in ihre Heimat entlassen werden wird. Indem ich dieselbe der gütigen Fürsorge angelegenlich empfehle, bitte ich zugleich ergebnis um spätere gefällige Mitteilung über die Führung und sittliche Haltung der Entlassenen innerhalb eines Monats.“

Dieselbe ist angewiesen, sich nach ihrer Heimkehr dem Pfarramt persönlich vorzustellen, sollte sie daselbe unterlassen, so bitte ich dringend, sie aufzusuchen, um ihre jetzige Lebenslage kennen zu lernen und ihr eventuell seelsorgerisch beizustehen resp. auch sonst mit Rat und Tat zu helfen.

Zu ihrer Charakteristik führe ich folgendes an: „Und nun folgt eine genaue Angabe der persönlichen Verhältnisse der Entlassenen, daß sie verheiratet ist, mit wem und wieviel Kinder vorhanden sind. In den oben von uns freigelegten Stellen ist der genaue Name und der Wohnort der Entlassenen angegeben. Unterzeichnet ist das Schriftstück: Heibel.“

Dem Pfarrer ist dieses Schriftstück zugegangen jedenfalls als Mitglied eines Fürsorgevereins entlassener Strafgefangener, sonst wäre es ganz unverständlich, wie er in den Besitz desselben kommen sollte. Dann aber hätte er die Pflicht, weniger leichtfertig damit umzugehen, wie er es im vorliegenden Falle getan hat. Indem er das ihm zugegangene Schreiben als Umschlag verwendete und nach Berlin sandte, hat er sich eine schwere Verfehlung zuschulden kommen lassen. Weis er nicht, daß unter Umständen von gewissenlosen Menschen die Kenntnis von solchen Dingen in der schlimmsten Weise ausgebeutet und damit schweres Unheil angerichtet werden kann?

Aber das hätte vermieden werden können, wenn Herr Pfarrer Konopadi in Kappienen etwas gewissenhafter gewesen wäre und ein einfaches Kuvert benützt hätte.

Eine entsetzliche Missetat wurde einer Meldung aus Chemnitz zufolge am Mittwochnachmittag in Lobau in einem Hause der Bernstädter Straße verübt. Der 24jährige Mechaniker Bernhard Müller erstach sein neun Monate altes uneheliches Söhnchen, verlegte dann die Mutter und stach auch die Großmutter in den Rücken. Sodann sprang Müller durch das Fenster und eskam. Bis jetzt ist man des Mörders noch nicht habhaft geworden.

Schiffskandarr im Breslauer Hafengebiet. Die königliche Wasserbauinspektion macht bekannt: Im Breslauer Hafengebiet und darüber hinaus befinden sich schon so viele Schiffe im Winterstande, daß Liegestellen zur Überwinterung dort nicht mehr angewiesen werden können. Weiterhin eintreffende Schiffe würden daher gezwungen sein, auf freiem Strom weit unterhalb Breslaus zu überwintern, wo sie unter Umständen in große Gefahr kommen könnten. Im Auftrage des Oberpräsidenten wird daher vor der Vergahrt nach Breslau gewarnt.

Genickschüsse. Wie aus Verbund berichtet wird, ist in der Kaserne des 40. Artillerie-Regiments ein Mann innerhalb weniger Stunden an Genickschüsse gestorben. Vier andere Soldaten wurden unter verdächtigen Krankheitssymptomen ins Krankenhaus gebracht.

Sozialdemokratischer Kantonverein für den Reichstagswahlkreis Kalau-Luskan. Sonntag nachmittag 5 1/2 Uhr, beim Genossen Behnack, Grünstr. 21: Außerordentliche Sitzung des Vereins.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Ehrenkronde findet Linderstr. Nr. 8, zweiter Hof, dritter Eingang, vier Treppen. Jede Nummer wöchentlich abends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr statt. Geöffnet 7 Uhr Sonnabends beginnt die Ehrenkronde um 6 Uhr. Jeder Auftrag ist ein Buchstabe und eine Zahl als Verzeichnis beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Die zur Beantwortung im Briefkasten können 14 Tage vergehen. Billige Fragen erge man in der Ehrenkronde vor.

E. J. 45. 1. Abschrift der für Sie wertvollen Stücke können Sie verlangen. Der Anwalt muß die Prozeduren herausgeben, sobald die Gebühren bezahlt sind. 2. Ihre Sohn könnte als Selbstverschärfter Karren ziehen. 3. Jeder nein. — Arrest 500. Die Kosten würden etwa 50 M. betragen. Die übrigen Fragen sind ohne Darlegung des Sachverhalts selbst nicht zu beantworten. Legen Sie den Sie betreffenden Sachverhalt dar und richten Sie im Anschluß daran die Fragen, an deren Beantwortung Ihnen liegt. — R. M. 83. 1. Es hat Gericht gegeben, die eine Verleumdung in dem von Ihnen erwähnten Labelland gefunden haben. Die Verurteilung würde eine Klage abweisen. 2. Die Klümmen wären an den Vormund zu zahlen, könnten auch an die Schwiegereltern gegeben werden. So lange die Braut noch nicht großjährig ist (21 Jahre), bedarf sie der elterlichen Einwilligung zur Heirat. — Rixdorf 1. 1. Ja. 2. Nein.

Kunstlicher Marktbericht der städtischen Marktstellen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Markttag: Freitag; Fleisch: Futur stark, Geschäft schleppend, Preise für Kalb- und Schweinefleisch ausliegend, sonst unverändert. Wild: Futur genügend, Geschäft ziemlich lebhaft, Preise gut. Geflügel: Futur in Gänzen reichlich, sonst knapp, Geschäft ruhig, Preise bebaudet. Fisch: Futur genügend, Geschäft ruhig, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Süßfrüchte: Futur mäßig, Geschäft ruhig, Preise gedrückt.

Witterungsbericht vom 10. Dezember 1908, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer hohes mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Stationen	Barometer hohes mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter
Stomende	757	SO	3 mäßig	1	Labaranda	747	W	2 mäßig	3
Damburg	754	SO	3 bedekt	6	Petersburg	760	SW	2 Regen	2
Berlin	758	SO	2 mäßig	1	Schiff	744	W	5 bedekt	11
Kranke a R	758	W	1 bedekt	4	Wexheim	740	S	1 mäßig	3
München	768	SO	3 halb bb.	—	Paris	756	SW	3 bedekt	5
Wien	765	SO	1 bedekt	—					

Wetterprognose für Freitag, den 11. Dezember 1908. Ziemlich mild, zeitweise heiter, aber veränderlich mit wiederholten Nebenschüben und sehr lebhaften südwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten
der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 9. 12.		am 10. 12.		Wasserstand	am 9. 12.		am 10. 12.	
	cm	cm ¹⁾	cm	cm ¹⁾		cm	cm ¹⁾	cm	cm ¹⁾
Remel, Lütt	820 ¹⁾	+8	820 ¹⁾	+9	Saale, Großh.	74	0		
Regel, Ankerburg	84 ¹⁾	+2	84 ¹⁾	+2	Saale, Spandau ²⁾	62	+1		
Reichel, Thon	88 ¹⁾	+4	88 ¹⁾	+4	Rademund ³⁾	86	+2		
Reber, Rathor	75	+2	75	+2	Spre, Spremberg ³⁾	—	—		
Reifen, Krossen	62	—	62	—	Weskom	72	0		
Reifen, Frankfurt	84 ¹⁾	+2	84 ¹⁾	+2	Weser, Minden	—90	+6		
Reifen, Scharnau	22 ¹⁾	0	22 ¹⁾	0	Weser, Minden	—22	+2		
Reifen, Landsberg	34	+2	34	+2	Rhein, Ragnitzlandau	—	—		
Reifen, Borsum	—	+1	—	+1	Raub	96	+6		
Reifen, Reimberg	—82	+2	—82	+2	Rödn	82	+6		
Reifen, Dresden	—192 ¹⁾	+6	—192 ¹⁾	+6	Redar, Heibromm	30	+9		
Reifen, Warb	47	+3	47	+3	Rain, Wertheim	106	+3		
Reifen, Magdeburg	66	0	66	0	Rosel, Trier	43	+1		

¹⁾ + bedeutet Sturz. — ²⁾ Fall. — ³⁾ Unterpegel. — ⁴⁾ Eisstand. — ⁵⁾ Grundbleiben. — ⁶⁾ Eisreiben in zwei Drittel Strombreite. — ⁷⁾ schwaches Eisreiben. — ⁸⁾ Grundeisgang.

Jugendchriften

Die in der Sonnabendnummer des „Vorwärts“ vom 5. Dezember a. c. durch den Bildungs-Ausschuß empfohlenen Jugendchriften sind in unserer Sortimentbuchhandlung, Lindenstr. 69 (im Laden) zu haben

Expedition des „Vorwärts“ Lindenstr. 69

Für das Weihnachtsfest

empfehlen wir als geeignete Geschenke folgende **Prämien**
für die Leser des „Vorwärts“:

F. W. Hackländer's Werke

Neue illustrierte Ausgabe, 2 Bände, 3,50 Mk.

Goethes Werke
2 Bände, illustriert, 3,50 Mk.

Schillers Werke
2 Bände, illustriert, 3,50 Mk.

Heines Werke
2 Bände, illustriert, 3,50 Mk.

Treiligraths Werke
3 Bände, gebunden, 3,— Mk.

Grillparzers Werke
2 Bände illustriert, 3,— Mk.

Reuters sämtl. Werke
2 Bände, illustriert, 3,— Mk.

Gerstäckers Werke

2 Bände, illustriert, 3,50 Mk. 247/9*

Ferner empfehlen wir unser reichhaltiges Lager in

Jugendchriften

zusammengestellt nach dem vom Bildungs-Ausschuss der Partei
benutzten Jugendchriften-Verzeichnis, das in unserem
Gesäftslokale gratis zu haben ist.

Bilderbücher

sind in großer Anzahl und in allen Preislagen vorhanden.

Expedition des „Vorwärts“, Berlin SW. 68,
Lindenstr. 69 (Radem.)



Stolas,

Kollern, Krawatten,
Muffen, Herren- u.
Kinder-Garnituren,
Pelzjassen, Pelze,
garnierte Polster,
Baretts, Pelz-
decken, nur
eigenes Fabrikat, in
größt. Aus-
wahl, aus
bestem Mate-
rial. Kein
Zwischen-
händler,
daher Fabrikpreise

Kein
Laden!
Sonntags
geöffnet.

F. Kaiman, Kürschnerstr.
Kommandantenstr. 15, Tel.: I, 3917,
gegenüber Beuthstr., vorn 1 Tr.

in Plüsch oder Leder
Album
2,95 Mk.
Mit Staffelei von
4,45 Mk. an.



Album- und Lederwaren-Fabrik

Oskar Gundau

Oranienstr. 30, Ecke
Adalbertstr.

Gr. Lager aller Arten Leder-
waren und Schmucksachen
zu billigen Preisen.

Officiere in nur frischer, schöner
Ware, solange Vorrat reicht:

Hasen,

extra stark, für nur . . . 3,90 Mk.
sauber gefärbt, von . . . 2,—

Gänse,

bis 15 Pfd. schwer, pro Pfd. 0,60 Mk.
Gänseräupfe, halbe Gänse.

Enten,

fleischvoll und fett, von . . . 2,50 Mk.

Hühner


in ganz besonders schöner Ausw.!

Wegner, 50., Mariannenstr. 34.

Dr. Simmel


Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.

Prinzenstr. 41, dicht am
10—2, 5—7, Sonntags 10—12, 2—4



PALMIN

Es ist Palmin das Beste für die Küche,
zum Rösten, Braten, Backen beispiellos!
Es löst den Rof, die Röhr im Thof,
Es kommt dem Physiologen Wozen ganz fam!



Achtung! Zigarrenhändler! Achtung!

Größtes Lager in abgelagerten Zigarren
Größtes Lager in Weihnachtspackungen

Max Ziegenhals,

BERLIN N.O. 18, Keibelstr. 20, ::: dicht am :::
Alexanderplatz.
Telephon: Amt VII, 3047.

**14 Tage
auf Probe**

versende a. meine
Gesährderhähn
R. Harzer
Kanarien-Vogel
sowie Vogelfutter
u. Einsatz-Bauer.
Verlangen Sie
Preisliste kosten-
frei von

**L. G. Müller, Vogelzüchterei,
Nordhausen 10 a. Hs.**



Begründet 1873 **Hut-Salinger** Begründet 1873

Engros Spezialhaus für Neuheiten Export
in Filzhüten, weich und steif, Zylinderhüten, Chap. claquees usw.

Einzelverkauf zu sehr billigen u. streng festen Preisen.

Neue Königstr. 48, 1 Treppe, am Alexanderplatz.
Reparaturen werden sauber und billig ausgeführt.



Nichts macht so viel Vergnügen

als das Öffnen eines Pakets **Goldperle**,
weil so hübsche Geschenke beilegen. Man achte auf den Namen
„Goldperle“.

Fabrikant: **Carl Gentner, Göppingen.**



Jedes Wort 10 Pfennig.

Das erste Wort (setzgedruckt) 25 Pfg. Stellungsuche
und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort
(setzgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben
zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN

für die nächste Nummer werden in den Annoncen-
stellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis
12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69,
bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

**Gasföhen, Petroleumföhen ohne
Anzahlung, Woche 1,00.** Pfeifenlager,
Louis Böttcher (selbst): Betriebsleitung
Borsigenerstr. 32 (Bahnhofstr.)
Borsigenerstr. 32 (Bahnhofstr.)
Borsigenerstr. 32 (Bahnhofstr.)

Teppiche! (feinere) in allen
Größen für die Halle des Hauses
in Teppichlager Weim., Südlicher
Markt 4, Bahnhofstraße. 264/11*

**Herrenanzüge, Herrenanzüge,
zurückgeleitet, aus feinsten Stoffen
18 bis 28,00 täglich, Sonntagverlauf.
Deutsches Versandhaus Jägerstr. 63,
1 Treppe. 13758***

**Teppiche, farbige, für großen
Welt. Vorwärtsleser 6 Herren
Eckstr. 100, Dr. Thoma, Dr. Thoma,
Oranienstr. 160, Dr. Thoma. 15038***

**Wäscheportieren, Wäscheportieren
für jeden Welt. Vorwärtsleser 6
Oranienstr. 160, Dr. Thoma. 15038***

Herrenanzüge 61 Grobberlin
Einkaufsvorteil! Bestenfalls Grobberlin
und Umgebung wird Gelegen-
heit geboten, allerlei notwendige,
vielseitige Einkaufsgegenstände zum
bevorzugten Weihnachtspreise
warenreife Warenreife Warenreife
den ausnehmendsten erhaltlichen
Warenreife! Warenreife! Warenreife!
Warenreife! Warenreife! Warenreife!

**Wäscheportieren, Wäscheportieren
für jeden Welt. Vorwärtsleser 6
Oranienstr. 160, Dr. Thoma. 15038***

Herrenanzüge 61 Grobberlin
Einkaufsvorteil! Bestenfalls Grobberlin
und Umgebung wird Gelegen-
heit geboten, allerlei notwendige,
vielseitige Einkaufsgegenstände zum
bevorzugten Weihnachtspreise
warenreife Warenreife Warenreife
den ausnehmendsten erhaltlichen
Warenreife! Warenreife! Warenreife!
Warenreife! Warenreife! Warenreife!

**Wäscheportieren, Wäscheportieren
für jeden Welt. Vorwärtsleser 6
Oranienstr. 160, Dr. Thoma. 15038***

Herrenanzüge 61 Grobberlin
Einkaufsvorteil! Bestenfalls Grobberlin
und Umgebung wird Gelegen-
heit geboten, allerlei notwendige,
vielseitige Einkaufsgegenstände zum
bevorzugten Weihnachtspreise
warenreife Warenreife Warenreife
den ausnehmendsten erhaltlichen
Warenreife! Warenreife! Warenreife!
Warenreife! Warenreife! Warenreife!

**Stoppdecken, Stoppdecken, Stoppdecken,
Vorwärtsleser 6 Herren Eckstr. 100,
Dr. Thoma, Dr. Thoma, Oranienstr. 160,
Dr. Thoma. 15038***

**Wäscheportieren, Wäscheportieren
für jeden Welt. Vorwärtsleser 6
Oranienstr. 160, Dr. Thoma. 15038***

Herrenanzüge 61 Grobberlin
Einkaufsvorteil! Bestenfalls Grobberlin
und Umgebung wird Gelegen-
heit geboten, allerlei notwendige,
vielseitige Einkaufsgegenstände zum
bevorzugten Weihnachtspreise
warenreife Warenreife Warenreife
den ausnehmendsten erhaltlichen
Warenreife! Warenreife! Warenreife!
Warenreife! Warenreife! Warenreife!

**Wäscheportieren, Wäscheportieren
für jeden Welt. Vorwärtsleser 6
Oranienstr. 160, Dr. Thoma. 15038***

Herrenanzüge 61 Grobberlin
Einkaufsvorteil! Bestenfalls Grobberlin
und Umgebung wird Gelegen-
heit geboten, allerlei notwendige,
vielseitige Einkaufsgegenstände zum
bevorzugten Weihnachtspreise
warenreife Warenreife Warenreife
den ausnehmendsten erhaltlichen
Warenreife! Warenreife! Warenreife!
Warenreife! Warenreife! Warenreife!

**Wäscheportieren, Wäscheportieren
für jeden Welt. Vorwärtsleser 6
Oranienstr. 160, Dr. Thoma. 15038***

Herrenanzüge 61 Grobberlin
Einkaufsvorteil! Bestenfalls Grobberlin
und Umgebung wird Gelegen-
heit geboten, allerlei notwendige,
vielseitige Einkaufsgegenstände zum
bevorzugten Weihnachtspreise
warenreife Warenreife Warenreife
den ausnehmendsten erhaltlichen
Warenreife! Warenreife! Warenreife!
Warenreife! Warenreife! Warenreife!

**Wäscheportieren, Wäscheportieren
für jeden Welt. Vorwärtsleser 6
Oranienstr. 160, Dr. Thoma. 15038***

Herrenanzüge 61 Grobberlin
Einkaufsvorteil! Bestenfalls Grobberlin
und Umgebung wird Gelegen-
heit geboten, allerlei notwendige,
vielseitige Einkaufsgegenstände zum
bevorzugten Weihnachtspreise
warenreife Warenreife Warenreife
den ausnehmendsten erhaltlichen
Warenreife! Warenreife! Warenreife!
Warenreife! Warenreife! Warenreife!

**Wäscheportieren, Wäscheportieren
für jeden Welt. Vorwärtsleser 6
Oranienstr. 160, Dr. Thoma. 15038***

Herrenanzüge 61 Grobberlin
Einkaufsvorteil! Bestenfalls Grobberlin
und Umgebung wird Gelegen-
heit geboten, allerlei notwendige,
vielseitige Einkaufsgegenstände zum
bevorzugten Weihnachtspreise
warenreife Warenreife Warenreife
den ausnehmendsten erhaltlichen
Warenreife! Warenreife! Warenreife!
Warenreife! Warenreife! Warenreife!

**Wäscheportieren, Wäscheportieren
für jeden Welt. Vorwärtsleser 6
Oranienstr. 160, Dr. Thoma. 15038***

Herrenanzüge 61 Grobberlin
Einkaufsvorteil! Bestenfalls Grobberlin
und Umgebung wird Gelegen-
heit geboten, allerlei notwendige,
vielseitige Einkaufsgegenstände zum
bevorzugten Weihnachtspreise
warenreife Warenreife Warenreife
den ausnehmendsten erhaltlichen
Warenreife! Warenreife! Warenreife!
Warenreife! Warenreife! Warenreife!

**Wäscheportieren, Wäscheportieren
für jeden Welt. Vorwärtsleser 6
Oranienstr. 160, Dr. Thoma. 15038***

Herrenanzüge 61 Grobberlin
Einkaufsvorteil! Bestenfalls Grobberlin
und Umgebung wird Gelegen-
heit geboten, allerlei notwendige,
vielseitige Einkaufsgegenstände zum
bevorzugten Weihnachtspreise
warenreife Warenreife Warenreife
den ausnehmendsten erhaltlichen
Warenreife! Warenreife! Warenreife!
Warenreife! Warenreife! Warenreife!

**Wäscheportieren, Wäscheportieren
für jeden Welt. Vorwärtsleser 6
Oranienstr. 160, Dr. Thoma. 15038***

Herrenanzüge 61 Grobberlin
Einkaufsvorteil! Bestenfalls Grobberlin
und Umgebung wird Gelegen-
heit geboten, allerlei notwendige,
vielseitige Einkaufsgegenstände zum
bevorzugten Weihnachtspreise
warenreife Warenreife Warenreife
den ausnehmendsten erhaltlichen
Warenreife! Warenreife! Warenreife!
Warenreife! Warenreife! Warenreife!

**Wäscheportieren, Wäscheportieren
für jeden Welt. Vorwärtsleser 6
Oranienstr. 160, Dr. Thoma. 15038***

Herrenanzüge 61 Grobberlin
Einkaufsvorteil! Bestenfalls Grobberlin
und Umgebung wird Gelegen-
heit geboten, allerlei notwendige,
vielseitige Einkaufsgegenstände zum
bevorzugten Weihnachtspreise
warenreife Warenreife Warenreife
den ausnehmendsten erhaltlichen
Warenreife! Warenreife! Warenreife!
Warenreife! Warenreife! Warenreife!

Musik.

**Konzertplatten, Konzertplatten,
billig, Köhlerstr. 40. 14698***

**Sprechmaschinen, Sprechmaschinen,
Teilzahlungen ohne Vorauszahlung,
Köhlerstr. 40. 14698***

**Grammophon, Grammophon,
Platten und Wägen, besonders preis-
werte Weihnachtsangebote, auch gegen
Teilzahlung, Reanderstr. 8.**

**Pianino, Pianino, Pianino,
Köhlerstr. 40, vorn 2 Treppen links.**

**Violoncello, Violoncello, Violoncello,
für den Weihnachtsfest, Köhlerstr. 40,
14698***

**Partiellkauf, Partiellkauf, Partiellkauf,
Köhlerstr. 40, vorn 2 Treppen links.**

**Sergajew, Sergajew, Sergajew,
Köhlerstr. 40, vorn 2 Treppen links.**

**Möbel, Möbel, Möbel,
Köhlerstr. 40, vorn 2 Treppen links.**

**Wägen, Wägen, Wägen,
Köhlerstr. 40, vorn 2 Treppen links.**

Vermietungen.

**Schlafstellen, Schlafstellen,
Köhlerstr. 40, vorn 2 Treppen links.**

**Arbeitsmarkt, Arbeitsmarkt,
Köhlerstr. 40, vorn 2 Treppen links.**

**Stellenangebote, Stellenangebote,
Köhlerstr. 40, vorn 2 Treppen links.**